Schwerin von Krosigk, Lutz Graf

Reichsfinanzminister

Aufzeichnungen und Korrespondenzen

Bd. 10

G. Nachkriegsthemen

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4952/73 Best. ZS/A 20
Rep. Ho Kat. 10

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Was lernen wir aus dem Zusammenbruch?

Handgeschriebenes Manuskript von Graf Schwerin v. Krosigk, 22 Blatt.

Inhalt:

I. Autokratie. Blatt

Ursprung des "Führergedankens". Problem der Gefolgschaftstreue. Gründe für Scheitern des demokratischen Gedankens in Deutschland. Verdienste Stresemanns, Brünings, Brauns, Severings. Autokratische Entwicklung in Türkei, Italien, Polen. Versagen des parlamentarischen Systems. 1 - 4

II. Dolchstosslegende.

Gefahr einer neuen Dolchstosslegende. Strategische Fehler im ?. Weltkrieg. Situation und Einstellung des deutschen Beamtentums und Offizierskorps. Rolle des Fahneneides. Stellung der Generale zu Hitler. Gördeler und die Widerstandsbewegung. Desorganisation auf dem Wirtschaftssektor. Hitlers Fanatismus. Gefahren der unumschränkten Alleinherrschaft. 5 - 1o

III. Der faule Kern.

Der deutsche Zusammenbruch im Vergleich mit dem Untergang Roms. Grundzüge und Methoden des Nationalsozialismus. Zerschlagung des Moralbegriffs. Mangelnde Zivilcourage im deutschen Volk. Aufforderung zu Selbstprüfung und Objektivität. 1o - 13

IV. Nationalismus.

Neigung des Deutschen zu Extremen: Übersteigerter Nationalismus oder Weltbürgertum. Mangelnde Achtung vor politischen Gegnern. Notwendigkeit des Denkens in grösseren Zusammenhängen. Europäische Friedenspolitik. 13 - 16

V. Sozialismus.

Demokratie und Oligarchie nach Aristoteles. Wurzeln des Sozialismus. Widerstreit der Ideen Freiheit und Gleichheit. Vorbild der englischen Labour Party: Einführung des Sozialismus im demokratischen Staat. Sozialistisches und liberalistisches Wirtschaftssystem. Leistungssteigerung durch Beteiligung des Arbeiters am Ertrag als Weg zu echtem Sozialismus. 17 - 2o

VI. Das Christentum.

Problem der Grundlage für ein neues Europa. Absage an liberales Christentum. Glaube und Wissenschaft. Neue Wirksamkeit des Glaubens. Zusammenschluss der Konfessionen. 2o - 22

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS A-20 / 10 - 3

I. Allgemeines. Es sind vor allem zwei Umstände, die dem Historiker in Deutschland die Wege gebahnt haben, immer da sich geschichtlichen Stoffen Volk entdeckenden Glauben an Wert und Notwendigkeit der geschichtlichen Forschung, und zweitens das Vorhandensein des deutschen Geschichtsbewußtseins, das sich in den Jahren nach 1918 trotz der Völkerbundsidee und trotz gewissen allen äußerlichen Tendenzen und Neigungen eine Volk stets erfüllenden und ihrem Dasein Richtung gebenden Dokumentarik und Bedeutung des eigenen Lebens gibt.

Es gibt eine Selbstverständlichkeit, wenn man die Treue als denjenigen Eigenschaft des deutschen Charakters nennt. Diese kennt die deutsche Geschichte, [illegible] Treue der Treue unter Kameraden, die Treue der Gefolgschaft gegenüber dem Führer, die Treue des Soldaten für die ihm anvertrauten Völker. Aber auch [illegible] Gesinnung sind die Begriffe für Treue und Loyalität. Sie wirken in unserer Geschichte [illegible] Band, weil jenen die Wahrheit, die Klarheit und Gerechtigkeit [illegible] stets, so sind nicht anders zu handeln, wenn es etwa in Gefahren die Gefahr [illegible] gang der Fall ist. In Deutschland ist sich die Treue jenes Verhältnis [illegible] bricht dem Menschen, der sein Leben, das moralische Prinzip. Denn [illegible] Treue auf keine Anerkennung Gegenleistung ist die deutsche [illegible] spricht es das deutsche Ideal, die Treue zu einem der höchsten Werte zu [illegible] Treue und Treue, Selbständigkeit und Gehorsam, Hingabekraft und Bereitschaft sind die beiden Pole Spannung, die sich das deutsche Volk gesetzt hat, seine [illegible] den Pole, zwischen denen sich sein Wesen und seine Geschichte bewegt.

Als [illegible] Deutschen Treue [illegible] der Treue, die [illegible] als eine der [illegible] Tugenden des deutschen Charakters, allerdings [illegible] Einzelnen Gesetz [illegible] Selbstverständlichkeit und Selbstverständlichkeit [illegible] auf seinen Willen beschränken und [illegible] Treue; sie nennen Treue die [illegible]

00601

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hat kein anderes Thema als das der [illegible] in ihrer schönsten Form wie sie in der alten Geschichte Rüdigers [illegible] und in ihrer [illegible] hat, in der sie Kriemhild und Hagen im Namen der Treue unmenschliche Verbrechen begehen läßt. Das Lehnssystem ist ohne die Grundlage der Treue nicht denkbar. Zum [illegible] lassen sich durch den Wandel der Zeiten ständig feststellen, einmal die Richtigkeit der schon frühzeitig von Tacitus [illegible] gemachten Feststellung, daß, was die Treue nennen, oft nichts anderes ist als Gegenteil, zweitens die Einseitigkeit der Treue, die nur dem Freund gegenüber besteht, dem Feind gegenüber sich unbedenklich in grenzenloses Mißtrauen äußert – eine Treue wie Treue, wie Hagen den [illegible] von Kriemhild und Etzel [illegible] –, drittens die Ehrenbar, [illegible] Stämme und Großen ausgeschlossen und [illegible], wie es in dem des Zeitalters des Feudalismus [illegible] Lehnssystem erblühten. [illegible] die deutschen [illegible] den Glanz der Treue zum [illegible], zum [illegible], zum [illegible] zu [illegible], wenn sie etwa die [illegible] mit [illegible] an ihrer Ansicht festhielten, und die Unterdrückten, [illegible] die [illegible] [illegible] und verfolgen, für Treue erleben, wenn sie im Namen der Treue die Gebote der Menschlichkeit verletzten, was sie der [illegible] gegenüber [illegible], die bestimmte Klassen und die Monarchie verbindet, mit der sie Treue identifizieren, die in Deutschland so viele Menschen nicht der Idee der Monarchie, sondern der Person des Monarchen entgegenbrachten. Allen für deutsche Art [illegible] charakteristischen Strömungen, den politischen und religiösen, den [illegible] und wissenschaftlichen Schulen, in denen der Schüler auf das Wort des Meisters schwört, den [illegible] Vereinen, in denen eine Idee oder Liebhaberei gepflegt wird, der Mannigfaltigkeit der politischen Parteien, die eine Gefolgschaft wie die „Aufforderung" zum Weltanschauung und zur Grundlage für ein politisches Parteiprogramm machen, liegt irgendwie der Gedanke der Treue zu Grunde. Sie [illegible] die Gefolgschaftlichkeit [illegible] mit [illegible] einer [illegible] Bewegung, so ist für Deutschland die Intoleranz bezeichnend, mit der die Anhänger dem Führer der Bewegung folgen und nur auf seinem Wort selig zu werden glauben. Goethe [illegible] die deutsche Art der Darstellung und Auffassung, [illegible] in „Dichtung und Wahrheit" in seiner Darstellung der Geschichte des großen Preußenkönigs [illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

50100

einer großen Gemeinsamkeit zusammenzuschließen, sondern unter dem Vorzeichen der Demokratie – es gab damals in Deutschland keine Partei, die sich nicht Volks- Partei nannte – entwickelten sich alle verderblichen Untugenden des deutschen [illegible] und [illegible]: Besserwissen, Rechthaberei und Intoleranz mit verdoppelter Hemmungslosigkeit aus. So entstand in der durch das Kriegsgeschehen, Proportionalwahlrecht auf die Spitze getriebenen Parteiwesen, welches die dem deutschen [illegible] [illegible] [illegible] begünstigte und zur Bildung von „Interessenhaufen“ führte, die kaum noch eine einigende große Idee kannten, ein Zerrbild der Demokratie, das [illegible], wo allem auf die Jugend [illegible] wirkte.

Die Sehnsucht, die in jedem Volke lebt, sich an die großen führenden Männer zu begeistern, und die im deutschen Volk besonders stark ausgebildet ist, blieb unerfüllt. Denn wenn auch diese Zeit vom Reichspräsidenten Hindenburg abgesehen Männer an die Spitze brachte, das [illegible], was zur geschichtlichen Größe gehört, fehlte ihnen. Von den Reichskanzlern seien nur zwei, den [illegible] [illegible] wie Fehrenbach und Wirth, Bauer und Müller, die die klugen und pflichttreuen Beamten wie Luther und Cuno überragt: Stresemann und Brüning. Stresemann hatte das Glück, in Austen Chamberlain und dem alten Briand zwei kongeniale Kollegen zu finden, mit denen er das Gemeinschaftswerk der Aussöhnung [illegible] in Angriff nehmen konnte. Er hatte den Erfolg, Deutschland aus der Isolierung der Nachkriegszeit wieder in die Gemeinschaft der Völkerfamilie einzuführen. Doch blieb ihm, trotz seiner Rednergabe, seines hohen [illegible] und seiner Erfolge die breite Volkstümlichkeit versagt, die, ob sie sich in leidenschaftlicher Verehrung, in ewiger Kritik oder in [illegible] äußert, zum Bilde des großen Mannes gehört. Aber wenn die [illegible] 1924–1929 die Jahre umfaßt, in denen der Nationalsozialismus seine Kräfte [illegible] nicht [illegible] konnte, so ist das nicht allein auf den Mißerfolg Hitlers im November 1923, auch nicht allein auf die wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen, die als Folge der Auslandskredite diese Jahre kennzeichnet, sondern [illegible] man doch das nicht auf die außenpolitischen [illegible] und die Persönlichkeit Stresemanns [illegible]. Brüning hatte das Unglück, in einer Zeit an die Macht berufen zu werden, in der die Not ihn zu unpopulären Maßnahmen zwang, die er nur mit Hilfe

Text in seiner gesetzten und politischen Grundeinstellung [illegible] Bewußtsein
des Widerstandes gegen Brüning bewirkte. So wurde es, daß gerade in der illegalen
Aufgeschlossenheit seiner Lebensführung ein Arbeiter, der [illegible] abgelehnten
Bauernsohn, der vom Leben selbst gänzlich verschiedene Menschen, [illegible] Christ
und Atheist, Bürgerlicher und Proletarier zu Kameraden wurden. Der Widerstand
gegen Brüning in seinen Anfängen, abwägenden Art, daß der weit [illegible] die Flammen
der Leidenschaft [illegible], daß selbst dem Gegner [illegible] abverlangte, aber an-
dererseits [illegible] Begeisterung entzünden konnte, so daß diese Wendung seines Wesens auf
Kurs der [illegible] Partei, unter denen er agieren mußte. Wenn es Brüning
[illegible] gewesen wäre, die Front der Ablehnung der Wahlwirtschaft zu ziehen, so dann
Hitler zu folgen, und wenn es [illegible] an Stelle der aufgeschlossenen Niederlage, mit der das
traurige Kapitel seiner Kollaboration mit Papen geschlossen wurde, die folgen sollte, es
hingegen dürfen, daß es sich als Ziel seines [illegible] so [illegible], weil der Beseiti-
gung des Regierungssystems begonnen [illegible] gesetzt hatte, kann es [illegible]
in der Hoffnung der großen Massen [illegible] vorgenommen. Unter den übrigen Staats-
männern dieser Zeit verdienen nur, die besondere Erwähnung. Der [illegible] Reichsmi-
nister der [illegible] Dr. Curtius, der [illegible] Diplomat [illegible] Aber die feine
[illegible] und glänzende Schriftstellerin, der Name, der im Kabinettsleben nicht nur eine
[illegible] Bedeutung [illegible], sondern auf einen [illegible] Kreis [illegible] und
[illegible] Gedanken war, [illegible] und [illegible] in einer Epoche, die [illegible] einem
[illegible] Kreis [illegible] und [illegible] werden konnte. Selbst
einem Reichsminister [illegible] Abendmahl zum Essen gesellen darf, dessen
Gemeinschaft nur [illegible] Feindschaft [illegible] wird, die [illegible] Staats-
männer [illegible] Leben [illegible] Klio [illegible] schließen [illegible],
die Feindschaft [illegible] Sozialdemokraten Braun und Severing, die [illegible]
[illegible] Reichsgründung [illegible], das [illegible] Kanzler [illegible]
[illegible] Kunst und [illegible], beide Männer, die durch ihre [illegible] Menschenkenntnis, ihre
[illegible] zupackende Tatkraft, ihren [illegible] Sinn für [illegible] [illegible] Blick, ihre [illegible] Beharrlichkeit sich [illegible] und selbst beim Gegner
[illegible] Achtung [illegible]. Aber [illegible] bei beiden [illegible], daß sie das
Format [illegible] Staatsmannes [illegible] Ebert, so [illegible] man [illegible], die Menschlichkeit und Ge-

...tigkeit anerkennen muß, weil der er in schwersten Zeiten [illegible] Amt verwaltete; zu den Großen der Geschichte wird man ihn nicht zählen können. Es ist erfreulich, wie ähnlich in Lebensführung und Pflichtauffassung Hindenburg, der alte Soldat, seinem Vorgänger, dem alten Gewerkschaftler war. Ob er ein großer Feldherr gewesen ist, wird einst die Militärgeschichte zu entscheiden haben. [illegible] kann aber wohl schon jetzt als feststehend angesehen werden, daß er an den Siegen, die sich an seinen und Ludendorffs Namen hefteten, stärker beteiligt war, als das damals vielfach angenommen wurde. Er selbst hat Hindenburg einmal gesagt: bei den Siegen seien es immer andere gewesen, wenn es Niederlagen gegeben, sei er allein verantwortlich gemacht worden. Er hatte während des Krieges eine ungeheure Volkstümlichkeit besessen, ganz im Gegensatz zu Ludendorff, [illegible] Volk [illegible] [illegible].

Man hatte ihm in den Tagen des Zusammenbruchs wenig gedankt, daß er das Heer in Ordnung zurückgeführt und sich selbst in selbstverständlicher [illegible] der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatte. Er war zu einer mythischen Gestalt geworden, als er auf dem Wege [illegible] und [illegible]. Die Liebe des deutschen Volkes [illegible] [illegible] Gegenwart. [illegible] „Retter" [illegible] befriedigen [illegible] Feldmarschall [illegible] Altar [illegible]. [S. 4a]

Die Demokratie schien nicht nur in Deutschland abzuwirtschaften. Hatte nicht Kemal Pascha die Türkei, die man schon seit Jahrzehnten als „kranken Mann" am Bosporus zu bezeichnen pflegte und deren Staatsgebäude in der Niederlage des Weltkrieges zusammengebrochen zu sein schien, vom Abgrund weggerissen und sie mit fester, kluger Hand wieder zu einem geachteten Staatswesen gemacht? War es nicht Mussolini gelungen, das in sozialen und politischen Kämpfen untergehende italienische Volk zusammenzufassen und zu ungeahnten Leistungen zu befähigen? War es nicht eher der starken Persönlichkeit von Lenin und Stalin als der bolschewistischen Idee zuzuschreiben, daß Rußland aus den Rui-

~~00004~~

von der Bürgerkriege und der Gefahr des polnischen Krieges wieder zu einem achtunggebietenden Reich emporstieg? Hatte nicht Pilsudski's rücksichtslose Energie dem politischen Wirrwarr in Polen ein Ende bereitet? ~~[illegible]~~ Bahnten sich nicht ähnliche Entwicklungen auch in anderen Ländern an? Sollte Spengler mit seiner Kreuzsage doch Recht behalten, daß das künftige Bild der Welt von einzelnen großen, diktatorisch regierenden Führerpersönlichkeiten geprägt werden würde, als deren ersten großartigen Repräsentanten es den ungekrönten König von Südafrika, Cecil Rhodes, ansah? Diese Fragen bewegten den am politischen Leben seines Landes verzweifelnden deutschen Menschen. Mit besonderem Interesse, fast mit einem Gefühl von Neid, sahen die Deutschen auf Italien, wo man auf jeder Reise des Verschwinden der Bettler, die Entstehung einer neuen Ordnung, die Urbarmachung der berüchtigten Pontinischen Sümpfe beobachten konnte. Wer es vermessen zu hoffen, daß auch Deutschland ein Mussolini, ein Führer, ein Retter beschert würde?

So trugen alle diese verschiedenen Elemente dazu bei, daß das deutsche Volk nach einem Führer Ausschau hielt und, als es diesen in Hitler gefunden zu haben glaubte, ihn in dem Bestreben, die Führerpersönlichkeit mit allen verehrungswürdigen Eigenschaften auszustatten, idealisierte und zu einem von der Wirklichkeit durchaus verschiedenen Idol machte, dann ~~[illegible]~~ ohne Rücksicht auf das wahre Aussehen und die Entwicklung des Originals fanatisch anhing.

A0600

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

[Aber daß man als Reichspräsidenten auf einen alten General zurückgreifen mußte, der politisch keine Erfahrung besaß, in seiner ganzen Einstellung einer entschwundenen Zeit angehörte und als Folge dieser beiden Tatsachen abhängig war von dem Einfluß unverantwortlicher Ratgeber gewesen, trotz seines unbestreitbaren Bestrebens, sein hohes Amt verfassungstreu zu führen, das zeigt doch, wie sehr im damaligen Deutschland der für dieses Amt geeigneten Männer gefehlt hatten und wie verhängnisvoll die Rolle der alten Politikergarnitur geworden war. Die demokratischen Parteien hatten bewiesen, daß sie die Probleme der politischen Aufgabe nicht zu lösen verstanden hatten. Es ist einer der schwersten Vorwürfe, den man der Weimarer Verfassung machen kann, daß sie sich um [illegible] Probleme [illegible] genügend [illegible] hat [was für den Sieg der demokratischen Parteien entscheidend war]. Die Tatsache, daß der Kanzler die Regierung aus den Fraktionen der Reichstagsmehrheit bildete, genügte nicht in einer Zeit und in einem Lande, wo über 500 Volksvertreter kaum zwei Drittel für eine Mehrheitsbildung in Frage kamen. So kehrten in bunter Reihenfolge in allen Regierungen stets die alten Gesichter wieder, bis das Volk sie satt hatte und sich den jungen Männern der N.S.D.A.P. zuwandte. Der Reichstag, der von sich aus nicht mehr arbeiten konnte, war seit 1930 regierungsunfähig geworden. Die Demokraten hatten vor diesem Zeitpunkt nur von der Exekutivgewalt des Reichspräsidenten [illegible] die Verfassung sah in voller Absicht, daß von den beiden verfassungsmäßigen Faktoren, dem Reichstag und dem Reichspräsidenten, das Schwergewicht bei letzterem lag. Das [illegible] auf die Kräfte des [illegible] an den [illegible]. Schon Möller van den Bruck hatte bald nach dem ersten Weltkrieg die plebiszitäre Diktatur als Grundgesetz der deutschen Republik prophezeit. Jetzt stand Brüning vor der Aufgabe, die Demokratie durch diese Diktatur zu retten. Es war eine unerfüllbare Aufgabe. Er konnte sie nur lösen, indem er demokratische Grundsätze preisgab und die gemäßigte Diktatur des Präsidenten mit den Notparagraphen der Verfassung einführte. Für die Richtigkeit der Behauptung, daß Brüning als einzigen Ausweg die Einführung der konstitutionellen Monarchie angesehen habe, vermag ich nicht einzustehen, möchte sie aber für durchaus möglich halten, ebenso die Darstellung, daß Hindenburg diesen Vorschlag abgelehnt habe, weil er alter Monar-

~~00005~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte Archiv

II. Stoßrichtungen

Die geistige und politische Gesundung Rußlands würde schon beschleunigt werden, wenn eine neue Volksbefragung stattfände. Schon jetzt kann sie uns eines lehren, daß Hitler gewiß besser wäre, wenn er nicht ein Opfer des Verrats geworden wäre. Als Verräter werden die Generalität, die Intelligenz, das Bürgertum genannt, und so auf der gesellschaftlichen Ebene das Irrige mit einer Tiefe der Ursachen in Zusammenhang gebracht. So kann der Westen sich durchaus genug darauf einstellen, daß solche Tendenzen in seinem Vorgehen eine in seiner Stoßrichtung gleiche Weise geschichtlichen Raum gewinnen, das Augenmerk von dem Namen Abgelenkten, der sein Vertrauen, dem deutschen Volk den Frieden zu schenken, gebrochen, seine Treue bitteren Verrat an der Sowjetischen Regierung am 1917 verübenden Erklärung, daß Deutschland niemals wieder in einen Zeitgenossenkrieg verwickelt werden würde, in 6 Jahren, Lügen verbreitet und die in seinem Buch „Mein Kampf" gegebenen Lehre, daß man einmal festgelegten Kurs auf falschgelegten Gründen fortsetze, verbrecherisch an seinem Volk handele, zu einem vernichtenden Urteil über das eigene Verhalten gelangt sei. Es müsse dem aufgezeigt werden, daß die schweren psychologischen Fehler, die auf deutscher Seite in diesem Krieg gemacht worden sind – das Aufgeben des Sudetenlandes, Frankreichs vor Dünkirchen, das den englischen Truppen die Rettung brachte; die Nichtbeachtung des Großangriffs beim Angriff auf Rußland 1941 vor Moskau - dem Schlüssel, der diesem Fall federführend war, die unzureichende Verbindung mit den Finnen usw. sind. Die Darstellung des Angriffs 1942 auf zwei Ziele, Stalingrad und den Kaukasus, statt auf nur dieses Ziel mit konzentrischer Kraft sich zu beschränken; das Fehlen einer durchgehenden Versorgungs- und Aufmarschstellung im Osten; der Mangel an genügend Rückzugsbahnen, wie die Zerstörung und den Verlust zahlreicher Brücken im Osten zur Folge hatte, mit Stalingrad als schwerwiegendem Beispiel; die Schaffung von allen verfügbaren Reserven für die sinnlose Abwehroffensive im Winter 1944/45; [illegible] des Westens die letzten deutschen Panzerkräfte im Frühjahr 1945 zu einer auch sinnlosen Schlußentscheidung im Westen; das Verbot des Kontakts

~~00006~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in Auftrag gegebenen Flugzeuge zur Schaffung einer zur Bekämpfung der feindlichen Bomber ausreichenden wirksamen Düsenjäger-Flotte; — daß alle diese Kardinalfehler begangen gemacht werden konnten auf persönliche, gegen die ausdrückliche, immer wieder Warnung militärischer Ratgeber getroffenen Entscheidungen Hitlers zurückzuführen. Ebenso sind die unbegreiflichen politischen Fehler — die Ablehnung eines Friedensschlusses mit Frankreich, die das Partisanentum zeitigende Behandlung der Bevölkerung in Rußland als Untermenschen, die Kriegserklärung an Amerika nach Pearl Harbour, um nur hier die wichtigsten Hauptpunkte anzuführen — auf das persönliche Schuldkonto Hitlers zu setzen. Es ist also eine völlige Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit, wenn man die Schuld nicht bei den von Hitler begangenen Fehlern sucht, sondern sie [illegible] dem angeblichen Verrat der Saboteuren beimißt. Ich spreche bewußt von einem angeblichen Verrat. Man muß auch da der Wahrheit die Ehre geben. Sowohl das Offizierskorps wie das Beamtentum sehen sich einem doppelten Vorwurf ausgesetzt. Auf der einen Seite wird ihnen vorgeworfen, kritiklos, in blindem Gehorsam, die Befehle Hitlers ausgeführt zu haben, auf der anderen Seite beschuldigt man sie durch Sabotierung dieser Befehle zur Niederlage Deutschlands beigetragen zu haben.

Es ist hier eine kurze Charakteristik der geschichtlich gewordenen und bedingten Eigenart und Einstellung des deutschen Beamtentums eingefügt. ~~[illegible]~~

[–]. Viele dieser Beamten haben schwer unter dem Konflikt gelitten zwischen der ihr innerlich stärker empfundenen Ablehnung des Hitler-Regimes und ihrer Pflicht, dem Staate zu dienen, der Volk und Staat bestehen bleiben mußte und sollte, auch wenn das tausendjährige Reich nur einen sehr kurzen Bestand haben würde. Es waren deshalb nicht die Schlechtesten, die diesen Konflikt durch doppelt gewissenhafte Pflichterfüllung in ihrem Bereich zu überbrücken trachteten. Wer hier von bewußter Sabotage spricht, weiß von den Dingen nichts oder spricht wider besse-

6

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

gen über den Zustand ihrer Truppen im Ganzen genommen durchaus einstimmen und einige von ihnen die Lage sehr böse malten, der allein auf sich gestellte Hauptmann auf die immer wieder zu tief greifenden Mangel an Kampfmitteln und Ausbildung hinwies, legte General in gesamt zusammenfassende Feststellung die Erwartung, daß dann die Truppe auf den Kasernenhof und im Felde sich. [illegible] die Front gestanden hat, auch, daß diese Feststellung erschütternd, aber wahr ist. Es ist diese Formulierung nur deshalb ausgesprochen, um Verständnis für die Rolle der Kasernenhof im Denken der Offiziere geschaffen hat. Das war auch in diesem Krieg so. Es ist unglaublich leicht einzusehen, daß Hitler sich für Paraden der Kasernenhof ungeeignet genug sah, daß er aber sich und diesen seit in seinem Gefolge gebrauchen konnte. Für diese [illegible] Aufgaben [illegible] Aber selbst da sich innerlich für die Auffassung durchgerungen hatte, daß die Kasernenhof ihn nicht auch an Hitler band, selbst die Abwendung des 20. Juli, dessen nicht [illegible] Sabotage. Sie rettete Hitler Attentäter, nicht [illegible] Parteigenossen, sondern weil er auf ihre Übergangung Deutschland in die Niederlage fürchte. [illegible] Hitler Regime [illegible] so feindlich gegenüberstand, daß sie Deutschland's Niederlage [illegible] Sabotage [illegible] Aber [illegible] Hitler [illegible] Kasernenhof [illegible] Rechtsbruch [illegible] Kämpfen gesehen, daß [illegible] Gefühlen [illegible] Kasernenhof [illegible] Endlich ist [illegible] Verbrechen [illegible] Hitler gegenüber [illegible] Generalstab, [illegible] Kasernenhof [illegible] Generalstab gegenüber Hitler da war? [illegible] Kämpfe sich auf seine [illegible] Kameraden [illegible] Generalstab [illegible] 1935 - 1938. Waren seine Generäle also nicht Kasernenhöfe und Kasernenhöfe? Es kann, dem Beweis darauf, daß es auf im August 1939 [illegible] mit fast 100 %

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gewißheit [illegible] zugesetzt sollte, daß [illegible] darum Krieg herausbeschworen würde. Wer ist also nicht ein solcher Va-banque-Spieler? Es kommt sich auf die Schnelligkeit und Sicherheit, mit der entgegen dem Vereinbarungen und Versicherungen die Heere, Krieg in Polen und Frankreich durchgeführt worden waren. Wenn jetzt Generale also nicht auf militärische Gründe hinweisen können und beweisen? Sie könnten auf die ungünstigen Lage von Rückschlägen hinweisen, die von der Tatsache an das Attentat vom 20. Juli, den Fehler auf das Oberkommando des Heeres übertragen hatte. Wer ist nicht also auch militärisch ein Va-banque-Spieler und gefährlicher Abenteurer? Sie selbst sagen, wir jedenfalls das deutsche Volk nicht in eine furchtbare Niederlage geraten lassen. Sie könnten dafür, zum Teil mit Vorsicht, zu sorgen, aber mit derselben Entschiedenheit. Im Verlauf Krieges und in seinem Verlaufe ist die Zahl der Generale, die selbst gefallen sind, so hoch gewesen wie in keinem Verlaufe des Ersten Krieges, den Deutschland geführt haben. In keinem Kriege ist auch die Zahl der Fälle so gehäuft gewesen in einem Generale, einfach, den Entschluß, in den Konflikt, in den sie gerieten, weiter zu tragen, ab zu ziehen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

a-e F Aus alledem ergibt sich, daß von den beiden entgegengesetzten Notwendigkeiten, <Pflicht des Gehorsams und der Loyalität> die dem Vaterlande und der Gesamtheit gegenüber [illegible] Pflicht überwiegt ist. Wenn in den entscheidenden Kreisen der Heeresführung sich Männer gefunden haben, die genügend Charakter und Verantwortungsfreudigkeit besessen, um die Hand in das Gebiet des Verbrechens bestehenden Befehlsverhältnisse und der Anordnungen, durch die jeder Deutsche und jede Stelle zu einer bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigenden Festung erklärt wurden, nicht mehr zu befolgen, wenn gestützt Rücksicht oder böser Wille dazu, die Handlungen in die Sphäre des „Sabotage" hineinzuziehen.

Über die Verbrechen haben immer wieder Zeugnisse vor, die den Beweis

~~00008~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sabotage ausüben sollen. So wird dann z.B. erzählt, daß bestimmte Rüstungsbetriebe wie beispielsweise ein Zeiss oder bestimmte Fabrikhallen, deren Fertigung größtmöglichen Vorrang genießt, zusätzlich bewacht, zugänglich insbesondere in großen Hangars gelagert sollen. Die Richtigkeit dieser Vorgehensweise soll hier nicht nachgeprüft werden können. Aber selbst wenn, wie behauptet, dem so zum großen Teile Abhilfe sein könnte, kann dennoch nicht so sehr auf eine Vielzahl solcher Vorkommnisse geschlossen werden, als vielmehr auf die geradezu katastrophalen Versorgungsschwierigkeiten und einen Mangel an praktischen Reglementierungen, die bei jüngeren Verbänden zu beobachten sein dürfte. Die mit immer stärkerer Intensität fortschreitende Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Kriegsproduktion schuf unvermeidlich zu immer größeren, unübersehbareren und vielfältigeren Verteilungen, die es nicht mehr möglich machten, eine "zentrale Planung" bis in letzte Einzelheiten hinein durchzuführen, denn Improvisation an anderer Stelle wurde Notwendigkeit und Tugend. Die gewaltige Dehnung, die das deutsche Volk vor allem wirtschaftlich trotz Rohstoff- und Devisenschwierigkeiten, trotz Bombenangriffen und langen Kriegsjahren vollbracht hat und die bis in das Jahr 1944 hinein die Größen der Kriegsproduktion auf immer aufsteigende Linie brachte, kann Arbeiter oder Unternehmer in irgend einem namhaften Umfang Sabotage getrieben haben. So ist an anderer Stelle schon ausgeführt worden, daß selbst Fehlstellung ganzer Fabriken das deutsche Volk, ganz zu schweigen von jeder Fehlstellung der Völker oder dem Weltmaßstab, diese erschütternden Auswirkungen vollbracht hat. Nein, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ist für eine wirkliche Volksopposition nicht der geringste Raum.

Man suchte also nach einem Schritt Ausschau, um sich allemal mit Hitlers Gegnern mit seinem den Glauben auszutreiben, daß [illegible] auf diese Weise der Krieg in die Hände Roosevelts könnte. Selbst wenn Hitler die Nerven nicht gemacht hätte, den dann Leben die Pest war, würde gegen die verbrecherischen Horden, die sich gegen deutsche Frauen vergangen hatten, ein Krieg nicht zu vermeiden gewesen sein.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

7 (für S.D.) Es muß aber, um ganz objektiv zu sein, auch eine Stimme gehört werden, die über das Zusammenbruch des alten Heeres in der deutschen Offiziere Ansichten teilen und sie in der Folgezeit stark ausbreiten. Es war die des englischen Hans Speidel's entgegengesetzte Darstellung, die sich am besten Bild der Persönlichkeit Schleicher's gemacht hat. Schleicher spricht also eine militärpolitische Betätigung vor, die schon Ende in der militärischen Zeitgeschichte Bedeutung, Ansehen und Machtstreben nicht den Stand seines Namens bekannt, sondern darüber hinaus in der Beherrschung des gesamten politischen Lebens Weg die Reichswehr. Aus jeder dieser Gedankengänge kann die offene oder die verschleierte Militärdiktatur, d.h. eine Regierung, die ihre Weisungen und Direktiven von der Reichswehr empfing. So gab es innerhalb des englischen Offizierkorps eine politische Strömung, die durch Landes gemeinsamer Regierungsfähigkeit der Bürgerschaft beizumessen erkannten und entsprechende Stellen der jüngeren deutschen Reichswehr mit ihren Anhängern besetzte. Zahlung und innere Verschiedung des Offizierkorps der Reichswehr (Hitler) allmählich eine andere als die der deutschen Armee des Ersten Weltkrieges. Schon über die Verbleibenden der Gedankengänge Kampf um die Entscheidung in der Armee und bei den Verbleibenden von der wenigen Offizierkorps Leben, so bildete diese Auslese noch [illegible] Basis der Persönlichkeit, die von der im Reichswehrministerium immer allmächtiger werdenden Richtung Schleicher's bestimmt wurde. In der militärischen Führungsstelle erhielt eine immer gleichförmigere Gesinnung; es war die Zeit der sogenannten, selbstherrlichen Generalstäbler, in der man die Entwicklung der Gemüter [illegible] überzog, es war die Zeit eines Horst der Strategie, des deutschen Offizierkorps des Zeppelin gab. Der [illegible] der Kriegsoffizier, der in Bezug die Erziehung des Volkes in Waffen so unendlich wichtigen Stellen der Kriegsgeschichte, der Truppenführung- und Regimentskommandeure, seine Wissenschaft als entscheidend und daß die gelehrten Schreiber in den Generalstäben und einer Übertreibung der Bedeutung Schleicher; dem deutschen Offizierkorps des Zeppelin, bei dem die Hauptarbeit wichtiger war als die Intellekt und das sich in einer Reihe ausgezeichneter und ausgezeichneter Führer geschichtlich verkörperte, über die, wie die Haeseler, Seeckt, Blomberg – von denen einige wenige der bekannten „Kommandobehörden" zu nennen –, eine Menge von Anekdoten im Umlauf waren. Nach dem Krieg waren diese Persönlichkeiten nur die Befehlsgeber für den Generalstäbler, der auf diese „Kommandos" abgerichtet wurde, sie aber war es die Ver-

7 Ist der Satz Absicht? Weiß Speidel, daß?

~~00000~~

Institut für Zeitgeschichte

erkennen auf dem über die Generalstabsarbeit in die höheren Führerstellen führenden Weg betrach-
tete. Ich will nicht mißverstanden werden. Der Generalstab war der von Moltke geprägte und von
Schlieffen gepflegte Grundsatz, mehr zu sein als zu scheinen, nicht ausgestorben; es wurde viel stille
gute und hingebende Arbeit geleistet. In den Kommandeurstellungen wirkten viele ihrer Verant-
wortung bewußte und ihre soldatische Aufgabe mit Liebe und Erfolg treibende Männer; in führenden
Stellen waren manche charaktervolle Persönlichkeiten sichtbar. Aber die von mir gekennzeichne-
te Richtung in der neuen Kommission, zum Mehrscheinen als Sein, zur Überschätzung des Intellekts,
zur Überheblichkeit gegenüber dem „Zivil" und schließlich zu der Überzeugung, daß auch politische Führung
und Leitung letztlich nur beim Militär liege, war weitverbreitet und wurde die immer
stärker Geist und Haltung des deutschen Offiziers bestimmende Kraft. Der charakteristische Re-
präsentant dieser Richtung – das sei vorweg zugestanden – ist Schleicher. An seinem Lebensschick-
sal kann man die Geschichte der Reichswehr wie die des deutschen Volkes ablesen, wie aus dem Sub-
alternen, aber schon unmittelbar nach Abschluß des ersten Weltkriegs nur noch mit Politik sich
befassenden Major der wichtigste Mann des Reichswehrministeriums wird, der ungesehen hinter den
Kulissen seine Fäden spinnt, mit Gewerkschaftlern und Industriellen, Politikern und Diploma-
ten verhandelt, der ihm nicht genehme Chefs der Heeresleitung, wie nach Seeckt den [illegible] als
Vortragender Rat des Auswärtigen Amts die ihm nicht genehmen Staatssekretäre des Aus-
wärtigen, abtreten läßt und durch seine Kandidaten ersetzt und der schließlich, ein moderner
Warwick, zum „Königsmacher" wird, der Kanzler stürzt und einsetzt, bis das Schicksalsver-
hängnis ihn zwingt, aus dem Dunkel der Kulisse auf die hellbeleuchtete Bühne der Geschichte her-
auszutreten. Hier stößt nun der [illegible] Vertreter des politischen Soldatentums auf den
großen Volkstribunen, der, auf dem [illegible] emporgestiegen, mit ungeheurer Gewalt die Massen
in seinen Bann gezwungen hat. Schleicher glaubt auch diesen Mann in seinem Netz fangen
und im gewohnten Spiel kleiner politischer Schachzüge überspielen zu können. Er hat das Dämoni-
sche Temperament des uneingeladenen [illegible] unterschätzt und – unterliegt.

Aber die durch Schleicher am stärksten vertretene Geistesrichtung im Offizierkorps
wirkt auch noch nach seinem Abtreten von der Bühne fort und taucht nun das Verhältnis
zwischen dem zum obersten Befehlshaber der Wehrmacht aufgestiegenen Mann des Volkes
und seiner Generalität in ein eigentümliches Zwielicht. Denn wenn die aus der Tradi-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

tion des deutschen Offizierkorps und der Leeck'schen Schule hervorgegangen sind die militärischen Führungsprinzipien in einem Gegensatz, der an den Grundlagen des politischen Veränderungsprozesses Deutschlands keine Kritik vorbeiließ, wird die politische, das sich in einem militärischen Bündnis vollziehende Ganze fragwürdig in einem Gegensatz zu Hitler hinein, der früher oder später die Bündnisfrage stellen und den Italien integrieren müsse. Das äußerte sich bereits in der emphatischen Begeisterung, mit der die militärischen Fachgespräche über „Japan" die Grundlagen der Königsberger Rede mit einem Unterton, der Hitler mit der Unbekümmertheit des nicht durch fachkundige Tradition gebändigten Autodidakten und einer oft genialen Intuition Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines aus der modernen Technisierung der Kriege sich ergebenden Strategie witterte und verkannte als seine fachliche Kritik. Hitler aber spürte mit dem fast tierischen Instinkt für Existenzgründe die Distanzierung und Abneigung gewisser Gegner, die ihn aus der äußerlich korrekten Haltung des Gehorsams entgegentraten. Es ist das einer der Gründe gewesen, aus denen die militärischen Ratschläge seine drängenden Ratgeber, die so oft der Schlag verfehlt blieb, während der Kurs eines Hasardeurs, zu dem er Hitlern selber, diesem im Gegensatz zu seinen Mahnern Recht gab und folgerichtig Gefolgschaft. Der innere Gegensatz zwischen Hitler und einem großen Teil der Generalität spitzte sich zu einer inneren Unsicherheit, die bis Notwendigkeit und in einer noch auf den jetzigen Gegner gerichteten Planung [illegible] Klärung der gegenseitigen Haltung des Führers Offizierkorps konvergieren müsste. Man kann nicht übersehen, was über die Treue zum Staatsoberhaupt als höchste Pflicht des Soldaten Tapferkeit und Gehorsam, wenn man unter sich ist, die bisherige Kritik an ihm übersteigt. Wo sich von Fragen brachte stellt, musste dieser Konflikt so tief und unversöhnlich, dass es nicht mehr ausgetragen werden, wie der Ausgang der Verschwörung am 20. Juli. Wo sich so beiden nicht erfassen, dem Urteil des moralischen Bösen. Die ausgezeichnete Musterbeschreibung, die englische Strachey, sagt in einem Aufsatz über den Kardinal P[1] Manning in „Eminent Victorians", dass, wenn ein Soldat sich für eine sehr Königsache stelle, auch er den Glauben verlieren hat, er Verräter ist, aufzuführen, und ebenso Verräter, den Kampf fortzuführen, der von der [illegible] Regierung [illegible] ausgeführt [illegible].

Hoffen

zur Verfügung konnte. Das lag an der inneren Gegensätzlichkeit aller derer, die nun in der Gegnerschaft gegen Hitler einig waren, sich in allen politischen Fragen aber diametral gegenüberstanden. Von den Nationalsozialisten brauchen wir, [illegible] über deren Aufgaben wir für den Konservatismus eintreten, nicht die Wiederbelebung des bereits überwundenen Klassenkampfes, nicht die Zerstörung einer staatlichen Einheit in den Gegensätzen von sozialistischen Parteien, nicht die Errichtung einer Militärdiktatur, nicht die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft. Dies sie lassen, daß die, die mit ihnen gegen Hitler aufgestanden vielleicht bereit waren, einen Diktaturversuch als Erbe des Hitler-Regime in Deutschland [illegible] lassen. Die Meinungsverschiedenheit des Volkes hat nach dem Attentat des 20. Juli den Charakter aufgedeckt und [illegible], nach einem das Attentat sein letztes Ziel erreicht hatte, zu einem politischen Geschehen werden lassen. Schon im Sommer 1939 hat eine breite Widerstandsbewegung bestanden, ~~Hegt man sich, wie oft [illegible] des Inhalts diese Überlegungen über die innere~~ Gestaltung des neuen Staatswesens zusammengefaßt, ob diese latente Gegnerschaft gegen Hitler zu einem Vorwurf des Verrats nicht-gegnerischen Lebens gestempelt hat, so läßt sich eine pflichtgemäße Lebensaufgabe vielleicht aus einzelnen Beispielen folgern, aber nicht als eine allgemeine und die Gesamtheit [illegible] ~~[illegible] es bleibt dabei, daß~~

[Inwieweit dem Offizierkorps ein klares Lebensziel gesetzt werden konnte und inwieweit das auf die Kriegführung einen günstigen Einfluß ausgeübt hat, soll einer gesonderten historischen Betrachtung vorbehalten bleiben müssen. Man kann aber heute allgemein sagen, daß Ausbau und Erhaltung einer starken militärischen Persönlichkeit in der Geschichte des Krieges von einem ebenso überragenden Wert sein kann wie einem Schutzwall für die Niederlage stehen, wie auf dem Krieg von innen, die auf diesen Aktivismus einer Neugestaltung des gesamten Offizierkorps hinzielenden Bestrebungen des Chefs des Amtes Ausland/Abwehr, Admiral Canaris.] Man darf diese mit allem Vorsicht weil die Abgrenzung aufstellen, daß [illegible]

Aug C

die, die im Ausland sogar ein gewisses Vertrauen genossen und vor allem die Zeugnisse der englischen Regierung schließlich beim Sturz Hitlers [illegible] Dieses Vertrauen gründet sich auf den Eindruck der Vertrauenswürdigkeit und der Solidität, die die Führer und Hauptbeteiligten besaßen. Nämlich in die General Beck und Witzleben auf militärischer, Goerdeler auf ziviler Seite, waren eine Garan-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

die Daher, daß man diese deutsche Opposition durchaus ernst zu nehmen habe und daß sie bereit und fähig sei, eine deutsche Regierung zu bilden, deren Wort man trauen könne, ein Chamberlain im Winter 1939/40 [illegible] die Aussichten für sein Friedensangebot mit deutlichem Appell an eine deutsche Widerstandsbewegung begründete. Die Seele der Bewegung war schon frühzeitig Goerdeler, der auf einer Reise nach England in der dem Krieg vorangehenden entscheidenden Zeit Fühlung mit maßgebenden Kreisen gefunden hatte. Der ausgezeichnete Verwaltungsbeamte, dessen [illegible] Ehrlichkeit und Geradheit ihm überall Vertrauen erwarb und dessen von seinem Ziele [illegible] besessene Energie sich nur [illegible], [illegible] fehlte es an Phantasie, um als Politiker erfolgreich zu sein. Er zog die Pläne wie Verwaltungsakten auf mit [illegible], die in jeder Behörde [illegible], mit einem genau ausgearbeiteten [illegible], mit [illegible], mit einem bis ins Einzelne gehenden [illegible]. Aber es ist [illegible] für diese [illegible] Auffassung, daß sie durchaus keine Revolution haben wollten, daß Hitler zwar beseitigt, aber jeder [illegible] Umstände vermieden werden sollte, daß es nur darauf ankam, die [illegible] des öffentlichen Lebens, die Ordnung [illegible]. Jahrelang ist Goerdeler [illegible] durch Deutschland gefahren und hat mit allen Menschen gesprochen, bei denen er eine [illegible] und den besten [illegible] und die Bereitwilligkeit [illegible] erwarten konnte. Vielen [illegible] er [illegible] auf, andere fragte er nur, ob sie bereit wären, im Falle eines Regime-Wechsels sich für bestimmte Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Fast alle, mit denen er sprach, haben seine [illegible] Kraft und [illegible] gedankt, [illegible] Aufforderungen [illegible]. Ihre Namen standen in seinem Notizbuch oder in seinen [illegible], [illegible] nach dem [illegible] Attentat 1944 eine erschütternde [illegible] [illegible]. Diese [illegible] Goerdeler [illegible] die [illegible] Regime-Änderung [illegible] Staaten an den [illegible] [illegible] Goerdeler [illegible] [illegible].

sah dem tapferen und tiefreligiösen Manne nicht ähnlich. Sollte selbst einen solchen Mann Folterung oder Todesangst zerrüttet haben? Aber hat man sicherlich seine tagelangen [illegible] Mühe [illegible], [illegible] Menschen [illegible], [illegible] seine [illegible] Reden [illegible]? Endlich ist auch folgende Deutung zulässig: Goerdeler hat darauf gehofft, daß er in einem großen Prozeß vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit seine Ideen würde erklären und eine gewaltige Wirkung gegen Hitler in das Volk hineintragen können. [illegible] in eine Selbstbefreiung und Anklage [illegible]. Die Behandlung, die ihm bis zu seinem [illegible] [illegible] noch [illegible] den Vorwurf erschütterte, daß er die [illegible] die besten und [illegible] Deutschen aus allen Kreisen und Ständen [illegible]. Goerdeler ist sicher der Überzeugung gewesen, daß dieser Vorwurf das Opfer des Lebens lohne. In seiner Rechnung steckte nur ein gewaltiger Fehler, nämlich die Annahme, daß die Nazis ihm den [illegible] Gelegenheit zum Appell an das deutsche Volk gestatten würden. Goerdeler hat vor dem Volksgerichtshof sein Programm entwickeln dürfen; aber die Öffentlichkeit erfuhr kein Wort davon. Sie hörte über die Persönlichkeit der Attentäter und der Freunde, die sie zur Tat geholfen, nur das, was der Propagandaminister dem deutschen Volk vorzuspiegeln für gut fand. In dieser Rechnung wird ein Charakterzug Goerdelers erkennbar, den man wohl nur als Naivität bezeichnen kann. Es ist dieser Zug, der einen der hervorragendsten Mitarbeiter an der Oppositionsbewegung bewog, die [illegible] [illegible], Professor Popitz, veranlaßte, sich lange vor dem 20. Juli von Goerdeler zu trennen, da er ihn politisch auf die Dauer nicht ernst nahm. Umgekehrt lehnte auch Goerdeler Popitz ab wegen seines allzu labilen Charakters ab. Beide hatten insofern Recht, als bei Goerdeler der Charakter das Übergewicht über den Intellekt, bei Popitz dagegen der Verstand den Vorrang vor dem Charakter hatte. Popitz' [illegible] Blick sah die schwachen Punkte in Goerdeler's Plan, das Fehlen eines großen politischen Ziels. Dieser Mangel hat sicher dazu beigetragen, Goerdelers Scheitern zu lassen. Denn so leicht es ihm fiel, bürgerliche Honoratioren, vor allem solche, die politisch nicht eingespannt waren, wie er selbst, für [illegible] zu gewinnen, [illegible] der entscheidenden Aufgabe, die Mitwirkung des Oberkommandos der Wehrmacht zu gewinnen, [illegible] versagte er. Und daß hing von dieser Mitwirkung die Verwirklichung des Goerdelerschen Planes ab. Man hörte ihn in den Kreisen der hohen Generalität achtungsvoll und [illegible] aufmerksam zu, man [illegible] ihn vielleicht auch [illegible], man hielt jahrelang die schirmende Hand der „Abwehr" über ihn, an deren Spitze der [illegible] durchschauende Admiral Canaris stand,

Zur Überzeugung bei

11000

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

hatte Reinhard Heydrich im Auge; er sollte die innerparteiliche Niederlage Rosenbergs abwenden, aber für diesen Fall einen politischen Gegenspieler aus eigenem politischen Lager haben. Im Falle die Absetzung Rosenbergs gelang, sollte Heydrich an seine Stelle treten. Als Hitler im Januar 1941 die endgültige Entscheidung traf, gelang es ihm, den Reichsleiter Rosenberg als politischen Gegner auszuschalten und seine Mitglieder in die Reichsregierung einzubeziehen. Rosenberg selbst schreibt selbst über, seine Gegner und die Generalvollmacht selbst übernehmen zu lassen und die politische Führung der Reichsregierung anzuvertrauen. Die Rosenberg'schen Kreisen bekannt wurde, erfuhr sie eine begreifliche Vorgang als Affront empfunden werden. Noch am 20. Juli bei Gudrian der Reichsführer Himmler, sich bei Hitler dafür einzusetzen, dass im Interesse der Einheit der Partei Rosenberg nicht gestürzt würde. Auf der Gauleitertagung wurde einen neuen Schritt tun. Als Kandidat kommt nur der Name Heydrich in Frage. Als Heydrich in Stellvertreter Rosenbergs wurde, war für ihn jeder Zweifel ausgeschlossen. Schon Himmler, der Rosenberg stürzen wollte, hatte Heydrich für Hitler ein also als Heydrich in Betracht gezogen worden, dass er in gleicher Weise die Absetzung Rosenbergs vornehmen würde. Rosenberg war nicht nur ein gefährlicher Gegner. Dieser schien Hitlers Gedanken Georgs sehr eine Dämonische Macht über die Menschen gewonnen hatte. Er wollte ganz im Gegensatz zu Goebbels den Krieg nicht in einem Zeichen der Bedrängnis, sondern in einer Revolution beenden lassen. Er sah die große Chance, dass sich über dem alten Herrenvolk - Proletarier aller Länder, einmal sag! - die Russen und ukrainischen Arbeiter, vom Druck des Stalin-Regime befreit, gegen die Kapitalisten unseren nationalsozialistischen Eingriffen zu Gemeinschaftsaktionen mit sich auf die Weltrevolutionsbahn in den Kampf um Europa bringen würden. Er sah in Geiste, wie in dem neuen großen Reich entsprechenden Gauleiter der Nationalsozialismus zu einem Einheit Europa zu einem Einheit Europa verschmolzen würde. Hier mit an Goebbels von seinen Gedanken entfernt. Rosenberg besaß in seinem Haß die geistige Kraft, die dem nationalen Sozialismus die Basis Bedeutung des Großen Deutschen Reiches, im Sinne mit dem Volksgemeinschaft das System von Versailles aus den Angeln zu heben, damit ein der antibolschewistische Sozialismus der Nationalen Kräfte die geistige Führung übernehmen. Zur Überwindung Hitlers die gesamte Front von Reichsleiter und Gauleitern, Chef der Ämter und religiöse Kräfte.

S2000

[illegible]

…ung und den Aufbau dieses Planes in ein politisches System wird später sich lassen. Es ist eine der verhängnisvollsten Folgen des 20. Juli, daß jetzt, da wir den Mangel an politischen Köpfen und Charakteren in allen Lagern und Parteien spüren, die Männer des Kreisauer Kreises fehlen. Eine ganze politische Schicht ist ausgefallen. Ihr Verschwinden läßt auch ihre Gedanken nicht zur Verwirklichung kommen. Der Gedanke, daß Hitler unter den politisch besten Köpfen Deutschlands aufgeräumt hat, indem er [illegible] Rache auf den [illegible] Roland; [illegible] ~~[illegible]~~ [illegible] Lücken im geistigen und politischen Leben Deutschlands, die noch lange schmerzlich fühlbar sein wird. ~~[illegible]~~

Wenn man die Widerstandsbewegung in Deutschland, deren Geschichte noch geschrieben werden muß, als bedeutungslos und erfolglos hinstellt, wird man ihrem Wirken und ihrer Wirkung nicht gerecht. Wenn man aber andererseits glaubt, daß von der Opposition eine ins Gewicht fallende Sabotage ausgegangen sei, dann verkennt man die Ziele eines großen Teils der Verschwörer und überschätzt den Umfang und die Bedeutung einer etwa tatsächlich durchgeführten Sabotage. [[illegible]]

Man müßte hierbei auch auf die Rolle eingehen, die das Ausland dabei gespielt hat. Trägt das Ausland an der Machtentfaltung und den Erfolgen des Nationalsozialismus eine erhebliche Schuld dadurch, daß es ihn nicht nur duldete, sondern förderte — der englische Historiker Geoffrey Barraclough hat auf den Zusammenhang zwischen ausländischer Reaktion und Nationalsozialismus hingewiesen —, so war während des Krieges das Fehlen eines außenpolitischen Programms über Deutschlands Zukunft das schwerste Hemmnis für eine deutsche Widerstandsbewegung, Anklang in weiteren Kreisen zu finden. Der Forderung der bedingungslosen Kapitulation konnte man [illegible] aus den Träumen der proletarischen Revolution entgegensetzen. Das Ausland konnte — von seinem Standpunkt aus mit Recht — auf die völlige Erfolglosigkeit der deutschen Widerstandsbewegung hinweisen, die den Entschluß rechtfertigte, die bedingungslose Übergabe zu verlangen. In Deutschland erkannten die Männer der Widerstandsbewegung in dem Fehlen eines außenpolitischen Ziels, das gerade von 1942 an, dem Beginn des Zweifels in weiteren Kreisen an Hitler, notwendig gewesen wäre, ihre schwerste Belastung in dem kommenden Kampf gegen die dämonische Macht des einen Mannes. ~~Es ist erstaunlich, daß~~ Wenn sich trotz dieses Mangels so viele der besten Köpfe der Bewegung anschlossen — aus politischen, militärischen und humanitären [illegible] —, so ist das nur ein Beweis mehr für die Verzweiflung, die sich dieser Männer bemächtigt hatte.

~~00018~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Grossen sein. Es steht natürlich ein riesiges Risiko in dem Satz, dass ein Krieg, wenn er lokal überhaupt, die gegnerischen Kräfte den Vorrang vor den militärischen Kräften haben. Es wird aber zu einem gefährlichen Abschnitt, wenn die einmal entfachten Kriegsflammen Völker außer Acht gelassen erscheinen. Niemand kann die Frankreich kann bei aller Tapferkeit nicht gegen Russland siegen. Die einzelnen Nationen haben gewonnen Battalion attackieren. Wer sich auf Gelder Hilfe oder ein Bündnis stützt, verfällt Gott. Vertrauen ist „Gott bei den Fürsten Deutschen". Man muss die von den gesetzten Wahrscheinlichkeiten ausrechnen. Sonst befällt man sich und stürzt. Gegen die ewigen Kräfte der Geschichte hilft Gott Bismarck nicht siegen, auf deren Seite Fehler dagegen Recht wären. Wir sollen den Krieg ganz verhindern können, bis die eine Seite der Atombombenangriff den Rhein und von Volk und Land völlig abgetötet wäre. Das ist der Grund und Hauptgedanke der Hitlerschen politischen Gedanken, die Selbstvernichtung. Er da glaubte, die Welt in die Katastrophe stürzen zu können. Alle fortgeschrittenen und alten Symptome und Folgeerscheinungen dieser selbsten Geisteshaltung. In einem im Jahre 1938 über die aufgearbeiteten Gedanken einer bekannten Universität, Soldatenschrift schrieb er: „Hitler ist ein genialer Mensch und diese Geisteshaltung setzt sich an das Ende von Leben und Werk. Seine Genialität befähigt ihn, sein Volk und sein Reich zu Größe zu führen. Aber wehe, wenn sie ihm Recht versagt. Dann wird er zur Katastrophe. Seine Mitarbeiter in unmittelbarer Umgebung sollen dieser in ungeheurer Dramatik, dafür zu sorgen, dass es zur Abwendung und Verhinderung seiner Kräfte kommt, nicht zu durchdringen Selbstmorden gekommen und niemals zu Friedensmöglichkeiten angesetzt wird." Sein Recht an die Selbstbestimmung. Seine wirkliche Umgebung ist das „ungeheure Dramatik", die sich in Europa nicht gerecht gewonnen. Es war schon gewesen sein, einen Menschen wie Hitler von Abwendung seiner Kräfte und an Menschen Selbstmorden zu drosseln. Ob.

0014

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

[illegible] wenige Jahre auch nur den Vorschlag dazu gemacht. Wir alle haben ihn dagegen zu [illegible] [illegible] versucht; man brauchte sich nur die Namen Ley und Goebbels, Himmler und Bormann zu nennen. So nahm die Sache immer mehr an Stärke zu, die mit dem Glauben an eine „Berufung durch die Vorsehung" verbundene Selbstüberschätzung, die ihn nicht zum großen Staatsmann, sondern zu einem von seiner Sache besessenen Fanatiker werden ließ. Während der Staatsmann nur das auf ruhiger Erkenntnis beruhende und sorgfältiger Überlegung Vernünftige und Gegebene anstrebt, sucht der Fanatiker ohne Rücksicht auf Opfer seine Sache total zu verwirklichen. Während der Staatsmann selbst nur das Notwendigste auf sich nimmt und alles andere der Maschinerie des Staates überläßt, glaubt der Fanatiker persönlich in alle Vorgänge eingreifen und sie mit seiner [illegible] Entscheidung regeln zu müssen. Während der Staatsmann in den Gegnern seiner politischen Kräfte sieht, denen gegenüber er sich durchzusetzen sucht oder, soweit das nicht möglich ist, die Basis des Kompromisses bildet, sieht der Fanatiker in den Gegnern seiner Sache Ketzer, die vernichtet werden müssen und mit denen ein Kompromiß unmöglich ist. Während der Staatsmann sich in jeder Situation Rück- und Ausweg offen hält, verbrennt der Fanatiker alle Schiffe hinter sich, um sich und seiner Gefolgschaft jeden Rückweg unmöglich zu machen. Solch ein Fanatiker war Hitler. Diesem Fanatismus, der ihn wagen ließ, was ein [illegible] Staatsmann kaum gewagt hätte, der Kräfte frei machte, auf die eine [illegible] Planung nicht hätte rechnen können, der dem deutschen Volke einen Schwung gab, der es den Bürgerkrieg beendigen und die Wirtschaftskrise überwinden ließ, verdankte Hitler seine gewaltigen Erfolge. Dieser Fanatismus, der ständig eigene Entscheidungen des Staatsoberhauptes in Einzelfällen und Kleinigkeiten notwendig machte und dadurch schließlich [illegible] die eigene Überbelastung an das organisatorische Chaos [illegible], die die Angst erzeugte, es würden sich nicht alle seine Ziele zu seinen Lebzeiten verwirklichen lassen, und die [illegible] seine Politik des [illegible] und [illegible] Tempo nehmen ließ, der [illegible]

Krieg der Völker sahen sich abermals einer Krieg oder Untergang
als Schicksal, daß mit der Selbstbehauptung sich zu der Forderung steigerte,
daß ein ganzes Volk seinem Untergang treten sollte, diese Tatsache musste
zur Katastrophe führen. Es offenbarte sich die Schuldlosigkeit Hitlers gegenüber
und so ihm sein genialer ist, seine Genialität und die guten Seiten anzuerkennen,
so, in seinem der Hass immer stärker über den Rest überwiegt, in seinem Vor-
sen liegen, so muß man sein doppeltes sehen. „Hitler-Mythos" als ein mit
allen Mitteln zu bekämpfendes Unglück für das deutsche Volk ansehen. Denn
wenn selbst dieser Mann nicht trotz seinen Fehlern, sondern gerade durch seine Fe-
hler seinem Volk den Untergang brachte, weil mit der innerstenklen Konse-
quenz der Rasse Gesetz über sie gerichtet, und seine seiner Genialität, seine Macht
über die Massen der Menschen, seine geradlinige Tat- und Arbeitskraft nicht zum
Segen, sondern zum Fluch wurde, wenn ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ müssen wir, daß ein großer
Mensch immer wieder den gleichen Weg gehen müsste. Er, wie Cäsar sprach
einmal: „Ich glaube, daß der Tod einen tapferen Mann einem feigen vorzuziehen ist. Darüber entscheide ich nicht. Zweifel an der eigenen Kraft, sondern ein Fehler
die Größe nicht in sich, sondern darin ist, daß er nichts anderes tun oder sein
kann, als was Gott ihn tun oder sein läßt." Hier deutet sich Hitlers Größe
und Tragik, der es sich zutraut, die uns einen Gott möglich, übermenschliche
Alleinherrschaft einzunehmen, das ist es, was ihn aus diesen Zeit heraus zu er-
heben scheint. Nun beschloß von Gnaden, dann Damit, seine Tatkraft sei der Unter-
gang des Dritten Reiches herbeigeführt, sondern der Hass seines Systems. Das
sind sich immer wiederholen, wenn so unsere die Einzelnen sich Tag für Tag
einer skrupellosen Bürokratie zum Gott zu machen versucht.

00015

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

[illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sahen, als sich ferner herausstellte, daß [illegible]
[illegible] handelte sich, den [illegible] Erfolgen abzusehen, [illegible]
die Standkraft [illegible] fehlte [illegible] das Rückgrat ge-
brochen. Es flüchtete sich in die Pflichterfüllung und legte sich Scheuklappen an, es sah
in der [illegible] Arbeitsgemeinschaft [illegible] und die Kraft, die
es zum Weiterleben brauchte. Die [illegible] Resignation, die [illegible] Volk er-
griffen hatte, löste nicht die Leistung in der Berufsarbeit; man könnte fast glau-
ben, daß sie [illegible] eher noch gesteigert hatte. Man muß sich neben der Wirkung, die
von dem [illegible] und der Forderung der [illegible] Kapitalisten
ausging, neben dem Ergebnis der traditionellen Erziehung des Beamtentums
und des Offizierkorps auch diese Entwicklung vor Augen halten, wenn man
die Frage beantworten will, warum das deutsche Volk so erstaunlich bis zum
letzten Augenblick gehorcht hat. Aber diese Entwicklung ist zugleich eine un-
geheuer ernste Mahnung, daß man nicht ungestraft sich einer absoluten Allein-
herrschaft überantworten darf, die sie vielmehr mit großer Wahrscheinlichkeit
den Herrscher, mit völliger Sicherheit das Volk verdirbt.

III. Der faule Kern

Es sind in [illegible] Kapitel die guten Seiten des Nationalsozialis-
mus eingehend dargestellt, es ist geschildert, daß und aus welchen Gründen
so viele Menschen [illegible, struck through] sich an diese Seiten gehalten und
andere, den [illegible] oder den Antisemitismus, abgelehnt oder
für belanglose Nebensächlichkeiten gehalten haben. Es muß jetzt aber eine sehr
ernste Lehre nachgeholt werden, die das deutsche Volk aus der Geschichte der
letzten Jahre ziehen muß und die nicht nachdrücklich genug gezeigt wer-
den kann. Es ist die Lehre, daß es bei jeder geistigen und politischen Be-
wegung auf die Grundlage, den eigentlichen Kern, die innersten [illegible],

~~00016~~

innere Kraft ankommt. Es ist entscheidend, ob diese Kraft gut oder böse ist. Ist sie böse, dann helfen alle guten Entwicklungen und Leistungen nichts; sie werden von innen her angefressen und überwuchert. Ist der Kern faul, dann wird die ganze Frucht faul, so blühend und gesund sie äußerlich aussehen mag. Ist der Kern gesund, dann bleibt die Frucht gesund, so viele Stürme die Haut auch aufreißen mag. Eine solche Neigung, [illegible] deren Kern nicht taugt, läßt sich nicht durch Isolation, durch Ausrottung unerwünschter Menschen, durch Abschaffung von Juden und Kranken, zum Guten wandeln. Sie bleibt böse und trägt stets, mag es lange Zeit dauern oder nur einen kurzen Zeitraum beanspruchen, den Keim des Untergangs in sich. In seinem gewaltigen Werk „De civitate Dei", „Der Gottesstaat", macht einer der größten Denker aller Zeiten, Augustin, diese Lehre am Schicksal Roms klar, das zu seinen Lebzeiten mit der Einnahme und Plünderung durch die Goten Alarichs den ersten vernichtenden Schlag erhielt, von dem sich das Imperium Romanum nicht mehr erholte. Die lähmende Verzweiflung, das stumme Entsetzen, der Zweifel an der göttlichen Allmacht oder Gerechtigkeit, die alle Greuel der Plünderung Roms habe geschehen lassen, — alles, was damals im römischen Volk vor sich ging, einschließlich der gegenseitigen Schuldvorwürfe, alles das erleben wir wieder in unserer Zeit. Augustin verkennt die ungeheuren Leistungen nicht, die das römische Volk vollbracht hat dank der planmäßigen Pflege, die es der Macht- und Rechtsidee zuteil werden ließ. Aber er sieht den Grundirrtum in der immer stärkeren Abwendung Roms von der Erkenntnis, daß es nicht nur für die Einzelmenschen, sondern auch für die Staaten nur eine letzte Quelle des Seins und des Heils gibt, den über Menschen, Völker und Zeiten regierenden Gott. Wo an die Stelle dieses Glaubens der menschliche Stolz tritt, der das eigene Können oder die staatliche Macht vergottet, da bricht der sichere Grund zusammen, auf dem allein Menschen und Völker bestehen bleiben können, die Gerechtigkeit; wo die

01000

Institut für Zeitgeschichte Archiv

göttliche gesetzliche Recht nicht mehr das göttliche Gesetz und die biblische Norm für alle staatlichen Gesetze ist, da tritt das irdische Recht an die Stelle der Gottgläubigkeit und führt den Untergang des Menschen und der Völker herbei, die sich diesem Recht ergeben. Denn dieses Recht kann nur dazu dienen, daß es andere vernichtet und zerstört, und ist darum ein letztes Verbrechen gegen, daß die Menschheit von dem Frieden auf Erden sich nicht ausschließen lassen. Denn Virgil das Recht seines Volkes mit den bekannten Worten definiert „parcere subjectis et debellare superbos" — die Unterworfenen schonen und die Stolzen bekämpfen. Dann bringt er die wunderbare Weise des römischen Gesetzes zum Ausdruck, die Menschen erst schont, wenn sie unterworfen worden sind, und es nicht wollen, daß es neben Rom auf Erden Völker gibt, d.h. nicht zur Unterwerfung bereite Völker gibt.

Wo Völker selbst zur letzten Waffe der Freiheit greifen, wo der Unterdrückte seinen Befreier sucht und macht eine Bewegung und den Ort, das Menschenverbrechen der letzten Zeit hervorruft, so liegt der Grund nicht darin, daß ein [illegible] Gewalt [illegible] die Menschheit, die Aggressivität zu [illegible], die sich nicht gegen das eigene Volk, auch gegen gegen andere Völker richtet. Die Rassenpolitik, der Rassismus, mußte es die Macht gewinnen, in seinem verbrecherischen Wahn mit allen Mitteln zu vernichten versucht es und ist folgerichtig und konsequent zum Krieg gegen Gewissen und Kirchen, gegen alle nicht zur Rasse gehörenden Völker, selbst gegen fremde Rassen geführt. Diese Not, diese Entartung dieses Regierungsrechts war nur in Zusammenhang und Not der Zeit, — ein tödlicher Keim trieb der die Zeiten beherrschenden Haltung. Es wurde auf vielen Gebieten neben sich die Ideen Hitlers [illegible] stehen alle in sich Gutes und begrüßenswertes [illegible] Hitler die Programme der Bewegung wie die Schaffung der Arbeit, und Ehre sind Formen, [illegible] sie sich [illegible] Dingen und historische Entgegenstehen — und so hat sein, es [illegible] die Form des Kampfes bestimmt und entfesselt, in dem die Gegensätze entwickelt, entwickelt und verschärft wurden. Es ist Wirklichkeit nicht [illegible] Verbrechen der Unterdrückung, die sie den

00017

Institut für Zeitgeschichte München

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

00018

Gefährlichkeit besitzt, daß der Krieg so lange zum Äußersten geht, bis er bricht. Sie begriffen nicht, daß die erfolgreichen Gewaltzüge Hitlers sich nicht endlos fortsetzen ließen, sondern daß die ganze Welt sich dagegen zur Wehr setzen würde. [→] Sie [illegible] nicht, daß Clausewitz' Begriffsbestimmung des Krieges als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – über ihre Richtigkeit soll hier nicht gesprochen werden – [eine bedenkliche Politik [Gewalt] [illegible] der Moral] [illegible] Erfolg [–] [illegible] gewordenen Krieg zu einem furchtbaren Unrecht am eigenen Volk und an der Welt werden läßt. So lange die deutschen siegten, hat die Frage [illegible] Krieg [illegible], aber sie wußten [illegible]. Das Unglück des verlorenen Krieges ist eine schwere Sache, der Fluch des begonnenen Krieges ist eine schwerere. Da der Blick für die Realität niemals die [illegible] des deutschen [illegible], so sahen die Politiker des Dritten Reichs in der Politik nicht mehr die Kunst des Möglichen, sondern die Möglichkeit zur Verwirklichung [illegible] Macht- und Machtträume ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit und auf Forderungen des Rechts und der Moral. Von dem Gedanken der Macht besessen, verfielen sie sich in einem Mythos der Macht, der den Erfolg heiligen und jede Untat legalisierte, und erfüllten einen Nihilismus, [illegible] Werte und Konventionen verachtete. Wohl hat die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den Krieg nicht gewollt, aber es hat [illegible] nicht erkannt oder die Augen davor verschlossen, daß der Krieg nur die letzte Konsequenz des die Außenpolitik beherrschenden Prinzips der totalen Gewalt ist. In diesem Prinzip nicht die Wurzel alles Übels erkannt, oder es um seiner Erfolge willen hingenommen oder es sogar gebilligt zu haben, ist die deutsche [illegible].

Dieses Prinzip der Gewalt, der Loslösung von allen Bindungen und der Errichtung eines Systems [illegible] Rechtlosigkeit, beherrschte aber nicht bloß die Außen-, sondern auch die Innenpolitik. Hat das deutsche Volk, das doch ein ausgeprägtes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit besitzt, dieses [illegible] Prinzip nicht erkannt? Die große Mehrheit hat wohl nicht gesehen, daß hier ein Prinzip vorlag, sondern geglaubt oder [illegible], daß Gewalttaten wie der 30. Juni 1934, die Kristallnacht 1938, die willkürlichen Verhaftungen Vorgangserscheinungen seien, [illegible] in revolutionären Zeiten, [illegible] Normalisierung der Verhältnisse zum Verschwinden bestimmt. So [illegible] man sich auch mit dem Gedanken, daß die K.Z. nur eine vorübergehende Einrichtung seien. Vielen Menschen [illegible] auch, weil die eine glänzende Seite des Bildes [illegible] allen den unbestreitbaren und gewaltigen Erfolgen des Nationalsozialismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, [illegible] Unrecht [illegible] und – Rechtsverletzungen [illegible], die Einzelheiten des Terrors [illegible] zu [illegible]. Die Aussagen des S.S. Richters Dr. Morgen im Nürnberger Prozeß und der [illegible]

81005

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

und tat. In dieser Beziehung können wir hier nur lernen, daß nur dann gesetzt ist, gesetzt ist Gemeinschaft der Nation, Zusammenhalt und in ungeheuren großen und über Gegensätzen noch vorhandenen Gegensätzen: das Massenleben, die Ordnung der Arbeiten, die soziale Gerechtigkeit, die über sich selbst zu Tätigkeit und nicht immer in der eigenen Person oder Nation die Wahrheit der Welt sieht, den praktischen Rat über den Rechtsverhältnissen der Zweckmäßigkeit bestimmt, das ewige Gesetz von dem die Ordnung bekannte ~~Gottheit~~ Hitlers spricht. In diesem großen nächsten Leben in einem Lebensraum darf sich dem Großen zu zeigen, damit es gerade so zu werden und Volkstum und Tradition. Alle diese neuen Welt aufzeigen lassen, die auf Verständnis und Ordnung und Möglichkeiten und Gemeinschaft gegründet ist. Eine Welt der Einheit, ein Reich zu haben und, wenn es nötig ist, zu sterben, nicht nur das Vaterland fordert, sondern die ganze Welt fordert ist. Jeder, der mit seinem Schicksal die Größe und Tragödie dieses Jahrhunderts erlebt und erfahren hat, weiß, daß es die Tage der Entscheidung sind, in denen sich zeigt, ob wir Deutsche in unserem Blut und Rasse der Weltgeschichte gewachsen sind, oder ob wir sie nicht sind. Jeder, der sich für die Zukunft des Volkes und Reiches einsetzt, muß sich bewußt sein, daß er nur dann Recht hat, wenn er bereit ist, für sein Recht zu kämpfen und zu sterben. Wir sind uns bewußt, daß wir nur dann Recht haben, wenn wir bereit sind, für unser Recht zu kämpfen und zu sterben. Wir sind uns bewußt, daß wir nur dann Recht haben, wenn wir bereit sind, für unser Recht zu kämpfen und zu sterben.

IV. Nationalismus.

Es gibt kein Gebiet, auf dem die Gegensätze der Völker so deutlich zu Tage treten, wie auf dem Gebiet des Verhältnisses zu seinem eigenen Volk und zu anderen Völkern. Es genügt, wenn es heißt, daß es nur dann Recht hat, wenn es bereit ist, für sein Recht zu kämpfen und zu sterben. Wir sind uns bewußt, daß wir nur dann Recht haben, wenn wir bereit sind, für unser Recht zu kämpfen und zu sterben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

00020

Institut für Zeitgeschichte - München

[illegible] restlos, ein Historiker und Philosophen [illegible], die sie geben ein [illegible] des Ganzen in den Vordergrund stellen und das [illegible] obwohl, dem wertvoll! (mögen sie noch sehen, wenn sie nicht mit [illegible]!) zum Inbegriff eines vollkommenen Nationalismus machen.

Jeder Nationalismus zeigt als Begleiterscheinung immer [illegible], die sich zu einem ausgesprochenen Hypernationalismus, genau so wie der Imperialismus seinem Wesen nach zur ~~[illegible]~~ zur Ausdehnung und Unterdrückung strebt, um die Gewonnenen auch immer neue Eroberungen, mögen das Flotten- oder Luftbasen, Kolonialstationen oder Rohstoffquellen sein, zu erhalten und zu festigen. Dieser Hypernationalismus bezweckt seine Macht, wenn um des Nationalismus willen die Kräfte der Persönlichkeiten eingedämmt werden, wo ein Volk sich in Selbstbeschränkung von anderen Völkern abschließt. Ansätze zu beiden Erscheinungen kennen wir in Deutschland seit langem Zeit. Sie sind scharf ausgebaut und durch den Hypernationalismus gezüchtet zu sehen im Wesen und Inhalt des Nationalsozialismus. Wir sehen auch hier eine [illegible] Gefahr zu sehen. Aber wir würden sie falsch ansehen, wenn wir nun das Nationalgefühl überhaupt als eine Gefahr oder ein Hindernis betrachten und uns nur auf die [illegible] Weltbürger zu sein, als plötzlich begeisterten, doch eine [illegible] – ich deutsche! – Weltanschauung würde wir wieder nur einen Rückschlag des [illegible] erleben und einen neuen, aufsteigenden Nationalismus Bahnung geschaffen. Es gilt also, das Nationalgefühl zu läutern, ihm den [illegible] [illegible]. Wo es kann [illegible] und [illegible] Volk [illegible] auf [illegible] Nationalgefühl sich bilden oder erhalten? Und wir Deutschen überhaupt noch ein Volk der [illegible] [illegible], [illegible], [illegible]? Wir dürfen zunächst auf unsere Vergangenheit stolz sein! Ich [illegible] die Zeichen der [illegible] und des Minderwertigkeitsgefühls, wenn wir [illegible] Stolz nicht aussprechen. Es ist leider noch immer in Deutschland nicht entwickelt, ja noch historischer und politischer Auffassung als [illegible] unseres Volkes und diejenigen gelten zu lassen, die mit der eigenen Volksauffassung übereinstimmen. Wenn wir einen [-] (Friedrich Barbarossa und Heinrich den Löwen [Karl den Großen und Widukind] Luther und Karl V., Friedrich den Großen und Maria Theresia gleichermaßen zu ehren, auch wenn sie sich nach Kräften bekämpft haben, auch wenn wir mit der Richtung ihres Tuns nicht einverstanden sind, auch wenn wir wissen, daß von ihnen [illegible] Wirkungen bis in unsere Zeit ausgegangen sind. Selbst dem

05000

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sollen wir uns stellen, daß Hitler unserem Volke diese Gefahr rechtzeitig erspart hat, und glauben Sie wirklich an jene Gefahr nicht mehr? Wir Nordische glauben, daß wir - ob mit Recht oder Unrecht - an jenen Leben über zu Boden gerieben. In Schicksalszeit weise, so müssen wir bereit sein. Wenn sollen es nicht vergessen sein, daß selbst der Verfasser der Friedrich, die Bismarck nicht so hoch geschätzt hat, die unterschiedlichen Größen des unseligen Krieges anerkennen und dankbar dessen sind, daß diese Rolle eine solche Tapferkeit, einen Mut, Kraft hervorgebracht hat, die einzelne vom Bürgertum des großen Kaiserreiches seine Ziel übersteigt hatte? Ist es diese Abstand, wenn wir uns den Erfahrungen unseres Lebens, die wir in seinem Leben und in den Gefahren, die in seinem Leben und Kampf bestanden sind, die in seinem Werden lagen, unseres Blutes erbauen? Können sich auf die anderen Leute nicht die Aussagen Bismarcks über Tapferkeit, auf die Größe seines kühnen Gegners, des Revolutionärs Hugo Wolf, ergänzen und in den nicht über einen erfolgreichen Feldherrn, sondern einen großen Menschen zu sehen? Solange wir nicht jenen Männern die Gerechtigkeit und Würdigung widerfahren lassen, die unser Leben, Fassen unseren Nationalgefühle lag die Ruhmsucht an, die unsere ein Recht auf Anerkennung des Lebens und der Leistung des Nationalsozialismus beanspruchen lassen. Wir sollen die Augen, den Lebensweg gleichsam Jahres bei allen kühnen Persönlichkeiten der notwendigen und gerechten Achtung zu teil werden zu lassen, wenn wir nicht einmal für den Mangel jener gegnerischen Größe Verständnis aufbringen? Hoffe ich es wichtig und notwendig, sie deutlich klar zu werden, welche Kräfte schon lange vor dem Nationalsozialismus in Bewegung gewesen sind, die die politische Gewalt in Deutschland sich entfalten lassen, sehe können wir aufschlußreichen Einsichten, die uns Wirken einige uns große persönlichkeiten ausüben. Von dem die Bismarck, Fähigkeit der Größe und jene Lieben zu Wiederholen des Nationalspielraums oder gar zu „Hagen" werden. In der Nibelungen Epos geschehen, daß Hagen's dem wir einen unerschütterlichen und festen Horizont Gradt zu Gebbels schaffen Weg festhalten zu können glauben, dem Tat, den wir wirklich in uns fühlen, der nicht zur Gegenwirkung Kräfte dann und so gewaltig in Gegenwart des vergangenen Jahres wirksam. In jener Übereinstimmung liegt

Tänzerische

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ein doppelter Fehler. Sie greift aus dem Wirken eines großen Mannes den Sektor heraus, in dem sie Ähnlichkeiten mit dem Nationalsozialismus erblickt, und fällt aus diesem Sektor das Urteil unterschiedslos über die ganze Leistung und Persönlichkeit des Mannes. Und auf der anderen Seite begeht sie eine so gewaltsame Vereinfachung, wenn sie den aus zahlreichen Quellen gespeisten Nationalsozialismus auf eine Wurzel zurückführen will. Es ist ja nicht nur Hegelsche Staatsphilosophie und Nietzsches Lehre vom Übermenschen, nicht nur die Machtpolitik Friedrichs des Großen oder Bismarcks, nicht nur das Wort Arndts: „Die Religion unserer Zeit ist das Volk", die Bausteine zur Lehre des Nationalsozialismus geliefert haben, er streckt seine Saugwurzeln (?) auch in die geistigen Strömungen, die er zu bekämpfen und zu überwinden meint, in die Aufklärung, die Revolution von 1789 und den Marxismus.

1) Je klarer wir die begangenen Fehler einsehen, je bedauernder wir die Verbrechen empfinden, die Menschen unseres Volkes begangen haben, je deutlicher wir die Gefahren erkennen, die in der Veranlagung und geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes liegen, um so mehr müssen wir uns vor der Gefahr hüten, über unsere ganze Vergangenheit den Stab zu brechen und Fluch und Schuld auf Dinge zu häufen, wo wir eher Anlass zum Stolz hätten. Die geistige Selbstbeschmutzung ist nur die Gegenseite zur Selbstglorifizierung. Wollen wir uns endgültig aus unserem nationalen Wahn herausreißen, dürfen wir nicht in sein Gegenteil verfallen. Je tiefer wir gesunken sind und je mehr wir uns verpflichtet fühlen, unser Schicksal und unsere Not als ein Strafgericht und eine Prüfung hinzunehmen, um so mehr dürfen und sollen wir die Erinnerung an das pflegen, worauf wir in unserer Geschichte mit Recht stolz sein können. Dagegen sündigen nicht nur die, die das Andenken großer Männer schmähen, sondern auch die Politiker, die bei der Zerschlagung Preußens nur die Flecken gesehen (?), die seine Geschichte verdunkeln, nicht aber zugleich die großen Leistungen, die dieser Staat vollbracht hat. Die besten Seiten des Preußentums, die Sparsamkeit, die Pflichttreue, die Unbestechlichkeit, das „Sichopfernkönnen" werden die Grundlagen sein, auf denen der neue deutsche Staat aufgebaut werden muss. „Ein Volk ohne Erinnerung", sagt [illegible], „ist kein Volk, sondern eine Masse geschichtsloser (?) Kraft." Wollen wir mehr sein als eine Masse, wollen wir ein Volk bleiben oder es wieder werden, dann m-

1) Goch (?) weist darauf hin, daß ohne eine befreiende moralische Idee kein „preußisches Wunder" hätte entstehen können; die moralische Idee Preußens sei die Idee der Pflicht und des Dienstes gewesen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

für das die Erinnerung an die Vergangenheit [illegible], denn [illegible] den
Stolz auf unsere Geschichte, [illegible] haben, [illegible]
[illegible]. Aber der Nationalsozialismus [illegible] nicht nur den Stolz auf Vergangenheit [illegible],
[illegible] für Gegenwart und Zukunft ein Ziel, eine Richtung [illegible]
[illegible], einen endgültigen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Das deutsche Reich,
[illegible] Nationalsozialismus [illegible]
[illegible] hat, das deutsche Reich als das alle deutschen [illegible] umfassende [illegible],
[illegible] endgültig zu Grabe getragen und [illegible].]

[illegible]
[illegible]
[illegible] die Wiederbelebung dieses Traumes
[illegible]. Auf der anderen Seite [illegible] dem deutschen Volk, [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] Das erste
deutsche Reich [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] 19. Jahrhunderts [illegible]
[illegible]
[illegible] im 19. Jahrhundert [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

00022

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

V. Sozialismus.

Wer nicht nur die letzten Jahre, sondern die Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit aufgeschlossenen Augen mit Aufmerksamkeit oder mitfühlend sich vergegenwärtigt, der kommt zu der niederschmetternden Schlußfolgerung, daß die Kraft des sozialistischen Gedankens sich nicht mehr verwirklicht, daß er sich durchgesetzt hat, zum mindesten in den Ländern Europas, und daß die Entscheidungsfrage nicht mehr lautet, ob wir den Sozialismus wollen, sondern nur noch, wie und in welcher Form wir ihn durchführen werden. Es sind viele Worte darüber geschrieben worden, was unter Sozialismus zu verstehen sei, genau so wie bekanntlich viele Definitionen und Ausführungen sich mit dem Begriff der Demokratie beschäftigen. Der große Aristoteles sagt, daß der wirkliche Unterschied zwischen Demokratie und Oligarchie Armut und Reichtum sei; wo Männer auf Grund ihres Reichtums regieren, das sei eine Oligarchie, und wo die Armen regieren, das sei eine Demokratie. Zwar gewiß ist das keine erschöpfende Begriffsbestimmung, und doch zeigt sie mit kristallener Klarheit einen der Urgründe, vielleicht den wesentlichsten, für das Entstehen der Demokratie an. Dieser Entstehungsgrund ist deshalb so richtig und wichtig, weil er in der gleichen Weise für den Sozialismus gilt. Die Ungerechtigkeit, die in der ungleichen Verteilung der Güter dieses Lebens liegt, ist die Wurzel des Sozialismus. Nun ist es durchaus falsch, den Sozialismus allein auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken und ihn nur als eine aus dem Ressentiment gegen das besitzende Bürgertum geborene Reformation der Wirtschaftsordnung zu betrachten; er ist mehr, er fordert und begehrt eine neue Gerechtigkeit und eine Ordnungsfähigkeit auf dem Gesamtbereich des menschlichen Daseins. Aber der Weg zu dieser neuen Gerechtigkeit führt nun über die Lösung der Allmacht der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, des auf dem Grundsatz der freien Konkurrenz beruhenden Systems des Kapitalismus. Der Sozialismus manifestiert sich als Entstehungs- und Geltungskampf, den der industrielle Kapitalismus durch zusammenballung in Großstädten zusammengeballten besitzlos gewordenen Arbeiterschaft gegen das besitzende Bürgertum führt. In den großen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts kommt die Stimme des „vierten Standes“ noch nicht zu Wort. Die englische Revolution des 17. Jahrhunderts ist der Aufstand des bürgerlichen Geistes gegen staatliche und kirchliche Bevormundung. Auch in der französischen

00023

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

durch das Mittel des Preises regulierenden Mechanismus des Marktes durch eine staatliche Regulierung ersetzt, ein Sozialismus erklärt. Zwei ist der Grundsatz des uneingeschränkten Heinrich Feire, Heinrich aller! Allgemein fallen gelassen. Selbst die überzeugtesten Verfechter des Systems des freien Marktes gestehen dem Staat das Recht – und die Pflicht – zu, Auswüchsen und Mißbräuchen entgegenzutreten. Nun ist es in der Praxis sehr schwer, die klare Grenze zwischen erlaubten und staatlichen Eingriffen und denjenigen zu ziehen, die schon den „verderblichen Keim" des Sozialismus in sich tragen. Man wird aber eins kaum bestreiten können, daß in einer Volkswirtschaft, die unter schweren Mangelerscheinungen leidet, planwirtschaftliche Regelungen notwendiger sind, als in einer Wirtschaft, die an Verbrauchsgütern Genüge oder Überfluß hat. Da nun durch die Kriegsfolgen in den europäischen Ländern allenthalben und noch auf lange Zeit Mangel am Notwendigsten herrscht, liegt hier der Zwang zur Planwirtschaft in einer Stärke vor, der man sich praktisch nicht wird entziehen können. In einem Punkt ist man sich wiederum in allen Kreisen, von der wirtschaftlichen und politischen Rechten bis zur Linken, vollständig einig, nämlich, daß die bestehende Not sich nur durch erhöhte Arbeitsleistung, durch Mehrerzeugen, überwinden läßt. Aber sobald man der Frage näherstritt, wie diese vermehrte Produktion zu erreichen ist, auf dem Wege der freien Wirtschaft oder des Sozialismus, scheiden sich die Geister. Kann man dem häufigsten Argument, daß die freie Initiative und das Eigeninteresse des Einzelnen einen stärkeren Leistungsanreiz bietet, als das Pflichtgefühl oder der Befehl im sozialistischen System, mit Fug und Recht entgegenhalten, daß in den für eine Sozialisierung in erster Linie in Frage kommenden Industrien – Elektrizitätswirtschaft, Kohle, Stahl – die Form der großen Aktiengesellschaft üblich war und daß es für die Initiative des verantwortlichen Betriebsleiters, des „Generaldirektors", kaum entscheidend sein dürfte, ob sein Aktionär eine große Menge einzelner Aktionäre oder eine Wirtschaftsgruppe oder der Staat ist. Man kann ferner einwenden, daß es auch in einem sozialistischen Wirtschaftssystem durchaus möglich – und notwendig – sein würde, dem Eigeninteresse des Betriebsleiters einen wirksamen Antrieb zu geben. Aber ein Gedanke scheint nur bei den Auseinandersetzungen über diese Frage bisher nicht genügend beachtet

~~18000~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

18a

7 (zu S. 18 v). Als vor dem Kriege der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, Deutschland besuchte, hatte ich nach einem Frühstück beim amerikanischen Botschafter Wilson Gelegenheit zu einem Gespräch mit ihm. Er erkundigte sich nach unseren Methoden bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich setzte ihm das System auseinander, das wir angewandt hatten, und das mit einer scharfen Preis- und Lohnkontrolle untrennbar verbunden war. Er erkannte an, daß ein solches System Vorteile haben könne, fügte aber hinzu, die Liebe zur Freiheit sei in Amerika so groß, daß sie dafür gern selbst das Opfer eines weniger wirksamen Systems bringen würden. Ich konnte nur antworten, daß ich es dem deutschen Volk wünschen möchte, wirtschaftlich einmal so gestellt zu sein, daß es sich zu einer solchen Wahl in der Lage sähe. Die Möglichkeit, für die wirtschaftliche Freiheit einen Preis zahlen zu können, hat sich seitdem, nicht nur in Deutschland, vermindert. Denn da

~~00625~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Stresemann

Diese Massnahmen erklären können, daß sie den Willen und die Kraft zu wirklich positiver Arbeitigkeit nicht aufbringen, so werden sie die ferneren Folgen, die das Prinzip des Sozialismus oder eines gleichen Radikalismus auf den Gebieten der Finanz hervorrufen muß, nicht ermessen können. Die Erwägung, daß alle Völker nach dem Krieg, aber sie sind sich mit unerbittlicher Klarheit bewußt, daß die Parteien in Deutschland ihren Parteiinteressen und den berechtigten Ansprüchen des einzelnen Standes Rechnung tragen müssen, als die aufgeschobenen Ansprüche endlich werden. So wird auf allen Gebieten des Sozialismus, wenn sie einmal auf die einzelnen Formen der sozialen Tätigkeit und die Fortsetzung der Arbeiten Einfluß haben, in Deutschland das Gegenteil haben müssen. Das "Ob" ist Sache der politischen und politischen Lage in Deutschland gegeben. Es handelt sich nur um die Art und die Weise. Es ist zu hoffen, daß die "bürgerlichen" wie die "sozialistischen" Parteien mit den besten der Vergangenheit gelernt haben und den Forderungen der gegenwärtigen Lage Rechnung tragen, indem sie mit klaren Augen und den allein mit ruhigem Ernst gegenüberstehen, daß die einen nicht die Verantwortlichkeiten, welche die besitzenden, daß Deutschland für sich auf dem Gebiete der Staatsgesetzgebung, wie auf dem Gebiete der Gesetzgebung, auf den Gebieten einer Tätigkeit erfordert, als "sozialistische" ablehnen, die anderen nicht die Verantwortlichkeit des Besitzes auf sich nehmen, das die Pflicht zur gesetzlichen Verantwortung, die Form und die Leistung, den Zweck der staatlichen Tätigkeit erfüllt.

III. Das Ausland.

Wenn die Grundlagen für eine neue Form gelegt werden sollen, sind wir auf die [illegible] Kräfte angewiesen. In diesen der Augen fallen. Man wird sich [illegible] müssen, daß die ehemaligen Völker durch die Kriegsnöte Europas um ein ganzes Stück, wie die Völker [illegible] Europa, und das Europa gegenüber Amerika [illegible] Übergewicht [illegible] hat. Die wirtschaftliche Kräfte der einen [illegible] Kräfte.

00027

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

die Stärke der Gegnerschaft, die das Christentum in seinen geschichtlichen Erscheinungen fand und der es sich nicht entziehen konnte, zu bezeugen, [illegible] die besten Zeugen für die gewaltige Kraft und die tragende Wirkung, die dem Christentum innewohnt haben. Denn Voltaire im 18. Jahrhundert sein berühmtes Kampfwort „Ecrasez l'infâme!" ausrief, denn Nietzsche im 19. Jahrhundert den Tod seines Gottes in geschliffenen Wendungen formulierte, so wurde jede Gegnerschaft nur von der Stärke des Christentums, die sie nicht zu überwinden vermochte, ein neues Indizium haben, als ob, wenigstens in gewissen Zeiten, der Fortgang in der geistigen Entwicklung des Abendlandes die Stärke abgrenzbar begrenzen, als ob an die Stelle der Gegnerschaft (Verfolgung) einzelner Männer oder Richtungen etwa die Gleichgültigkeit getreten sei, die allgemeine Gleichgültigkeit. Man vergesse nicht, wie gegen etwa 100 in Afrikanern Augustin ist, daß selbst in unseren Tagen Harnack sich auf den großen Kirchenvater beruft. Die Auseinandersetzung der gegnerischen Weltanschauung mit der Kirche ist ein Zeugnis für die Stärke der Kirche, wie auch die Gleichgültigkeit gegen Kirche und Christentum ein Zeugnis für die Schwäche der Kirche ist. Wir können also sagen, daß die Gegnerschaft ein Zeugnis für die Stärke der Kirche ist, daß sie aber auch ein Zeugnis für die Schwäche der Kirche ist. Wir können also sagen, daß die Gegnerschaft ein Zeugnis für die Stärke der Kirche ist, daß sie aber auch ein Zeugnis für die Schwäche der Kirche ist.

Der Kampf, den faschistische Kreise des Nationalsozialismus nicht nur gegen die Kirchen, sondern gegen das Christentum überhaupt geführt haben, hat sich einmal als die Kraft erwiesen, die wenigstens einen Teil, eine Zeitlang einen recht großen Teil, der Kirche gegen den Ansturm des Bösen neben der Herrschaft des Bösen gerettet haben, hat auch Kräfte getragen, die in der sozialistischen Praxis dazu beigetragen haben, das, gemäß der marxistischen Geschichtsauffassung auf gesetzliche Weise in Erscheinung die Kirche mit bestimmenden politischen und wirtschaftlichen Faktoren, in der Politik und in der Wirtschaft, in

den Kirchen die politischen Gegner der Bekennt[illegible] des Judentums. In die Kirchen ist wieder etwas von dem Geiste der großen Zeiten religiöser Belebung und Erneuerung eingekehrt, der „Geist des neuen Anfangs", der auch die Männer mit dem Beginn der Dreißiger Jahre die Kirchliche Gesetzgebung schuf und die Geschlechter dazu befähigte, daß sie mit dem sonntäglichen Gottesdienste ernst machten und daß sowohl der so die heilige Handlung gehaben, in ununterbrochenen Generationen den geistigen — und leiblichen Notstand der Nächsten verhüten. Man spricht so oft davon, daß eine Reform der deutschen Schule nötig sei, daß man die alten die „dogmen" modernisieren und dem Empfinden der Kinder näher bringen müsse. Ich glaube, daß der wahre Fehler gerade in der vorgeschlagenen Kirche Schulgesetzgebung gelegen hätte, deutliche Lehre und konkretes Denken in Abstraktionen zu bringen, die „liberalen" Richtungen der Protestantismus, haben, wie mir scheint, Schiffbruch erlitten. Je tiefer der menschliche Geist in die Geheimnisse der Natur eindringt, je mehr es in die unendliche Größe des Weltraumes wie in die unendliche Kleinheit des Atoms sinnlich zu erfassen mag, um so klarer wird es ihm, daß eine Grenze vorhanden ist, über die der menschliche Verstand nicht hinausdringen vermag, daß der Begriff des „Absoluten" nicht erklärt werden kann, daß eine Sphäre vorhanden ist, die nur dem Glauben geöffnet ist und in der der Mensch Halt. Die Weltgeschichte unserer Tage ist ernüchternd und beschämend genug, als daß sie den Gedanken, die naturalistischen Verstand alle Rätsel zu lösen sich verleiten. So steht die Menschheit wieder staunend vor ihren Lebensaufgaben in einem Gebiet, der dem Verstand verschlossen ist. Wie immer in großen Zeiten bindet sich die Menge an Religionen und an Magie, an Glauben und an Aberglauben, an Hexerei und Gottesdienst, an Geister Kunst und Lebensmittel, an Besessene, an Wahrsagerei und Karten und verzweifelten Suchen einen Halt finden und Versuch die Geheimnisse zu durchdringen. Die ungeheure Vielgestaltigkeit der Weltanschauungen ist

0028

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

89709

den Christen späterer Tage lebendig, dann wird sie die Kraft des Heiligen Geistes erneut
bestätigen und bestätigen, denn wird sie auf die Gegenden kommen, die noch auf Hoffnung warten
nach den Worten Jesu, die die christlichen Gemeinden späterer Tage dem Bischof und aufrufen,
gesalbene Worte.

Es ist notwendig, damit man Angriffen dafür vorbeugt, dass die Gemeinden die
Kraft ausgeschlossen haben, in dem Sakrament mit, und den die Kirchen gegenüber
Sünde und Bestrafung vor und nach 1945 die Schuld in der Vergangenheit, der Gemeinschaft
und die Liebe zu Gott Christus, in der Verantwortung, weil sie sie an die Völker und
ihre Zeit und Gottes Volkes, muss neue an selbst, sondern auch an die materiellen
Nöte gedenken, in der Armut, mit der sie zum Anteil an der Schuld, die alle, über
Kirchen- und Völker gemeinsam sind, in dem Fass dieser Zeit trifft, auf sich genom-
men haben, sehe ich solche Anzeichen. In dem Leben und Leiden der Menschen und
vor Gottes, dass sie von dem Glauben des Flüchtlingsdienstes, von dem quälenden
Kampf um das tägliche, auf so [illegible] und, von dem Hoffnungslosen Ringen der
Protestanten, der Gemeinschaft, der Gebetsfeste, von dem Zusammenbruch ihrer
Existenz, ihrer Hoffnungen und ihres Glaubens, erlöst und hingestellt. Sehe ich eine
Gefahr ein solches Zeichen, dass die andere Kirche sich für die Aufgaben der Zeit und
für die richtigen Arbeiten rüstet, um die Last auszuhalten. Es darauf, wo den Chri-
sten solche Aufgaben gestellt sind, kann sich der Kampf determinieren? Es sollen
die Hoffnung, dass die Kirche wieder zu einem eingetretenen christlichen Kirche wird,
so dass die Spaltung, die den 400 Jahren eingetreten ist, endgültig gemacht
wird, sein neuen Klassen, so muss niemand für eine Rückkehr warten sind. So würde
den Christen ein Reichtum des religiösen Lebens verloren gehen, das in diesen
Kirchen seine besonderen Kennzeichnen Formen gefunden hat. Es ist die Pflicht der
Weltchristen Kirche, in dem gegebenen Falle in der Anerkennung der Freiheit festzuhalten,
so muss sie den einen in die Gefahr, zu verlassen oder, wie es war von Johann in
Falle war, so notwendig, dies kommt dann in Protest des gläubigen Gewissens

~~00029~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

von der gottesdienstlichen Versammlung, die Gemeinde müsse in der Gefahr sein, sich in Sünde und Irrtum zu verlieren. Unsere Kirchen ist ja Landeskirche geworden. Sollen sie nicht die Hoffnung der gemeinsamen Aufgabe sehen und sich brüderlich zur gemeinsamen Lösung der Fragen rufen? Sollte es nicht möglich sein, an der Fürbitte, der Predigt, der Taufe, dem Abendmahl, die Kirchen zu messen und in ihnen Gemeinden zu sammeln, mit denen wir Gemeinschaft haben, mit denen wir Verbindung haben, auf denen wir Glaubensverständnis erwarten dürfen? In der letzten Christenheit war ein Gesetz gegen den Apostel in Jerusalem und dem Apostel Paulus, der Lehre gang und gäbe, als alle Konfessionsunterschiede unserer Zeit. Es betrifft die Frage, ob auf die Taufen vollzog und gleichmäßig in der christlichen Gemeinde aufgenommen werden sollen. Von der reinen Schriftlehre ging es, ob der Christenheit eine jüdische Sekte bleiben oder zu der Gemeinschaft umfassenden Kirche werden sollte. Das Gesetz ist zu Gunsten Jerusalems gefallen und ist das Brüderlichkeit der ersten Christen nicht gestritten. Sollte es in unserer Zeit nicht sein, dass wir im Glauben an einen anderen Konfessionen entgegenkommen müssen, um so mehr müssen, je weniger wir selbst unserem Glauben trauen? Es fällt mir einem gläubigen Katholiken immerhin viel näher als einem protestantischen, der den Papst nicht ist. Es hier stillschweigend Dogmen, dass die Christenheit wieder zu einer Grundlage einzigartigen Kultus werden kann, wenn die gegenseitige Anerkennung der Konfessionen einer gegensätzlichen Lösung, wenn das Wort sie Ziel zu sprang, einer gegensätzlichen Lösung, einem Gefühle tiefer Verbundenheit und brüderlicher Zusammengehörigkeit Platz macht. Sollte nicht die Not der gespaltenen Volkskirche in Deutschland [illegible] die Annäherung von Kirchen gegensätzlich zu gestalten, wie es in ungleichartigen Verhältnissen [illegible] Weise schon seit langem möglich gewesen ist, und Lösung der ersten Schritte auf dem Wege zu [illegible] einem

Tagen,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Die Kollektivschuld des Deutschen Volkes ZS/A-20 / 10 - 60

Je mehr die Kriege in die Schicksale der Voelker eingreifen und zu sozialen und wirtschaftlichen Umwaelzungen fuehren, je mehr die Kriege sich aus Kabinettskriegen vergangener Jahrhunderte zu Volkskriegen wandeln, an denen handelnd und leidend die ganze Bevoelkerung eines kriegsfuehrenden Landes beteiligt ist, um so staerker tritt die Frage der Schuld am Kriege in den Vordergrund. Als die napoleonischen Kriege, an denen zum ersten Male alle Laender des europaeischen Kontinents mittelbar oder unmittelbar teilnahmen, viele Jahre hindurch diesen Erdteil in staendiger Unruhe gehalten hatten, war es eine der elementarsten Forderungader Voelker der verbuendeten Sieger, den Urheber dieser voelkerverwuestenden Noete und Leiden, den Kaiser Napoleon, zu strafen und fuer immer unschaedlich zu machen. Hatte die Verbannung nach Elba dieser Forderung nicht genuegt, so war die Verbannung nach St. Helena fuer den Zweck der Unschädlichmachung durchaus geeignet, als Bestrafung schien sie vielen nicht ausreichend zu sein. Auch haben damals Staatsmaenner wie Schriftsteller sich heftig gegen die Entscheidung des Wiener Kongresses gewandt, der bei der Beurteilung der Kriegsschuld einen Unterschied zwischen Napoleon und dem franzoesischen Volke machte und nur jdem Kaiser Schuld und Verantwortung beimass, obwohl dieser der Sohn und Erbe der Revolution von 1789 war, welche die Souveraenitaet des Volkes auf ihr Panier geschrieben hatte. Und doch war diese Entscheidung weise, sie entfachte keine Rache- und Hassgefuehle in Frankreich und ist die Begruendung dafuer, dass das 19te Jahrhundert fuer Europa zum friedlichsten Jahrhundert seit dem Mittelalter wurde, sodass ein wirtschaftlicher Aufschwung ungeahnten Ausmasses Platz greifen konnte. Nach dem Weltkrieg I spielte die Kriegsschuldfrage erneut eine wichtige Rolle. In zwei Bestimmungen des Vertrages von Versaille trat sie in Erscheinung. In einem Artikel wurde die Pflicht Deutschlands zur Auslieferung der Kriegsverbrecher festgelegt. Die Liste der Kriegverbrecher begann mit dem Kaiser und enthielt die damaligen bekannten Heerfuehrer. Jahrelang ist um diese Frage ein erbitterter Kampf gefuehrt, bis er seinen Abschluss in einer Reihe von Strafprozessen fand, die vor dem Reichsgericht gegen Maenner stattfand, die auf dieser Liste genannt waren. In Deutschland wurden diese Prozesse als eine Schmach empfunden, im Ausland kritisierte man die Urteilssprechung des Reichsgerichts als nicht ausreichende Suehne. In dem anderen Artikel musste Deutschland die Alleinschuld am Kriege bekennen. Gegen dieses Schuldbekenntnis haben sich alle Deutschen Regierungen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

immer wieder als entwuerdigend, ungerecht und unwahr gewandt. Kaum eine andere Bestimmung hat so leidenschaftlichen Widerspruch im ganzen deutschen Volke gefunden.

ZS/A-20 / 19 - 61

Auf der Seite der Alliierten hielt man aber gerade an dieser Bestimmung hartnaeckig fest, weil man sie als die Grundlage und die Rechtfertigung der harten Bestimmungen des Friedensvertrages ansah. Das "Vae Victis!" sollte mit dem Mantel der Gerechtigkeit bedeckt werden.

War schon im ersten Weltkrieg die Forderung erhoben und in den Friedensvertrag aufgenommen worden, die nach Ansicht der Alliierten an der Entfesselung des Krieges verantwortlichen Maenner persoenlich zur Rechenschaft zu ziehen, so verschaerfte sich jetzt das jetzt zu der Forderung von Strafprozessen vor Internationalen Gerichten gegen alle, die am Kriege eine Schuld trugen oder sich gegen Gebote des Voelkerrechts und der Menschlichkeit vergangen hatten. In diesen Prozessen stand und steht nicht das Deutsche Volk vor Gericht, sondern seine bisherigen Machthaber. Aber man kommt in diesen Prozessen an der Frage nicht vorbei, ob ueber die Schuld des einzelnen hinaus eine Gesamtschuld des Deutschen Volkes besteht. Doch hat diese Frage noch viel mehr politische als rechtliche Bedeutung. Denn davon, wie diese Frage beantwortet wird, haengt die Gestalt des kuenftigen Friedens mit Deutschland ab . Es ist ganz selbstverstaendlich, dass eine Feststellung, dass das Deutsche Volk in seiner Gesamtheit als verantwortlich fuer den Krieg angesehen werden muesse, zu einer anderen Stellungnahme gegenueber den Problemen des deutschen Friedens fuehrt, als die Feststellung, dass man von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes nicht sprechen komne .

Es ist ebenso selbstverstaendlich, dass ein Volk immer fuer die Handlungen und Vergehen seiner Fuehrer leiden muss, dass zu der Wiedergutmachung der Leiden und Schaeden, die ueber die Welt gekommen sind , in erster Linie das Volk beitragen muss, von dessen Leitenden Maennern sie ausgegangen sind. Aber in der Bemessung dieses Beitrages, in der Festsetzung der Opfer, die das besiegte Volk uebernehmen, in den Lasten, die es tragen muss, in den Bestimmungen des Lebensstandards, der diesem Volk belassen werden soll, gibt es Gradunterschiede, die von der voelligen Vernichtung bis zu der alsbaldigen Aufnahme als gleichberechtigter Parther der Voelkergemeinschaft reichen. Die verschiedene Behandlung Frankreichs im Wiener Kongress und Deutschlands in Versailles zeigt den weitgespannten Bogen dieser Gradunterschiede. Deshalb ist die Pruefung der Frage, ob und in wie weit ein besiegtes Volk als Gesamtheit eine Verantwortung fuer den Krieg, seinem Ausbruch und die Art seiner Fuehrung traegt . ob und in wie weit

daher von einer Kollektivschuld dieses Volkes gesprochen werden kann, von entscheidender Bedeutung nicht nur fuer dieses Volk selbst, sondern auch fuer die Siegermaechte. Denn auf Ihnen ruht die ungeheure Verantwortung, in den Bestimmungen des Friedensvertrages den grossen, ewig richtunggebenden Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen und dadurch einen Fortschritt in der Geschichte der Menschheit herbeizufuehren; auf Ihnen ruht die Verantwortung fuer einen Frieden, dessen Bestimmungen auch von dem unterlegenen Volk als gerecht empfunden werden müssen und daher nicht eine Saat erneuten Hasses sind, dessen Ernte nur Rache und Gewalttat sein kann. Deshalb ist die Frage nach der Kollektivschuld des Deutschen Volkes keine akademische und theoretische, sondern eine Frage groesster politischer Aktualitaet.

Man kann die Kollektivschuld des Deutschen Volkes bereits in der Tatsache erblicken, dass es sich Hitler zum Fuehrer erwaehlt hat. Man koennte dies damit begruenden, dass allein schon die Ersetzung der Demokratie durch das Fuehrerprinzip, das Programm der NSDAP, mit der Parole des Rassenkampfes und schliesslich die durch Hitler's Buch " Mein Kampf" in der Gefaehrlichkeit seiner Mittel wiexx seiner Ziele deutlich zu erkennende Persoenlichkeit Hitler's Tatsachen waren, die den Zwang zur klaren Entscheidung: Fuer oder Wider ! in sich trugen. Entschied sich das Volk fuer Hitler, so entschied es sich damit zugleich fuer Diktatur, Rassenkampf und die nur mit Mitteln der Gewalt zu erreichenden Ziele Hitler's und damit auch fuer alle Folgen, die sich moeglicher- oder notwendigerweise hieraus ergeben wuerden. Diese Argumentation wird den mancherlei Gruenden nicht gerecht, die so viele Menschen veranlasst haben, fuer Hitler ihre Stimmen bei Wahlen abzugeben. Man kann an der Hand der Wahlen von 1920 bis 1933 genau die Gruende feststellen, die jeweils die Waehler bestimmten, sich fuer die NSDAP auszusprechen. Man wird dann feststellen, dass die Kurve der Wahlerfolge immer parallel wirtschaftlichen Noeten und aussenpolitischen Schwierigkeiten verlief. Der Erfolg der Partei in der Fruehjahrswahl 1924 beruhte auf dem Versailler-Vertrag , dem Ruhreinfall und der Inflation, der Stimmenrueckgang in der Herbstwahl 1924 auf dem " Wunder der Rentenmark" und der Raeumung des Ruhrgebiets.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Dass die NSDAP von 1924 bis 1928 keine Fortschritte machte, war der in diesen Jahren dank den Auslandskrediten einsetzenden wirtschaftlichen Erholung und der mit der Stresemann- Politik verbundenen Besserung der aussenpolitischen Lage zuzuschreiben. Der Stimmenzuwachs in den Wahl 1930 war das Ergebnis der 1929 einsetzenden Wirtschaftskrise und des Kampfes um den Young-plan, in dem ein grosser Teil des Volkes nicht die erhoffte Loesung der Reparationsfrage, sondern ein Anlass fuer eine Verschaerfung der Krise erblickte. Die Verdoppelung der Stimmen bei der Wahl 1932 war die Folge der sich verschaerfenden Arbeitslosigkeit und des aussenpolitischen Misserfolgs bei dem Versuch, eine Deutsch-Oesterreichische Zollunion zu erreichen. Man sieht aus dieser Entwicklung, die in Anlage I (fehlt) eingehender dargestellt ist, dass die Stimmabgabe fuer Hitler weniger eine positive Bejahung seines Programms bedeutete, als einen Protest gegen aussenpolitische Bedrueckung , gegen wirtschaftliche Not und gegen die Unfaehigkeit der sich zerfleischenden und immer mehr aufloesenden buergerlichen und sozialistischen Parteien, dem Problemen Herr zu werden. Eine Kollektivschuld des Deutschen Volkes kann man daher aus dieser Entwicklung nicht herleiten.

Man koennte ferner zur Annahme einer Kollektivschuld gelangen, weil von 1933 an ein immer groesser werdender Teil des Deutschen Volkes sich dem Nazi-System unterstellt und es durch seine Mitarbeit gestuetzt hat. Zwar haben die Nationalsozialisten selbst in der Wahl von 1933 die absolute Mehrheit nicht erreicht, aber sie bildeten doch die weitaus staerkste Partei. Eine verfassungsmaessige Regierung konnte ohne ihre Beteiligung nicht gebildet werden, wie denn die Kabinette Bruening, Papen, Schleicher praktisch schon unkonstitutionelle, mit dem Diktaturparagraphen des Reichspraesidenten [-] arbeitende Regierungen gewesen waren, [an Stelle der Mitwirkung der Parlamente]. Bei den Entschliessungen, die damals Politiker, Staatsbeamte und Parteien zu treffen hatten, handelte es sich also nicht um die Frage, ob Hitler an die Regierung kaeme - das war unvermeidlich geworden -, sondern nur wie sich die Regierungsuebernahme vollsiehen wuerde, im Wege einer blutigen Revolution oder im Wege einer legalen Evolution mit dem Versuch, einer e tv. gefaehrlichen Entwicklung moeglichst viel Bremsen anzulegen. Man kann nicht ex post, auf Grund der inzwischen eingetretenen Ereignisse, Ueberlegungen und Entscheidungen verurteilen, die allein aus der damaligen Situation heraus verstanden und bewertet werden koennen. Die wachsende Volks-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

tuemlichkeit, die Hitler damals auch bei Deutschen fand, die ihm skeptisch oder feindlich gegenueber gestanden hatten, verdankte er seinen aussenpolitischen Erfolgen, der erstaunlichen Besserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der raschen Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, und der Anerkennung, die ihm das Ausland zuteil werden liess. Gerade diese Haltung des Auslandes hat viel dazu beigetragen, Bedenken gegen seine Persoenlichkeit und seine Politik fallen zu lassen und die Bemuehungen der Deutschen Widerstandsbewegung zu vereiteln. Wenn man hier eine Schuld konstruieren will, trifft sie sicherlich nicht das Deutsche Volk allein. Das Nachere zu diesem Punkt enthaelt Anlage II. ← Rohl.

Der schwerste Vorwurf, der gegen das Deutsche Volk erhoben werden kann, ist der, dass es Hitler's Kriegspolitik mitgemacht habe und mithin seine Schuld am Kriege in vollem Umfang teile. Gegen diesen Vorwurf ist einzuwenden, dass das Deutsche Volk in seiner ueberwaeltigenden Mehrheit den Frieden wollte, die Aufruestung nicht als Kriegsvorbereitung ansah und auch nicht anzusehen brauchte, den wiederholten Friedensbeteuerungen Hitlers vertraute und daher bis zum letzten Augenblick nicht an den Kriegsausbruch glaubte. Als er trotzdem eingetreten war, glaubte das Deutsche Volk fuer eine gerechte Sache zu kaempfen. Manche, die innerlich diesen Krieg ablehnten, taten trotzdem ihre im Kriege von jedem Staatsangehoerigen erwartete und verlangte Pflicht. Die Hartnaeckigkeit, mit der das Deutsche Volk den Krieg fortsetzte, auch als er schon verloren war, ist aus den Bombenangriffen zu erklaeren, die, statt die Widerstandskraft zu lahmen, sie staerkten, und aus dem Verlangen der bedingungslosen Uebergabe, das mit dem Fortfall von Verhandlungsmoeglichkeiten den Krieg bis zum Aeussersten als einzigen Ausweg erscheinen liess. Dass mithin auch unter diesem Gesichtspunkt von einer Kollektivschuld des Deutschen Volkes nicht gesprochen werden kann, weist dem Einzelnen Anlage III nach. ← Rohl

Ein weiterer schwerer Vorwurf koennte sich darauf gruenden, dass das Deutsche Volk die gegen Recht und Menschlichkeit begangenen Verbrechen gekannt habe, ohne sich, von Ausnahmen abgesehen, dagegen zur Wehr zu setzen. Dieser Vorwurf stellt das in allen Diktaturen gebraeuchliche, unter Hitler zur Vollkommenheit ausgebaute System der Geheimhaltung nicht in Rechnung, das allgemein und grundsaetzlich alle Fachressorts auf die Kenntnis des in ihr Gebiet Schlagenden beschraenkte und die Uebersicht im Grossen nur der obersten Stelle vorbehielt, und das im Besonderen alle Vorgaenge im Bereich Himmlers mit einer dichten Mauer sorgfaeltig

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

umhueteten Geheimnisses umgab. Anlage IV fuehrt dies naeher aus. Wenn in Einzelfaellen die Kenntnis von Verbrechen nicht auf den Kreis der daran Beteiligten und einer verdienten Strafe Schuldigen beschraenkt geblieben ist, so kann hieraus nicht auf eine Kollektivschuld des Deutschen Volkes geschlossen werden. Denn einmal kann man dem Einzelnen vielleicht den Vorwurf der Schwaeche machen, es ihm aber nicht als Schuld anrechnen, wenn er nicht den Heroismus eines erfolglosen und fuer ihn selbst mit Lebensgefahr verbundenen Eingreifens aufbrachte. Vor allem aber hatte die grosse Masse des Volkes von diesen Verbrechen tatsaechlich keine Kenntnis.

Es ist somit nicht verwunderlich, dass im Nuernberger Prozess wohl die Schuld einzelner Menschen und einzelner Organisationen, aber nicht eine Kollektivschuld des Deutschen Volkes festgestellt worden ist. Das geht schon daraus hervor, dass nicht nur einzelne Angeklagte freigesprochen, sondern auch Organisationen, der Generalstab, das Reichskabinett, die SA nicht fuer verbrecherisch erklaert worden sind. Wenn schon im Mittelpunkt des Geschehens stehende Maenner und Organisationen nicht als schuldige befunden wurden, dann gilt dies im verstaerkten Masse von der Masse des Deutschen Volkes. Die These von einer Kollektivschuld kann daher in keiner Form und auf keinen Fall aufrecht erhalten werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Vorschläge zur Denazifizierung.

Dem Ziel, zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen, steht ein großes Hindernis entgegen, das Denazifizierungsgesetz, denn selbst wenn die Internierungsfrage durch eine großzügige und schnelle Entlassung aller nicht wirklich Schuldigen, gegen die ein Verfahren wegen eines Verbrechens nicht durchgeführt werden soll, gelöst wird, bleibt das Problem der Denazifizierung in ganzer Schwere bestehen. Die Besatzungsmächte können sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen, daß diese Frage von den Deutschen gelöst werden müsse, daß sie die Westmächte nichts anginge; denn es sind ja gerade die Westmächte gewesen, die die Denazifizierung in ihrer augenblicklichen Form gefordert haben, die an der ihnen nicht genügenden Schärfe der Durchführung schroffe Kritik geübt haben, ja die nach der bekannten Erklärung des Generals Clay vom November 1946 die Art der Durchführung gewissermaßen zum Prüfstein dafür gemacht haben, ob man der Verwaltung im neuen Deutschland Vertrauen schenken darf oder nicht. In der amerikanischen Zone bleibt daher Amerika für die Wirkungen verantwortlich, die die Fortsetzung dieses Verfahrens hervorgufen wird. Amerika ist daher selbst auf das stärkste an der Art dieses Verfahrens und an seinen etwaigen verhängnisvollen Wirkungen interessiert.

Das Verhängnisvolle liegt nun nicht blos darin, daß die Denazifizierung Haß und Angst und Unsicherheit und Not in Millionen Deutscher Familien trägt, deren Ernährer unter dieses Verfahren fallen und selbst wenn sie nicht zu den Schuldigen gehören, Verlust des Amtes und der Pension, Beschränkung ihrer künftigen beruflichen Tätigkeit, mit einem Wort Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenz zu gewärtigen haben. Ebenso schlimm ist, daß dieses Verfahren bei denen, die zu Gericht sitzen sollen, an die schlechtesten menschlichen Eigenschaften appelliert, die Furcht, die Rachsucht, den Neid. Die Furcht: zuviele sind sich dessen bewußt, daß sie oft nur durch einen Zufall davor bewahrt geblieben sind, als Mitglieder der NSDAP jetzt selbst vor einer Spruchkammer zu stehen, meist nur durch den Zufall, daß die Schließung der Mitglied-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

schaft , die schon 1933 durchgeführt wurde, den Zustrom von Millionen weiterer Mitglieder verhindert hat. Es war das die Zeit, in der selbst ein Karl Severing um seinen Eintritt in die Partei nachgesucht hat. Ich will ihm daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihn nur als Beispiel anführen für den Wunsch, der damals Millionen beseelte, in die Partei einzutreten. Nun muß jeder befürchten, daß irgend ein "guter Kamerad" mit dem er damals über seine Absicht gesprochen hat, jetzt diese Absicht mitteilt und ihn damit auch zu einem macht, der unter das Verfahren gehört. Und wenn ~~einer~~ von solcher Denunzierung nicht viel öfter Gebrauch gemacht wird, dann doch nur aus dem Grunde, weil der "gute Kamerad" selbst in der gleichen Lage ist. Und wenn einer nicht zu fürchten braucht, daß solche Absichten der Vergessenheit entrissen werden, so droht ihm vielleicht eine andere Gefahr, nämlich die, daß er während der 12 Jahre der "Nazi-Herrschaft" gute Geschäfte gemacht und daher als Nutznießer des Systems angesehen werden kann. Wie vielen ist es nicht unter dem System sehr gut gegangen, auch wenn sie nicht Mitglieder der Partei waren, und sie haben seine Segnungen gern in den Kauf genommen. Sind sie dadurch nicht mitschuldig geworden? Diese ständige Furcht veranlaßt schwache Charaktere, sich in der Veruteilung und Beurteilung ehemaliger Nazis durch besondere Rigorösität hervorzutun, damit keiner wagen darf, ihr Antinazitum in ~~de~~ Zweifel zu ziehen.

Rachsucht: Es ist eine alte Erfahrung, daß Möglichkeiten, andere Menschen nicht wegen bestimmter Verbrechen, sondern aus politischen Gründen zur Rechenschaft zu ziehen, gern dazu benutzt werden, alte persönliche Feindschaften auszutragen. Beleidigungen aus alter Zeit werden wieder hervorgeholt, längst vergessene Streitigkeiten werden wieder lebendig. Und der Mann, der seinen Rachegefühlen gegen den Polizisten, der ihn mal hart angelassen hat, gegen den Steuerbeamten, der ihm nach seiner Ansicht zu viel Steuern abgenommen hat, gegen den Schaffner, der ihn grob und beschämend aus dem Omnibus geworfen hat, weil er versucht hatte, ohne Karte die Fahrt mitzumachen - um aus der Fülle des Alltagslebens nur ein paar Beispiele herauszugreifen -, der kann sich vor dem eigenen Gewissen noch damit rechtfertigen, daß er ja nur einen "Schädling" zur Strecke gebracht hat.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Neid: Bei solchen Verfahren spielt auch unvermeidlich die Triebfeder: "ôte-toi, que je my mette", eine entscheidende Rolle. Man denazifiexziert Männer, an deren Stelle man sich selbst gern setzen will. Wenn nach Zeitungsnachrichten (Rhein-Neckar-Zeitung vom 28.12.45. Nr.138."Politische Säuberung geht seltsame Wege") die Eisenbahnergewerkschaften in Hessen gegen die Beförderung von vier politisch belasteten höheren Beamten Einspruch erhoben und Dr.Fromm, den Generaldirektor der Eisenbahnen in der US-Zone, ablehnt, da er als Ministerialdirigent im früheren Verkehrsministerium und als Vorstandsmitglied der Reichsbahn-Gesellschaft als ein "Nutznießer der Bewegung" anzusehen sei, so bringt das den Neidcharackter deutlich zum Ausdruck und bestätigt im übrigen, was oben über die Unsicherheit gesagt ist, in der sich die "Nutznießer" befinden. Wenn der öffentliche Ankläger der Spruchkammern Frankfurt, Oppenheimer, ausführt, daß die Gewerkschaften bereits festgestellt hätten, daß schon innerhalb ihrer Kreise genügend politisch Unbelastete zur Besetzung der Stellen zu haben seien, die auch weiterhin von ehemaligen Parteimitgliedern gehalten würden, so wird hier nicht einmal versucht dem Neidgedanken, ein verschönendes Mäntelchen umzuhängen. Man kann auch nicht allgemein sagen, daß die nicht der Partei angehörenden Beamten und Angestellten in Behörden und Betriebsverwaltungen während der Nazi-Herrschaft zurückgesetzt worden seien und daher jetzt einer Wiedergutmachung bedürften. Das ist vielleicht in den oberen Stellen der politischen Ministerien der Fall gewesen, in den technischen Verwaltungen, wie der Finanzverwaltung und den Verkehrsverwaltungen, war es bestimmt nicht so. Dort wurde nicht nach der Parteigehörigkeit, sondern nach der Leistung befördert. Es mag vielleicht im Einzelfall einmal ein Parteimitglied einem Nichtparteimitglied vorgezogen worden xixd sein, grundsätzlich entschied die Leistung. Ich habe mich nie darum gekümmert, ob ein Beamter der Partei angehörte oder nicht, sondern nur nach der Leistung gefragt. In der Reichsbahn unter Minister Dorpmüller ist das nicht anders gewesen. In der Reichspost war die Lage allerdings eine andere, da Minister Ohnesorge ein sehr altes Parteimitglied war. Es kam eben auf den obersten Vorgesetzten an. Wenn jetzt aber bei der Reichsbahn xxx die angeblich zurückgesetzten Angestellten in die Stellen der von politisch Belasteten dringen wollen, dann ist das, um es

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

mit dem Titel eines bekannten französischen Buches zu bezeichnen: "Le culte de l'incompétence".

Die Gefahr der Demoralisierung ist aber nicht nur bei denen gegeben, die nihht unter das Verfahren fallen, sondern natürauch bei denen, die dem Verfahren unterworfen sind. Da der Grundfehler des Gesetzes darin liegt, daß allein schon die Zugehörigkeit zur Partei oder einer ihrer Gliederungen das Verfahren in Bewegung setzt und da, wie schon ausgeführt, die Strafen, deren Zumessung völlig im Ermessen der Spruchkammer liegt, zur Vernichtung der bürgerlichen Existenz der Betroffenen führen können, ist es menschlich begreiflich, daß nun so viele den Beitritt zur Partei als erzwungen hinstellen, daß sie darlegen, wie sie immer schon dagegen gewesen seien, daß sie hervorzuheben versuchen, was sie Alles an Sabotageakten gegen die Bewegung unternommen hätten. "ird bei der einen Häfte des deutschen Volkes durch die Denazifizierung Furcht, Rachsucht und Neid hervorgerufen, so bei der anderen Hälfte: Furcht Heuchelei und Lüge. Wenn, um nur ganz wenige Beispiele zu aus den ersten Tagen des Jahres 1947 zu nennen, die Denazifizierung Furtwänglers monatelang die Presse beschäftigen muß und einen Tag vor der zweiten Verhandlung ein Mitglied der Spruchkammer sein Amt niederlegte, wenn in Bayern der Staatskommissar für die Opfer des Faschismus ~~xxx~~ ein Schreiben an den bayerischen Generalkläger richtete, in dem er die Einxxhxreihung eines KPD Funktonärs durch die Berufsungskammer München in die Gruppe der Mitgläufer als krasse Fehlentscheidung kritisierte, welche zeige, daß "das Gesetz jetzt sogar zur Bestrafung antifaschistischen Kämpfertums mißbraucht werde, wenn schließlich in Württemberg als Begründung für den Rücktritt ~~dem Entnazifizierungsproblem gegenüber angegeben wird~~ des Ministers Kamm die interesselose und oft feindliche Haltung der deutschen Bevölkerung dem Entnazifizierungsproblem gegenüber angegeben wird, so zeigen diese Beispiele, wie weit die Krisis der Denazifizierung bereits gediehen ist. Amerika hat ein vitales Interesse daran, Alles nur denkbare zu tun, um diese drohende Demoralisierung des gesamten deutschen Volkes, die Nazifizierung durch das Denazifizierunggesetz zu verhüten.

Wie kann das geschen? Der neue hessische Ministerprä-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sident Christian Stock sagt in seiner Antrittsrede: " Die Aktivisten und Schuldigen müssen schwer bestraft, den Mitläufern und weniger Schuldigen je nach ihren sozialen Verhältnissen Bußen auferlegt werden. Dann muß ihnen aber der Weg in die Gesellschaft offenstehen. Darüberhinaus muß jede Diffarmierung aufhören. Für alle anderen fordere ich eine Generalamnestie". Diese Grundsätze sind verständig und begrüßenswert. Es kommt aber auf die Ausführung an. Wer sind Aktivisten und Schuldige, wer sind Mitläufer und weniger Schuldige, wer sind alle andern? Der Ministerpräsident geht von einer fehlerhaften Grundeinstellung aus, wenn auch er allein schon die bloße Mitgliedschaft als Verbrechen ansieht. Sonst könnte er ja nicht für Mitglieder wenigstens "Bußen je nach ihrer sozialen Stellung" fordern. Trotz der anerkennenswert guten Absicht kommt man auf diesem Wege nicht zum Ziele. Es scheint mir allerdings, daß der Ausgangspunkt des bayrischen Ministers Loritz (Mittelbayrische Zeitung vom 4.Jan.47. Nr.1 "Interview mit MinisterLoritz") noch weniger richtig ist. Er beabsichtigt, die Hauptschuldigen und wirklichen Nazis, an die sich bisher niemand herangewagt habe, jetzt unverzüglich hart anzufassen, die Mitläufer unberücksichtigt zu lassen und die Standhaften zu belohnen. Ganz abgesehen davon, daß die Frage, wer denn wieder die "wirklichen Nazis" sind, wieder alle nur denkbaren Zweife auslöst, ob es hier z.B. auf die Höhe seiner Stellung ankommt, obwohl es unter den hohen Funktionären solche gegeben hat, die, soweit ihre Macht reichte, bestrebt waren, anständig zu handeln und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, und daß die gleiche Frage bei den Mitläufern entsteht, ob also kleine Funktionäre stets als Mitläufer zu gelten haben, obwohl gerade unten ihnen zahlreiche die Bevölkerung bedrückt und ihre Stellung benutzt haben, sich ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen, ganz abgesehen davon geht Minister Loritz von dem "fast übermenschlichen" Druck aus, der 12 Jahre lang auf die ausgeübt wurde, die sich nicht haben beugen lassen und den Eintritt in die NSDAP verweigerten". Das stellt, so sehr zugegeben werden muß, daß die Partei in steigendem Maße - aber nicht unter allen Umständen - für leitende Stellung die Parteizugehörigkeit forderte, die tatsächlichen Geschehnisse geradezu auf den Kopf. Es sei nur, als ein Beispiel unter vielen, erwähnt, daß in meiner Verwaltung die außerordentlich wichtige Stelle des Präsidenten der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

deutschen Zentralgenossenschaftskasse, 12 Jahre der Nazi-Herrschaft hindurch von einem Nichtparteimitglied, Dr. Helferich, besetzt war, und daß ich ihn sogar, als er wegen seiner intimen Freundschaft mit verschiedenen am Attentat des 2o.Juli Beteiligten in den Verdacht der Mittäterschaft geriet, verhaftet wurde und erst nach vielen Wochen wegen mangelnder Beweise freigelassen wurde, in seiner Stellung belassen wurde. Im übrigen war es tatsächlich doch eher so, daß sich die Partei "dem fast übermenschlichen Druck" der ungezählten ihre Reihen eingutretenden Sichmühenden nur durch Sperre der Mitgliedschaft entziehen konnte. Minister Loritz hat dann auch alsbald Widerspruch gefunden in Artikeln (z.B. Mittelbayerische Zeitung vom 4.1.47. Nr.1 "Die Hineingepreßten"), die auf die Tatsache des starken freiwilligen Andrangs hinweisen und davor warnen, die " "Mitläufer" generell nur als Opfer des Faschismus zu bezeichnen. Schließlich wäre die Belohnung der "Standhaften", wenn man sie nicht auf wirkliche Opfer, also auf Menschen beschränkt, die durch die Nazi-Herrschaft Unrecht erlitten haben, zu leicht eine Prämie auf Inkompetenz und ein Motor für Neidgefühle.

Auf solche Weise läßt sich das Problem nicht lösen. Es kann nur gelöst werden, wenn man ganz grundsätzlich Schluß macht mit dem Prinzip, daß die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder die Betätigung in einer bestimmten Stellung sei es im öffentlichen Dienst sei es in der Privatwirtschaft, als s solche bereits als strafbar anzusehen ist. Man muß an die Stelle dieses Grundsatzes den anderen setzen, daß eine bloße Mitgliedschaft oder eine bloße Betätigung - gleichgültig in welcher Stellung, ob hoch oder niedrig - als solche straffrei ist, daß es nur darauf ankommt, wie sich der einzelne aufgeführt hat, anständig oder unanständig. Keiner darf als Verbrecher angesehen werden, weil er Mitglied der Partei oder höherer Beamter oder leitender Industrieführer gewesen ist, aber jeder soll zur Rechenschaft gezogen werden, der in dieser Eigenschaft Verbrechen begangen, die Bevölkerung bedrückt, sich ungerechtfertigt bereichert hat. Von diesen Gedanken scheint auch Bürgermeister Petersen in einem Aufsatz in der Hamburger Allgemeinen Zeitung auszugehen (Fränkische Landeszeitung, 4.1.47. "Neue Wege einschlagen"). Nur auf diese Weise

kw

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

kommt man wieder zu Begriffen der Anständigkeit und der Moral in Deutschland. An dieser Festigung der öffentlichen Moral, die allein die Grundlage für einen Wiederaufbau in Deutschland bilden kann, die allein ein Verhältnis des Vertrauens zwischen den Besatzungsmächten und dem deutschen Volk herstellen kann, ~~kakannxäx~~ die allein ein Abgleiten des deutschen Volkes in den Abgrund des Nihilismus verhindern kann, haben die Besatzungsmächte selbst das allergrößte Interesse. Deshalb müßte auch von ihnen die Initiative zu einer Änderung des Denazifizierungsgesetzes ausgehen.

Das ist auch noch aus einem anderen Grunde notwendig. Die gegenwärtigen deutschen Regierungen sind so schwach und stehen unter einem solchen Druck von verschiedenen Seiten, auf der einen Seite dem Druck der Besatzungsmächte - in der amerikanischen Zone ist bisher der Druck stets nach der Richtung einer noch schärferen Durchführung des Gesetzes gegangen - auf der anderen Seite unter dem Druck der großen Zahl der von Angst, Neid und Rache Beherrschten - das ist eben bereits beschrieben worden - wobei die Kommunisten als aktivste Partei einen über ihre zahlenmäßige Größe hinausgehenden Einfluß ausüben, daß sie sich zu einer eigenen Initiative auch bei gutem Willen und bester Einsicht schwer werden entschließen können.

Praktische und durchführbare Vorschläge für ein solches ~~grundsätzlichxx~~ abgeändertes Verfahren zu machen, ist schwer. Um den Vorschlag eines neuen Gesetzes machen zu können, müßte man alle Einzelheiten des bisherigen Verfahrens kennen, um daraus die rechtlichen Konsequenzen ziehen zu können, und man müßte die gegenwärtige politische Situation genau kennen, um daraus die politischen Konsequenzen ziehen zu können. Rechtlich handelt es sich darum, den vorhin skizzierten Grundgedanken eine einwandfreie Formulierung zu geben. Politisch handelt es sich darum, ob die Besatzungsmächte das bisher mit solchem Eifer betriebene Gesetz fallen lassen können, ohne ihr Gesicht zu verlieren, und ob das augenblickliche Verhältnis zwischen den einzelnen Besatzungsmächten eine solche nach außen weithin erkennbare Kursänderung zuläßt. Nur für den Fall, daß diese Frage nach der politische Lage verneint werden muß, seien einige Anregungen gestattet, die es vielleicht gestatten würden,

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

das Gesetz als solche zunächst noch bestehen zu lassen, seine grundsätzliche Änderung aber durch einige Zusätze zu erreichen. Als einen wichtigen und praktischen Zusatz könnte ich mir die Bestimmung denken, daß ein Verfahren auf Grund des Denazifizierungsgesetzes nur noch auf Antrag eingeleitet werden darf. Der öffentliche Ankläger könnte durch eine Instruktion angewiesen zu werden, einen solchen Antrag nur zu stellen, wenn die vorhin bezeichneten Voraussetzungen eines kriminellen Verhalten vorliegen. Man könnte aber auch Anträge von Privatpersonen zulassen, sollte sie allerdings an zwei Beschränkungen knüpfen. Einmal dürfte der Antragsteller niemals die Stelle dessen erhalten, gegen den er den Antrag gerichtet hat, zweitens müßte er, falls der Betroffene freigesprochen wird, die Kosten des gesamten Verfahren übernehmen. Diese Bestimmungen würden einen Mißbrauch des Antragsrechts verhüten. Wenn man für die Stellung der Anträge eine bestimmte kurzbemessene Ausschlußfrist festsetzt, würde man es in wenigen Wochen übersehen können, um wieviel Fälle es sich handelt. Die bisherige Millionenziffern würde gewaltig zusammenschrumpfen, mit den verbleibenden Fällen könnte man in kurzer Zeit fertig werden. Der Grundsatz, daß nur verbrecherisches oder unehrenhaftes Handeln zur Bestrafung führen darf, würde zwar nicht im Gesetz, aber in der Instruktion an die öffentlichen Ankläger enthalten sein und dadurch praktisch zur Verfahrensgrundlage werden. Ein zweiter Zusatz ließe sich in der Richtung denken, daß Verurteilte nach einer bestimmten Zeit, z.B. nach 3 Jahren das Recht haben, ein nochmaliges Verfahren auf Grund ihres Verhaltens in dieser Zeit zu beantragen. Es soll dadurch jedem die Hoffnung eröffnet und die Möglichkeit gegeben werden, daß er durch gutes Verhalten sich die Wiederaufnahme in die bürgerliche Gemeinschaft wiederverschaffen kann. Man könnte vielleicht noch an einen dritten Zusatz denken, daß Menschen, in allen Fällen entweder freigesprochen oder unter Absehung von Strafen unter eine Bewährungsfrist gestellt werden, wenn sich - z.B. drei als völlig einwandfrei anzuerkennende Persönlichkeiten für ihre Ehrenhaftigkeit verbürgen. Das hat den großen Vorzug, daß man die Beurteilung aus der Sphäre der Spruchkammern, die nach der Seite der Qualität immer zweifelhaft bleiben werden, in die Sphäre von Männern hebt, die den Betroffenen gut kennen und deren Objektivität unantastbar ist. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß gegen diesen Vorschlag erhebliche Einwände geltend

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gemacht werden können. Es ist selbstverständlich, daß ein Mensch, der eine gehobene soziale Stellung und dadurch einen viel größeren Bekanntenkreis gehabt hat, leichter drei Garanten stellen kann, als ein Mann geringerer Stellung und kleinerem Bekanntenkreis. Auf der anderen Seite wird durch den Vorschlag, Verfahren nur noch auf Antrag zuzulassen, die Zahl der Verfahren gegen kleine Leute so zusammenschmelzen, daß der Einwand vielleicht mehr eine theoretische als praktische Bedeutung hat. Zudem müßte es auch solchen Leuten, wenn sie wirklich einwandfreie Persönlichkeiten sind, möglich sein, solche Garanten zusammenzubringen.

00140

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Charakteristik des deutschen Beamten.

Nicht nur in Preußen, wo Friedrich Wilhelm I und sein Sohn, Friedrich der Große, das Preußische Beamtentum geschaffen hatten, sondern auch in den kleineren deutschen Ländern hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Beamtentum eine Macht, deren Ausdehnung und Stärke man sich gar nicht groß genug vorstellen kann. Es war eine regierende Körperschaft, deren Interessen und Herkommen kein Fürst und Minister ungestraft hätte verletzten können. Es war eine Genossenschaft von Familien, von Schul- und Studiengefährten, Söhne von Beamten und anderer gebildeter Schichten, Sohne auch aus dem aufstrebenden Teil einsichtsvollster und tüchtigster Volkskraft. Das wird am Beispiel Badens klar, das im besonderen Maße ein Beamtenstaat war. Die Vorbildung dieser Beamtenschaft war ausgezeichnet, in Süddeutschland auf den Gebieten der Finanzen und der Landeskultur besonders gut. Die nach den Napoleonischen Kriegen den meisten deutschen Staaten gestellte Aufgabe war die, die verschiedenen Teile, die unter Napoleon zu einem künstlichen Staatsgebilde vereinigt waren und die nach Stamm, Glauben, geschichtlicher Vergangenheit so völlig verschiedenartig waren, auch innerlich zu einem Staat zu formen. Das war die Aufgabe, vor der Preußen stand, vor der in Süddeutschland Bayern und Baden standen. Es ist die Arbeit der Beamten gewesen, die dem neuen Staat geformt und erhalten haben.

Es ist nicht etwa so, daß sich diese Beamtenschaft einseitig aus antidemokratischen Kreisen zusammengesetzt hätte. Wohl waren in Preußen die führenden Posten im wesentlichen mit Beamten besetzt, die dem Adel entstammten, der seine jüngeren Söhne in das Offizierkorps und in den Verwaltungsdienst schickte. Aber auch in Preußen waren schon frühzeitig Vertreter des liberalen Bürgertums in leitenden Stellungen, die später so zunahmen, daß Bismarck sich oft genug über den "Geheimratsliberalismus" der Berliner Bürokratie aufgehalten hat. Als ein Beispiel für die Großzügigkeit, mit der man Anfang des 19.Jahrhunderts diese Frage in Preußen behandelte, sei nur der langjährige und besonders verdienstvolle Oberpräsident von Ostpreußen, von Schoen, genannt,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der diese in den Napoleonischen Kriegen besonders mitgenommene Provinz wiederaufbaute. Schoen hat nie ein Hel daraus gemacht, daß er nicht nur liberal, sondern Republikaner war. Liberal waren auch die großen preußischen Finanzminister Motz und Maassen, die das große Werk des deutschen Zollvereins in die Wege leiteten und durchführten. Es ist übrigens einer der Witze der Weltgeschichte, daß, während die Demokraten die Regierungen der deutschen Länder heftigst bekämpften, weil sie weder auf dem Gebiete der Demokratisierung noch der Einigung Deutschland die demokratischen Forderungen erfüllten, diese angegriffenen Regierungen in aller Stille durch die Schaffung des deutschen Zollvereins den ersten Schritt zur Einigung Deutschlands taten. In Süddeutschland überwog das liberale Element sogar in der Beamtenschaft. Wenn trotzdem bei den Revolutionen unter den reaktionären Bollwerken, deren Beseitigung stürmisch gefordert wurde, immer die Beamtenschaft mit genennt wurde, so lag der Grund hierfür einfach darin, daß die Beamtenschaft mit Recht als die stärkste Stütze der Regierungen angesehen wurde. Dadurch bildete sich schon frühzeitig ein gewisser Gegensatz zwischen der Beamtenschaft, auch soweit sie politisch liberal war, und den eine stärkere Mitwirkung des Volkes verlangenden demokratischen Parteien heraus.

Setzt man diese geschichtliche Entwicklung in Rechnung, dann versteht man, daß sich in Deutschland ein besonderer Korpsgeist des Beamtentums bilden konnte. Er zeigte sich in dem Streben nach unbedingter Sauberkeit in den eigenen Reihen, dem durch eine scharfgefaßte und scharfgehandhabte Disziplinarordnung Nachdruck gegeben wurde, und der das deutsche Beamtentum in seiner guten Zeit zum ehrlichsten und unbestechlichsten der Welt gemacht hat, in dem Wert auf Leistung, der nicht nur in Prüfungsbestimmungen zum Ausdruck kam, sondern in den hohen Anforderungen, die allgemein von oben bis unten an die Arbeit des Beamten gestellt wurde, und in dem Stolz, einer solchen gesellschaftlich ausgezeichneten Schicht anzugehören, einem Stolz, der die stets sehr niedrige ~~Xxx~~ Zahlung ausglich. Das schlechte Gehalt wurde durch die Achtung wettgemacht, die man der Stellung des Beamten in Deutschland entgegenbrachte. Dieser Stolz konnte sich - und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hat es leider oft getan - zu einem Dünkel auswachsen, der gerade in demokratischen Kreisen wiederum zu heftigen Angriffen gegen das Beamtentum insgesamt führt. Dieser Korpsgeist schweißte das Beamtentum zu einem einheitlichen Körper zusammen, ohne Rücksicht auf die verschiedenartigen politischen Strömungen, die sich in der Beamtenschaft vereinigten, und ließ es sich als das eigentliche Rückgrat des Staates ja, als den eigentlichen Träger der Staatsgewalt empfinden. Insofern war das Beamtentum unpolitisch, als bei ihm dieser Korpsgeist die politische Anschauung des einzelnen Beamten überwog. So ist es auch zu erklären, daß sich ein großer Teil der Beamten grundsätzlich keiner Partei anschloß. Sie fühlten sich ebenals Diener des Staates und wollten diesen Begriff nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Partei abschwächen. Solange Deutschland eine Monarchie war, hat sich diese Auffassung des Beamtentums als einer der unentbehrlichsten Faktoren des staatlichen Systems in Deutschland erwiesen. Die Beamtenschaft war wirklich eine Säule des Staates.

Als 1918 Die Republik in Deutschland ans Ruder kam, konnten die an die Macht kommenden Parteien der Beamtenschaft nicht entraten. Sie wurde ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrungen wegen weiter gebraucht. Bei der Schwäche und dem häufigen Wechsel der Regierungen konnte es nicht ausbleiben, daß der Korpsgeist der Beamtenschaft eher noch eine Stärkung erfuhr. Es entstand der Eindruck: Regierungen kommen, Regierungen gehen, die Hauptsache ist, daß der Staat bestehen bleibt und daß in diesem Staat die Verwaltung funktioniert. Diese Aufgabe aber ist der Beamtenschaft gestellt und wird von ihr erfüllt. Es gab Ministerien, bei denen die Beamten je nachdem ob ein sozialdemokratischer, ein liberaler, ein deutschnationaler, ein Zentrumsminister an die Spitze des Ministeriums trat alsbald ein paar Gesetze "for window-dressing" aus der Schublade zogen, die der politischen Anschauung des Ministers Genüge taten, während im Übrigen die eigentliche sachliche Arbeit ungestört und unverändert weiterlief. Die Einstellung, daß ein Beamter am besten keiner Partei anzugehören hatte, wurde eher noch vertieft.

Die Beamtenschaft ist zunächst dem nationalsozialisti-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

schen Regime nicht anders entgegengetreten als den wechselnden Regierungen der Weimarer Republik mit dem Gefühl, daß auch dieses Regime nur vorübergehend sein werde, daß auch unter dieser Regierung die Beamtenschaft die Pflicht habe, für das Funktionieren der Staatsmaschine zu sorgen. Als nach der Selbstauflösung der politischen Parteien die nationalsozialistische Partei als einzige Partei übrig blieb und zur Grundlage des Staates erklärt wurde, sahen es die meisten Beamten als ihre Pflicht an, im Staatsdienst zu bleiben und, wenn sie im Staatsdienst blieben, dann auch der Partei beizutreten, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Programm der Partei beipflichteten oder nicht. Dabei hat natürlich eine Rolle gespielt, daß viele Ziele des Nationalsozialismus vor allem die Beseitigung der verschiedenen Gegensätze unter den Deutschen, gerade von dem Beamten begrüßt wurden, der immer das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt hatte. Daß sich der Beamte im übrigen, ohne sich etwa das ganze Programm des Nat.Soz. zu eigen zu machen, der Partei anschloß, war nicht Charakterlosigkeit sondern die für selbstverständlich gehaltene Konsequenz, die die Beamten aus ihrer Stellung im Staate und zum Staate zogen. Die Beamten, auch soweit sie der Partei beigetreten waren, haben es als besonders schmerzlich empfunden, daß kein System der Beamtenschaft so wenig Bedeutung beigemessen und so wenig Dank gewußt hat, wie das nationalsozialistische. Man nahm die Dienste des Beamten entgegen, die man nicht entbehren konnte, aber man erkannte sie in der Öffentlichkeit nicht an. Die oft an Hitler gerichteten Bitten, bei einer seiner Reden, in denen er die Leistungen der verschiedenen Stände pries, auch der Beamten zu gedenken, blieben unerfüllt. Immer zahlreicher wurden die Bestrebungen, Parteistellen mit der Durchführung staatlicher Aufgaben zu beauftragen. Das führte dann dazu, daß gleichzeitig von welcher Stelle eine Leistung durchgeführt war, für einen Erfolg immer die Partei belobt, ein Versagen der Beamtenschaft zur Last gelegt wurde. So wurde, nach außen nicht erkennbar, im Innern allen Eingeweihten ständig fühlbar, der Gegensatz zwischen Partei und Beamtenschaft immer stärker.

Hält man sich die historische Entwicklung des Beamtentums vor Augen, die Gründe, die nach 1933 für viele zum Anschluß

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

an die Partei führten, und den inneren Kampf, den die Beamtenschaft in ihrem alten Bestreben, den Staat in Funktion zu erhalten und eine saubere Verwaltung aufrechtzuerhalten, mit den Dienststellen der Partei zu führen hatte, dann wird man die Gefühle der von dem allgemeinen Vorgehen gegen den Nazismus betroffenen Beamten verstehen. Sie können sich nur denken, daß dieses unterschiedslose Vorgehen auf eine vollständige Unkenntnis der Entwicklung, des Geistes und der Lage der deutschen Beamtenschaft zurückzuführen ist.

00051

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Die Tragödie der Demokratie in Deutschland.

Das 18. Jahrhundert war auch in Deutschland das Jahrhundert der Aufklärung. Wenn auch politisch der Absolutismus auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, zum Teil als "aufgeklärter Absolutismus" wie in Preußen unter Friedrich dem Großen, so führte doch im geistigen Leben der Nation die Aufklärung zu einer Befreiung der Geister von Ketten der Vergangenheit. Männer wie Leibniz und Lessing vertraten die Gedanken der Toleranz und der Menschenwürde. Durch die Aufklärung wurde der Aberglaube überwunden, der im 17. Jahrhundert in den Hexenprozessen seine schrecklichsten Triumphe gefeiert hatten. Die deutsche Philosophie wurde von England stark beeinflußt. Noch stärker verbreiteten sich von Frankreich her Rousseau's Gedanken über ganz Deutschland. Eine immer stärker werdende Hinneigung zu den Idealen der Demokratie, zu Menschlichkeit und Freiheit und Gerechtigkeit, ergriff das ganze Volk und wartete nur auf den Augenblick, in dem sie auch auf politischem Gebiet zur Wirkung kommen könnte.

Es liegt im Wesen jeder geistigen Bewegung, daß sie in den ihr entgegengesetzten Geistesrichtungen Gegenkräfte und neues Leben hervorruft, durch deren verjüngte Kraft sie überwunden werden kann, und daß sie mit stärkerer Ausdehnung und im weiteren zeitlichen Ablauf ihrer Entwicklung immer in die Gefahr gerät zu verflachen oder durch Übertreibung zu radikalisieren. Die religiöse Reformation rief die geistige Bewegung der Gegenreformation hervor und verflachte zu einem großen Teile in dogmatische Spitzfindigkeiten einer erstarrten Rechtgläubigkeit. So rief auch die Aufklärung durch die Überbetonung des Intellekts Gegenkräfte im Christentum in der Erweckungsbewegung hervor und führte die Gegenbewegung der Romantik herbei, die Gefühl und Geschichte wieder mehr in den Vordergrund stellte. In Frankreich fand die Aufklärung ihren Höhepunkt in den zündenden Parolen der Revolution 1789: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit! und fand zugleich ihr Ende in dem Terror, zu dem sich die Revolution auswuchs und der von den begeisternden Idealen ihrer Entstehung nur noch die Gleichheit anerkannte. Es war die Gleichheit des Todes.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Ideen der französischen Revolution hatten auch in Deutschland gezündet. Ihr Abgleiten in Fanatismus und Terror gab den Gegenkräften Nahrung, die den Kampf gegen die Aufklärung aufgenommen hatten. Das Christentum begann wieder eine Rolle zu spielen, religiöse Probleme gewannen für die deutsche Innengeschichte die gleiche Bedeutung wie im 16. und 17. Jahrhundert für die äußere Machtstellung. Die Romantik erhob sich gegen die Anmaßung des "selbstklugen" 18.Jahrhunderts, das sich auf seine klare Verständigkeit so viel einbildete, gegen die dünkelhafte Selbstgenügsamkeit und das Ablehnen alles dessen, was sich nicht sogleich erreichen oder überschauen ließ; das Individuum besann sich wieder auf sich selbst und seine tiefsten Kräfte, der ganze Mensch erhob sich in seiner Selbstbestimmung und verlangte nach Natur und Leben als dem Reich seiner Herrschaft und der Quelle seiner Erkenntnis. Dieser Gegensatz zur Aufklärung findet seinen tiefsten und schönsten Ausdruck im "Faust", dem Lebenswerk Goethe's der, selbst aus der Aufklärung stammend, in Shakespeare den bewußten Gegensatz zur Kultur des bloßen Verstandes, die Verachtung der Schablone, den tiefsten Ausdruck des Gefühls, das Kraftgenie, gefunden hatte und nun auch selber über die Aufklärung hinausgewachsen war.

Die deutsche Jugend, die durch das Erlebnis der Napoleon'ischen Kriege hindurchgegangen war, vertrat drei Ideale. Sie war einmal freiheitlich und demokratisch eingestellt. Das war das Erbe der Aufklärung. Diese Jugend glaubte, daß das Volk, das mit stürmischer Begeisterung und äußerster Opferbereitschaft in die Freiheitskriege gezogen war, nun auch das Recht erworben habe, an der Bestimmung seines Schicksals mitzuwirken. Sie forderte daher eine Verfassung, die Ersetzung des Absolutismus durch eine Demokratie, die dem Volk das geben sollte, dessen das Volk sich würdig gezeigt hatte. Diese Jugend war zweitens begeistert national, sie kämpfte für Schwarzrotgold, für ein einiges Deutschland, für das Bekenntnis: wir sind Deutsche, nicht Preußen, nicht Westfalen, nicht Rheinländer. Diese Jugend war endlich fromm; das erneuerte Christentum war in ihr lebendig und wirksam geworden. Es war die beste Jugend, die Deutschland je gehabt hat.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es ist eine der tragischsten Epochen der deutschen Geschichte, daß die Regierungen nach 1815 diese Bewegung nicht ergriffen, sondern mit allen Mitteln der Verfolgung niederzuwerfen suchten. Besonders in Preußen wurde die Verfolgung der Demagogen kleinlich und rücksichtslos durchgeführt. Es wurde nicht auf die Persönlichkeit des Einzelnen, auf seine Tat das Augenmerk gerichtet, sondern es genügte, daß jemand Mitglied einer der verfolgten Organisationen war, um ihn für Jahre in Haft zu nehmen. Nur weil er Mitglied der Burschenschaft gewesen war, mußte der Dichter Fritz Reuter Jahre seines Lebens auf der Festung zubringen. Der Leiter der Demagogenverfolgung in Preußen, ein hoher Beamter, Schmalz, ist nur hierdurch zu geschichtlicher Berühmtheit gelangt; vor allem durch das bittere Witzwort, das im Hinblick auf die vielen Adler, die sich als Anerkennung seiner Tätigkeit als Ordenssegen von allen deutschen Staaten auf seiner Brust sammelten, der große Theologe Schleiermacher auf ihn prägte: "Wo ein Aas ist, da sammeln sich die Adler". Wohl gelang es dieser Verfolgung, die Entwicklung des demokratischen Gedankens viele Jahre lang aufzuhalten, was aber das Schlimmste war, sie gab der demokratischen Bewegung in Deutschland ein Doppelgesicht, einer freiheitlich-nationalen und einer umstürzlerisch-antichristlichen Bewegung. Die nächste Generation, "das junge Deutschland", war weltanschaulich ganz radikal und rief durch seine Maßlosigkeiten nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den gemäßigten Liberalen Kreisen und im christlichen Lager Reaktion hervor. Seit dieser Zeit und infolge der schematischen Verfolgung hatte die Demokratie in Deutschland stets nach zwei Seiten zu kämpfen, gegen die Reaktion auf der einen, gegen fanatischen Radikalismus auf der anderen Seite. Sie stand immer in der Gefahr, zwischen diesen beiden Mühlsteinen zerrieben zu werden. Das Anwachsen und die Ausschreitungen des Radikalismus gaben den Regierungen zu erneuten Verfolgungen des demokratischen Gedankens Veranlassung, solche Verfolgungen gaben wiederum dem Radikalismus neue Nahrung. Ein verhängnisvoller Kreislauf war in Bewegung gesetzt.

Die Geschichte des liberalen Gedankens in Deutschland nach 1815 zeigt, wie Gewalt und Unrecht der herrschenden Ge-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

walt das gleiche bei der Opposition hervorrufen, wie überhaupt dieser Kampf immer größere Ähnlichkeit bei den streitenden Parteien hervorrief, nur in entgegengesetzter Richtung. Die europäischen Regierungen hatten nach der ~~Unter~~ Vertreibung Napoleon's eine Gemeinschaft ihrer Dynastischen Interessen verkündet. In demselben Maße verbinden nun auch die liberalen Anschauungen und Forderungen die Unzufriedenen Europas zu einer großen Familie. Wie den deutschen Regierungen russische, österreichische usw. Reaktion als Stärkung des eigenen Bestandes willkommen war, so war im deutschen Volk der Pole, der Italiener, der mißvergnügte Franzose ein werter Bundesgenosse. Wie die Staatspolizei Gewalt übte und auch gesetzlichen Widerstand als persönliche Beleidigung gegen die Regierenden betrachtete, ebenso galt jede Polizeimaßregel und jeder politische Richterspruch im Volke für eine ungesetzliche Tyrannei und jeder Verfolgte für ein schuldloses Opfer der Gewalt. Wie den Regierungen der verächtlichste Mensch, wenn er sich als gesinnungstreues und gefügiges Werkzeug brauchen ließ, willkommen war, gerade so ertrug die Opposition Selbstsucht, Eitelkeit, Gewalttätigkeit und unehrliche Mittel ihrer Mitglieder. Die Spuren dieses Kampfes sind in der Seele des deutschen Volkes nicht vernarbt. Sie erklären die Gehässigkeit, mit der seitdem die politischen Kämpfe in Deutschland ausgefochten werden, und sie erklären ferner die merkwürdige Erscheinung, daß der Deutsche im Staat nicht die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erblickt, zu der er selbst gehört und an der er teilnimmt, sondern einen ihm fern und feindlich gegenüberstehenden Koloß, daß er daher auch im Staatsdiener eher einen Feind, als einen Helfer und Freund zu sehen geneigt ist. Es ist durchaus bezeichnend, daß die demokratischen Parteien, als sie 1918, und ebenso die Nationalsozialisten, als sie 1933 an die Macht kamen, sich von dieser Einstellung gegen den von ihnen beherrschten Staat und von dem Mißtrauen gegen die in ihren Dienst arbeitenden Staatsdiener nie ganz zu befreien vermochten.

Die Deutschen hatten in der Zeit nach 1815 noch ein besonderes politisches Leiden. Alle leidenschaftlichen Anstrengungen und feierlichen Versprechungen bei Vertreibung der Fremdherrschaft, die nicht nur die Demokratisierung, sondern auch die Einheit Deutschlands zum Gegenstand hatten, waren umsonst gewesen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Das Ergebnis war für die meisten eine öde Kleinstaaterei. So war es natürlich, daß dem liberalen Patrioten der eigene Kleinstaat damals nur wie eine dürftige Interimswohnung erschien. Seine besten Wünsche und Pflichten gehörten einem Ideal, das keinen stärkeren Feind hatte als die bestehenden Staatsgewalten.

Mit der französischen Revolution von 1830 setzte eine neue Epoche ein. Ein großer Teil der reaktionären Regierungen wurde gestürzt. Der Liberalismus nahm überall durch ganz Deutschland einen eroberungslustigen Aufschwung. In Süddeutschland hielten die Liberalen Feste für ein gutes Mittel, die Regierungen zu schrecken und das Volk zu gewinnen. Das bekannteste dieser Feste ist die große Volksversammlung 1832 in Hambach zusammen mit dem Wartburgfest der Studenten, die erste große Festdemonstration der Deutschen. Bis in die heutige Zeit gerieten die Menge und ihre Führer in Begeisterung, so oft sie den Zauber geselliger Aufregung empfanden, um gleich darauf als Einzelwesen in Ermüdung und Kleinmut widerstandslos der bestehenden Macht zuzufallen, soweit diese sich nicht selbst dieses Mittels bediente. Die gesellige Berauschung der Deutschen für politische Ideen wurde, wie die asketische Verzückung im Mittelalter, zu einer besonderen Erscheinung im deutschen Volksleben. Immerhin haben die Träume der Volksführer von 1832 als Sauerteig gewirkt, ihre Ideen, bekämpft und abgeändert, haben zum großen Teil gesetzliches Leben gewonnen. Unter den Liberalen traten schon damals zwei grundverschiedene Auffassungen der Politik hervor. Die einen stehen in Abhängigkeit von der französischen Bildung, verkünden Gemeinsamkeit der liberalen Interessen in Europa und sind nicht frei von kommunistischen Ideen. Die anderen stehen fest auf dem deutschen Volkstum, betrachten die demokratische Bewegung Frankreichs mit Mißtrauen und sind dem Treiben der Sozialisten abhold.

Der liberale Aufschwung währte nur kurze Zeit. Die Anfangs 1832 abgeschaffte Zensur wurde wieder hergestellt. Die heftigsten Anklagen aus damaliger Zeit geben nur unvollständig die Verstimmung und Verbitterung wieder, welche durch sie in die Seele des Volkes kamen. Sie machte den Schriftsteller zum Rebellen und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den Leser mißtrauisch und hämisch. Der Schriftsteller empfand bei Streichen, die er der zensierenden Staatsgewalt spielte, dieselbe boshafte Schadenfreude wie der Schüler gegenüber einem beschränkten, feindseligen Schulmeister. Er war in einem Zustand beständiger Gereiztheit, stets in der Versuchung, ironisch mit versteckten Stacheln wehe zu tun, schlau zu verhüllen und doch boshaft anzudeuten. Der Leser war gewöhnt, zwischen den Zeilen zu erraten und gehässig auszumalen. Die erbitterte Stimmung des Volkes bis 1848 war ein Leiden des Zensurstaates. Die Zensur verdarb ebenso den Stil wie den Charakter. Denn weil man der Sache nicht auf den Grund gehen konnte, half man sich mit allgemeinen heftigen Redensarten.

Nur in einem Lande hielt sich der liberale Aufschwung und fand in einem lebhaften parlamentarischen Leben seinen Ausdruck, das war Baden. War die politsche Turnanstalt, um den Bürger für die Idee des Staates zu erziehen, in Preußen die allgemeine Dienstpflicht und die Landwehr, so war es in Baden die Rednertribüne des Landtages. Beide Einrichtungen stellten die beiden Gegenpole deutschen Lebens dar, Zucht und Freiheit. Vieles Gewaltige, was Preußen 1866 vollbrachte, war Ausführung der großen Forderungen, welche der Südwesten durch lange Arbeit seiner Volksvertreter formuliert hatte. Aber der Aufschwung des Verfassungslebens brachte Baden in Konflikt mit den Gewaltigen des deutschen Bundes. Die Zentralbundeskommission drang in Baden unablässig darauf, durch Polizeidruck und Verfolgung die gefährlichen Ausschreitungen des Liberalismus zu bändigen. Schließlich wurde auch hier der Aufschwung gebrochen; das Ministerium hielt sich mühsam zwischen dem Unwillen der Liberalen und dem Mißtrauen der Großmächte. Wiederum war der Begeisterung tiefe Mutlosigkeit gefolgt.

Noch einmal ging von Frankreich die Belebung des demokratischen Gedanken in Deutschland aus. Ende der 4o Jahre kamen sozialistische Lehren von Frankreidh über die Grenze, eine revolutionäre Literatur gewann Verbreitung. 1848 wirkte die französische Revolution in Süddeutschland wie ein zerstörender Orkan. Im März brach an verschiedenen Stellen der Aufruhr aus: weg mit

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

den Fürsten, dem Adel, den Beamten, den Steuern! Zürnend erhoben sich verantwortungsbewußte liberale Männer gegen das wüste Gebaren knabenhafter Demagogen. Auch in Österreich und Preußen herrschte Verwirrung. Alles blickte nach Frankfurt. Dort trat die Nationalversammlung zusammen, für die Wahlen auszuschreiben, die Regierungen sich hatten fügen müssen. Während eines Jahres beherrscht, unabhängig von den Regierungen, Geist und Größe der Versammlung die Seelen der Deutschen in allen Landesteilen soweit, daß eine Auflehnung gegen ihre Ziele und Beschlüsse weder von den Regierungen noch von unzufriedenen Fraktionen gewagt wird. Die Frage, ob die provisorische Zentralgewalt in Deutschland von 3 Direktoren oder einem republikanischen Präsidenten oder einem fürstlichen Reichsverweser ausgeübt werden sollte, wurde durch Gagern, den Präsidenten der Versammlung, durch den "kühnen Griff" nach dem Reichsverweser, dem Erzherzog Johann von Österreich entschieden. Eine Reichsregierung wurde gebildet, in die sowohl Österreich, wie Preußen und die süddeutschen Staaten Vertreter entsandten. Aber dann begann eine Niederlage nach der anderen. Die Regierungen begannen sich nicht mehr um die Nationalversammlung zu kümmern. Die Radikalen witterten Morgenluft; ein Aufstand brach in Frankfurt aus. Feindselige Kundgebungen Österreichs kamen in rascher Folge. Der Vertreter Österreichs, Graf Deym, sprach offen in der Versammlung aus, daß für die angestrebte Stellung Preußens nur das Schwert entscheiden könne. Selbst der süddeutsche Liberale Matthy gab der Überzeugung Ausdruck, daß dieser Zwiespalt nur auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden könne. Im März 1849 ging es zu Ende. Zwar nahmen 28 deutsche Staaten die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung an, aber der zum Kaiser gewählte König von Preußen lehnte mit den Worten ab, wenn sie ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre ihr Mann gewesen, er selbst sei kein großer Regent.

Nun setzte erneut allenthalten die Reaktion ein. Überall in Deutschland fehlte der frohe Mut. Die Männer, die mit ganzer Seele für die eine Verfassung und den neuen Staat geschrieben und gesprochen hatten, galten für verbraucht, vom Volk mit

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Achselzucken, von den Regierungen mit Abneigung betrachtet. Die Reaktion rief den Radikalismus hervor; der demokratische Gedanke hatte einen unheilbaren Schaden erfahren. Erst 1860 kamen die politischen Angelegenheiten Deutschlands in neuen Fluß. In Preußen wird - zum ersten und letzten Mal - eine demokratische Mehrheit in das Abgeordnetenhaus gewählt. Aber hier hat der neue König Bismarck zum Ministerpräsidenten gemacht. Es ist nun für drei Jahrzehnte seine gewaltige Gestalt, die die Bühne des politischen Geschehens in Deutschland füllt. Er überwindet die demokratische Opposition durch seine außenpolitischen Erfolge, durch die Lösung der deutschen Frage 1866 und die Einigung Deutschlands 1871 entsprechend den Gedanken der Frankfurter Nationalversammlung, durch seine kluge Mäßigung, mit der er auf der Höhe seiner Erfolge das Parlament für die ohne ihre Genehmigung geleisteten Heeresausgaben nachträglich Indumnität bittet, und durch den kühnen Wurf, mit dem er dem neuen deutschen Reichstag des demokratischsteWahlrecht gab, das es damals auf Erden gab.

Für die Entwicklung des demokratischen Gedankens in Deutschland wurden aber zwei aus der geschilderten geschichtlichen Entwicklung erklärliche Momente verhängnisvoll. Das eine war, daß die beiden ausgesprochen demokratischen Parteien, der Freisinn und die Sozialdemokraten, die eine de facto, die andere betont und ausdrücklich sich gegen die christliche Kirche wandten. Sie sprachen damit die Entchristlichung offen aus, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes durch die Industrialisierung eingetreten war. Sie brachten dadurch die Kirche, besonders die evangelische Kirche, in die von den meisten Anhängern der Kirche gar nicht als gefährlich empfundene, in Wirklichkeit aber für den christlichen Gedanken ungeheuer schädliche Zwangslage, sich an die Seit einer vom Sozialismus bedrohten Gesellschaftsordnung und an die Seiter einer von Republikanern bedrohten Staatsform zu stellen. Die bekannte Formel der Einheit von "Thron und Altar" bringt dieses im Grundsatz falsche Verhältnis zum Ausdruck und hat wiederum zur antichristlichen Einstellung weiter Volkskreise entscheidend beigetragen. Zu beachten bleibt aber, daß die

~~00058~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

religiös gebliebene Mehrheit des deutschen Volkes in diesen beiden demokratischen Parteien des Antichristentum bekämpfte, also - auf die einfache Formel gebracht, wie es der Mann auf der Straße sah - in der Demokratie den Atheismus bekämpfte. Das zweite Moment war, daß die Sozialdemokratische Partei mit der den Deutschen eigentümlichen Grundsätzlichkeit auch das Prinzip der Internationalität in den Vordergrund stellte und nach dem Motto des Kommunistischen Manifests: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! sich den Klassengenossen anderer Länder näher und enger verbunden fühlte, als den eigenen Volksgenossen. So blieb auch hier der Eindruck weitester Volkskreise, daß man in den Sozialdemokraten nicht nur Anhänger einer bestimmten Wirtschaftsordnung und einer bestimmten Staatsordnung zu erblicken, sondern "vaterlandslose Gesellen", wie sie der Kaiser Wilhelm II. einmal genannt hat, zu bekämpfen habe. Wenn auch einzelnen Sozialdemokraten diese Gefahr frühzeitig erkannten und auf eine Änderung dieses Grundsatzes drangen, und wenn auch an der vaterländischen Gesinnung der meisten Sozialdemokraten gar nicht zu zweifeln war, so blieb doch durch diesen offiziell beibehaltenen Programmpunkt der Gegensatz zwischen den bürgerlichen und der sozialistischen Partei aus diesem Grunde ein vergifteter.

Der Weltkrieg brachte eine weitere Verstärkung der radikalen Strömungen. Sie kam in den Spartakuskämpfen in Deutschland zum Ausdruck und in dem erbitterten Gegensatz, in den nun der gemäßigte Teil der Sozialdemokraten zu den Unabhängigen und zu den Kommunisten trat und der wiederholt in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ausgefochten wurde. Für die Sozialdemokraten und die meist mit ihnen in Koalitionsregierungen verbündeten Parteien, die demokratische Partei und das Zentrum, trat nun eine verhängnisvolle Entwicklung nach doppelter Richtung ein. Einmal hatten diese Parteien die ganze Last der Wirtschaftsnöte zu tragen, mit denen das deutsche Volk nach 1918 zu kämpfen hatte. Sicherlich haben sie auch Fehler gemacht, haben vor allem im Anfang einem üblen Schiebertum und der Korruption Raum gegeben, insgesamt gesehen standen sie aber vor einer Lage, die sie nicht meistern könnten, sondern die durch den Friedensvertrag und vor

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

allem die Reparationsforderungen, bedingt war. Aber die nicht von den demokratischen Parteien verschuldeten Nöte der Inflation, die den bisher das Rückgrat der Ordnung in Deutschland bildenden Mittelstand in das Proletariat warf, und der Arbeitslosigkeit, die Millionen von Menschen der Qual unverschuldeten Müßiggangs und hoffnungslosen Darbens aussetzte, wurden von den Deutschen der Demokratie in Rechnung gestellt, obwohl die Siegermächte die Verantwortung dafür trugen. Sie sind es, die der Demokratie in Deutschland das Grab gegraben haben, dadurch daß sie ihr weder einen außenpolitischen Erfolg noch eine wirtschaftliche Besserung zu teil werden ließen. Zweitens funktionierte dadurch, daß sich links von den demokratischen Parteien eine starke Gruppe, die Kommunisten, gebildet hatte, der im demokratischen System notwendige Rythmus der Ablösung nicht. Die Flügel - Kommunisten und Nationalsozialisten - wurden, da sie nicht rechtzeitig in die Verantwortung gebracht wurden, naturgemäß immer stärker und immer radikaler. Und die in der Macht befindlichen demokratischen Parteien bröckelten immer mehr ab, zerrieben zwischen den beiden Mühlsteinen und mit ihrem Einfluß schwand auch die Anziehungskraft des demokratischen Gedankens dahin.

Die Tragödie der Demokratie in Deutschland mußte etwas ausführlich dargestellt werden, um zu zeigen, wie die Ungunst der geschichtlichen Lage die Demokratie zu keiner Zeit ihr wahres Wesen und die Wirkungen, die von ihr ausgehen, hat erweisen lassen. Sie hat darunter gelitten, daß auf Grund der besonderen deutschen Konstellation Ideen mit ihr identifiziert wurden, die nicht notwendig mit ihr zusammenhängen: Radikalismus, Christentumsfeindschaft, Vaterlandslosigkeit. Sie hat noch mehr unter dem Zwang gelitten, stets nach zwei Seiten kämpfen zu müssen, gegen die Reaktion und gegen Radikalismus. Sie hat am stärksten darunter gelitten, daß ihre Tätigkeit immer als ein Versagen erschienen ist. Die Demokratie konnte die deutsche Frage durch Parlamentsbeschlüsse in Frankfurt nicht lösen, Bismarck löste sie durch "Blut und Eisen". Die Demokratie konnte die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Weltkrieg I nicht meistern, Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit binnen Jahresfrist. Es ist die Tragik der Demo-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

kratie, daß sie in Deutschland die Staatsform der Niederlage ist. So steht die Demokratie jetzt in Deutschland vor der doppelt schweren Aufgabe, der Überwindung der Last der Vergangenheit und der furchtbaren Schwierigkeit der Gegenwart.

Ein objektiver und unvoreingenommener Beobachter erkennt ohne weiteres die Schwierigkeiten an, vor denen sich die Besatzungsmächte Deutschland gegenüber befinden. Er weiß, daß Hunger, Frieren und wirtschaftliche Unordnung, schlimme Feinde demokratischer Grundsätze, nicht auf einmal beseitigt werden können. Er ist sich der politischen Lage bewußt, die den von den Westmächten erstrebten Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands entgegen steht. Er verschließt sich nicht vor der Tatsache, daß die Tatsache der Besetzung als solche im Grundsatz mit Demokratie nicht vereinbar ist und die beste Demokratie daher als Besatzungsmacht in einem besiegten Lande nicht demokratisch sein kann. Aber wenn er und weil er die Zukunft Deutschlands nur an der Seite der demokratischen Mächte und auf der Grundlage echter Demokratie als möglich und hoffnungsvoll ansehen kann, ist er verpflichtet um so leidenschaftlicher und offener auf Vorgänge und Fehler hinzuweisen, Die nicht notwendig zur Besatzungspolitik gehören und die der Durchsetzung des demokratischen Gedankens in Deutschland als schwerste Gefahren im Wege stehen.

Der Vorwurf für das furchtbare Geschehen in der russischen Zone, das binnen Jahresfrist reiche und blühende Gegenden in ausgeplünderte und weithin unbebaute Wüsten verwandelt hat, in denen Terror und Willkür regieren und das Verschwinden von Menschen an der Tagesordnung ist, trifft nicht blos den Bolschewismus es trifft auch die Westmächte, die diese Zustände zulassen. Der Vorwurf, der gegen das Deutsche Volk erhoben wird, daß es die Verbrechen der Nazi-Herrschaft habe widerstandslos geschehen lassen, kann und muß mit um so größeren Recht gegen die Westmächte erhoben werden, als die damaligen Verbrechen nur wenigen Menschen bekannt waren, das Geschehn in der russischen Zone sich aber kurz trotz des eisernen Vorhangs vor der Weltöffentlichkeit abspielt. Aber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

auch in den Zonen der Westmächte spielen sich in der Behandlung des Internierten- und Denazifizierungsproblems Vorgänge ab, die dem Gebot der Gerechtigkeit widersprechen und daher mit Demokratie nicht vereinbar sind. Die Verbreitung einer mehr oder weniger zensierten und diktatorischen Presse und Literatur ist zur Herstellung von Demokratie auch dann nicht geeignet, wenn sie dauernd zur Demokratie aufruft. Am größten ist die Gefahr der moralischen Korrumpierung des deutschen Volkes. Ein solches Volk wird vielleicht demokratische Institutionen annehmen und trotzdem die höchsten Werte menschlichen Zusammenlebens, die den Grundgehalt echter Demokratie ausmachen, einbüßen. Es kommt aber mehr auf diese Werte, auf den Geist, an als auf die Institutionen. Deshalb ist es von solcher entscheidenden Wichtigkeit, daß die Besatzungsmächte sich in der Bekämpfung des Nazitums nicht den Kampf gegen äußere Erscheinungsformen, wie z.B. die bloße Mitgliedschaft richten, sondern gegen den Geist der Gewalt und Willkür und der Ungerechtigkeit und des Hasses, diesem Geist aber vor allem nicht Raum in ihren eigenen Maßnahmen geben. Sonst kann es nicht ausbleiben, daß immer weitere Kreise des deutschen Volkes die demokratischen Grundsätze der Menschlichkeit, der Freiheit, der Gerechtigkeit als pure Heuchelei ansehen. Man kann in einem Lande erst von Demokratie sprechen, wenn man die primitivste Voraussetzung dafür geschaffen hat, nämlich die Überzeugung, daß sich die demokratischen Mächte selbst von den von ihnen verkündeten Ideen lenken lassen. Werden diese, mit der Besetzung nicht notwendig verbundenen Gefahren nicht beseitigt, dann würde die Geschichte der Tragödie der Demokratie in Deutschland um ein neues, sein trübstes Kapitel bereichert werden.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 10 - 95

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Einheitsstaat, Bundesstaat, Staatenbund.

Die Auflösung des Deutschen Reiches im Jahre 1806 war nur der Schlußstein in einer Entwicklung der Zersetzung, die im Mittelalter beginnend das Reich zu dem gemacht hatte, was der Staatsrechtslehrer Pufendorf irreguläre aliquid et monstro simile corpus nannte, und die im Frieden von Münster das Auseinanderfallen des Reichs in die von einem nur noch dem Namen nach bestehenden Bande zusammengehaltenen souveränen Einzelstaaten bestätigte. Von 1806 an war Deutschland auch formal nur noch ein, obendrein sehr loser, Staatenbund. Diese Entwicklung machte Deutschland nicht nur politisch zu einem kraftlosen Gebilde, sondern hinderte auch wirtschaftliche Fortschritte, allein schon durch die Zollmauern, die Deutschland in unzählige, getrennte Wirtschaftsgebiete zerriß, sie hat aber vor allem auch auf den deutschen Volkscharakter eine unheilvolle Wirkung gehabt. Aus dieser Kleinstaaterei stammt die engherzige Intoleranz und Rechthaberei, das Fehlen jeder Großzügigkeit, das Unvermögen, sich in das Denken und Fühlen anderer Menschen hineinzuversetzen, das Aufgehen in querelles allemandes, der übersteigerte Lokalpatriotismus, die im Dienst unter kleineren und größeren Potentaten zum Kadavergehorsam entartete Disziplin. Es war daher nur selbstverständlich und darf bei der Beurteilung deutscher Verhältnisse nie vergessen werden, daß in Deutschland die Gedanken der Einheit und der Demokratisierung Deutschlands zusammenfielen. Es waren die Demokraten in Deutschland, die die Einheit Deutschlands forderten, einmal weil sich nur in einem einheitlichen Reich die Forderung der Demokratie verwirklichen lasse und zweitens weil das Verlangen nach der Vereinigung der Menschen des gleichen Blutes und der gleichen Sprache in einem freien Reich ein wichtiger Programmpunkt einer echten Demokratie sei. Die nach 1815 in fast allen deutschen Ländern durchgeführte Demagogenverfolgung wurde von reaktionären Regierungen der Einzelstaaten gegen Einheitsbestrebungen und gegen Demokratie vorgenommen. Die Opfer der Verfolgung z.B. die in den Burschenschaften vereinigten Studenten, waren immer Menschen die beide Ideale vertraten. Sie waren nach der Anschauung ihrer Anhänger wie ihrer Gegner unlösbar miteinander verbunden. Diese

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Ideale feierten ihren höchsten Triumpf in der Nationalversammlung von Frankfurt 1849, dem einzigen deutschen Parlament, das je die Elite deutschen Geistes versammelt hat. Hier wurden zum Entsetzen der reaktionären Einzelstaaten die Forderung nach einer demokratischen Verfassung Deutschland und nach verfassungsmäßiger Verankerung demokratischer Grundrechte und Grundsätze, einerseits, der Vereinigung Deutschlands in einem Reich von den besten Geistern Deutschlands erhoben. Hier hat einmal die Demokratie in Deutschland vertreten durch die besten und gebildesten Männer dieses Landes, den großartigen Versuch gemacht, über die Köpfe der kleinen und großen Fürsten und ihrer Regierungen hinweg, Deutschland zugleich zu einem Einheitsstaat und einer Demokratie zu machen. Es ist bekannt, daß der Versuch scheiterte, daß der König dar von Preußen die ihm von dieser Nationaversammlung angetotene Kaiserkrone ablehnte, daß die Nationalversammlung auseinandergejagt wurde, daß die Vertreter des demokratischen und des Einheitsgedankens zum Teil außer Landes gingen, zum Teil verbittert und enttäuscht sich von der Politik zurückgezogen. Es ist die Tragik Deutschlands, daß seine Einigung sich nicht auf dem Wege der Demokratie hatte erreichen lassen, sondern durch den preußischen Staatsmann, durch Bismarck, um durch "Blut und Eisen" vollendet werden mußte.

Aber Bismarck hat es verstanden, den demokratischen Gedanken zur Hilfe und Festigung des Einigungswerks gegen die in den Einzelstaaten noch immer starken zentrifugalen und partikularistischen Tendenzen einzusetzen. Deshalb gab er dem Reich in dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht ein Demokratisches Wahlreicht, als Gegengewicht gegen diese Tendenzen. Dadurch gewann er einen großen Teil der Demokraten für sich, die nun als Nationalliberale sich hinter ihn stellten, weil sie in seinem Werk die Vollendung der Gedanken von Frankfurt erblickten. Im Reichstag war, die eigentliche Stelle, welche die Einheit Deutschland-s verkörperte, stärker noch als im Kaiser, bei dem nur der Name romantische Erinnerungen an die Vergangenheit erweckte, der im übrigen aber seine Macht nur von seiner Stellung als König von Preußen her ableitete. Das war auch der Grund gewesen aus dem der König Wilhelm I Anfangs sich so stark geweigert hatten, den "Charaktermajor" anzunehmen. Die demokratischen Parteien haben Bismarcks Innenpolitik, Sozialpolitik,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wirtschaftspolitik, fanatisch bekämpft, das Werk der Einigung Deutschlands haben sie nie bestritten. Im Gegenteil, es waren stets die demokratischen Parteien, die für eine weitere Übertragung von Rechten von den Ländern auf das Reich eintraten.

So war es nur folgerichtig, daß als nach der Revolution von 1918 die demokratischen Parteien zur Herrschaft kamen, sie in der Stärkung des Einheitsgedankens alsbald einige wesentliche Schritte unternahmen. Der wichtigste war die Erzberger'sche Finanzreform. Durch diese wurde an die Stelle der bisherigen von den einzelnen Ländern ausgeübten Steuerverwaltung eine Reichssteuerverwaltung gesetzt; es wurden auch die großen Ex direkten Steuern, vor allem die Einkommensteuer, die bisher Landessteuern gewesen waren, auf das Reich übertragen. Durch diese grundlegende Änderung wurden die Länder in finanzieller Hinsicht zu Kostgängern des Reichs, von dem sie Anteile an den vom Reich erhobenen Steuern erhielten, während bisher das Reichs Kostgänger der Länder gewesen war, von denen es sog. Matrikularbeiträge erhielt. Die ungeheure Bedeutung dieses Schrittes ist, so einleuchtend, daß er nicht näher erläutert zu werden braucht. War 1871 durch Bismarck der Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat vollzogen, so wurde durch Erzberger's Reform der Schritt vom Bundesstaat zum Einheitsstaat getan. Denn mit ihrer finanziellen Selbständigkeit verloren die Länder ihre bisherige Bedeutung und sanken, wenn auch noch nicht formell, so doch de facto zu Verwaltungsgebieten des Reiches herab.

Der formale Schritte wurde von Hitler getan, als er die Länder ihrer Rechte entkleidete und sie zu Verwaltungsgebieten des Reiches machte. Praktisch hat sich allerdings wenig geändert, da die in Aussicht gestellte "Reichsreform", die vor allem die Auflösung Preußens und das Verschwinden kleiner Länder, wie Lippe, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg bedeutet hätte und die Bildung einer Reihe von Ländern weithin im Anschluß an bestehende Länder, wie z.B. bei Württemberg, Sachsen, Thüringen, und an preußischen Provinzen, wie Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Hannover, vorsehen mußte, nicht weitergefördert wurde. Die Änderung lag im Grundsätzlichen. Während bisher dem Reich nur die Aufgabengebiete zufielen, die in der Reichsverfassung aufgezählt waren oder dem Reich durch Gesetzte

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

zugewiesen wurden, die Länder aber für alle dem Reich nicht ausdrücklich überwiesenen Gebiete zuständig waren, wurde nun dieses Zuständigkeitsverhältnis umgekehrt. Aber wie gesagt, dies hatte nur grundsätzlich, keine praktische Bedeutung. Es ist viel darüber gesprochen worden, warum Hitler die Reichsreform nicht vorwärts getrieben, ja schließlich sogar alle Vorarbeiten für eine solche Reform verboten hat. Und dabei wäre gerade auf diesem Gebiete eine Änderung dringend notwendig gewesen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Bezirke der Oberpostdirektion, der Eisenbahndirektion, des Oberfinanzpräsidenten, des Generalkommandos, des Landesarbeitsamtes, des Landesbauernführers, des Treuhänders für die Arbeit, des Landesversicherungsamts usw. weder untereinander noch mit den Grenzen der Länder übereinstimmten. Der Provinzialbezirk jedes Ministeriums wich von dem des andern ab, sodaß noch immer ein Bild entstand, das man mit Pufendorf als irreguläre aliquid et monstro simile corpus bezeichnen kann. Die Gründe, die Hitler veranlaßt haben, auf die Durchführung der Reichsreform zu verzichten, waren verschiedener Art. Einmal lagen sie, wie so oft die Entscheidungen bei ihm, auf persönlichem Gebiet. Er wollte Göring, der unter seinen zahlreichen Ämtern auch das des preußischen Ministerpräsidenten hatte und auf dieses besonderen Wert legte, durch die Zerschlagung Preußens nicht kränken. Er wollte ungern an das bayrische Problem heran, wo er entweder Bayern in die drei Teile Oberbayern, Franken, Schwaben hätte zerlegen müssen und dann der bisherige Reichsstatthalter von Epp ins Leere gefallen wäre, oder wo, falls er Bayern als Einheit behielt, einige Gauleiter hätten weichen müssen. Er wollte auch den Ministern nicht nahetreten, die in den kleinen Ländern wie Oldenburg und Braunschweig, tätig waren. Er hat ferner einmal, wie mir später berichtet wurde, in einem kleinen Kreise auch als Grund angegeben, daß er eine Reichsreform erst vornehmen könne, wenn er eine genügende Zahl geeigneter Gauleiter habe, um ihnen die neuen Gaue zur Verwaltung anvertrauen zu können, das sei im Augenblick nicht der Fall, da die meisten der jetzigen Gauleiter zwar tüchtige Kämpfer für die Machterringung gewesen seien, aber sich nicht zur verwaltungsmäßigen Arbeit eigneten. Es mag als sachlichen Grund ferner mitgespielt haben, daß Hitler, dem organisatorische Fragen fern lagen, sich nicht entschließen könnte, an die Bearbeitung dieses Problems

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

heranzugehen, das von ihm die Entscheidung einer Reihe von wichtigen Fragen verlangt hätte, und daß er in einer Zeit, in der so viel auf das deutsche Volk einstürmte, nicht die erregende Frage der Auflösung einer Reihe von Ländern in die Menge werfen wollte.

Wenn letzterer Grund bei seinen Überlegungen eine Rolle gespielt hat, dann hat Hitler das Problem nicht richtig überschaut. Denn kaum etwas Anderes hat ihm in den weitesten Kreisen des Deutschen Volkes so viel Sympathie eingebracht, wie seine Vorgehen auf diesem Gebiet. Gerade in den demokratischen Kreisen, die viel gegen den Nationalsozialismus einzuwenden hatten, wurde der weitere Fortschritt auf dem Wege Deutschland zum Einheitsstaat mit Freuden begrüßt. Es sind im wesentlichen drei Dinge gewesen, welche die ungeheure Beliebtheit erklären, der sich Hitler in Deutschland erfreut hat. Das eine war sein erfolgreicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die seit Jahren als schwere Last auf dem deutschen Volk lag. Das zwar zweitens die Beseitigung des Gegensatzes zwischen der nationalen und der sozialistischen Idee, der seit Jahrzehnten das deutsche Volk in zwei sich leidenschaftlich bekämpfende Gruppen getrennt hatte. Das war drittens die Überwindung der Stammesfeindschaften, die weder Bismarck noch dem Erlebnis des ersten Weltkrieges vollständig gelungen war. Nun schien es Hitler zu gelingen, die alten Gegensätze zwischen Bayern und Preußen, zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West verschwinden zu lassen. Das wurde in ganz Deutschland als ein Fortschritt ohnegleichen empfunden. Ich habe gerade aus Kreisen des früheren Zentrums und der Sozialdemokratie damals die Anschauung gehört, um dieser Tat willen müsse man Hitler viel verzeihn. Gerade in diesen Kreisen hoffte man sehr, daß Hitler den letzten Schritt tun und das verwaltungsmäßige Chaos in Deutschland beseitigen und einen für alle Verwaltungszweige, für die militärische Einteilung, für den politischen Verwaltungsbezirk, für Post, Eisenbahn, Finanzen, Versicherung, Wirtschaft, Arbeit gleichen Bezirk schaffen würde. Man war enttäuscht, daß er diesen letzten Schritt nicht tat, daß vielmehr die Gauleiter wieder zu Gaufürsten würden mit durchaus partikularistischen und zentrifugalen Tendenzen. Um es zugespitzt auszudrücken, in der Frage der Reichseinheit hatte Hitler den überwiegenden Teil des deutschen Volkes gegen einen großen Teil der Partei-Führerschaft hinter sich.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Diese Einstellung hat nichts mit einem übertriebenen Zentralismus zu tun. Theoretisch war man auch unter der Nazi-Herrschaft von der Zweckmäßigkeit einer gewissen Selbständigkeit der provinziellen Verwaltung und von der Notwendigkeit der Selbstverwaltung der Kommunen überzeugt. Wenn man trotzdem praktisch in einem immer stärkeren Zentralismus hineintrieb, so waren hierfür zwei Gründe maßgebend. Einmal kam in diesem wachsenden Zentralismus der immer stärker werdende Kampf zum Ausdruck, den die Berliner Ministerien gegen die Unbotmäßigkeit der Gaufürsten zu kämpfen hatten. Zweitens führt das Führersystem mit seiner Abstellung auf die Entscheidung eines Einzelnen notwendig dazu, daß Verwantwortungsfreudigkeit und Selbständigkeit in den Lokalinstanzen immer mehr absterben und die Zentralinstanz oft wider ihren Willen in den Zwang gebracht wird, Entscheidungen zu fällen, die ebenso gut oder besser von einer untergeordneten Stelle hätten gefällt werden können. Es ist mithin ein Mißverständnis, wenn man annimmt, daß Zentralismus ein autoritäres System hervorruft, oder fördere; es ist umgekehrt, daß autoritäre System fördert oder ruft den Zentralismus hervor.

Wenn man unter diesen historischen und politischen Gesichtspunkten das Problem der staatlichen Organisation Deutschlands betrachtet, so ergibt sich, daß der Gedanke eines losen Staatenbundes abzulehnen ist. Es ist wohl vorallem Frankreich, das diesen Gesichtspunkt am schärfsten vertritt, unter dem Einfluß der dort auch noch heute geltenden Grundsätze der Richelieu'schen Politik, die darauf gerichtet war, Deutschland in mehrere unabhängige Staaten zu zerschlagen. Dieser Politik muß aus zwei Gründen entgegengetreten werden. Einmal würde sich im deutschen Volk der Trieb, sich zu einer Nation zusammenzuschließen, nicht unterdrücken lassen, Da er sich aber, wenn die Besatzungsmächte sich zu einer solchen Teilung entschlössen, im Gegensatz zu den Besatzungsmächten befinden würde, besteht die Gefahr, daß dieser natürliche Trieb sich wieder zu einem übersteigerten Nationalismus entwickeln könnte, daß also durch eine solche Regelung nicht, wie von Frankreich gedacht, die Sicherheit garantiert, sondern im Gegenteil gefährdet werden würde. Es lassen sich ferner eine ganze Reihe von Aufgaben nur zentral durch eine größere Einheit regeln. Die Zahl dieser Aufgaben hat sich im Vergleich zur früheren Zeit infolge der wirtschaft-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

lichen und sozialen Entwicklung, deren Kennzeichen ein Gesamtphänomen in allen Ländern bildern, wesentlich g erhöht. Es sei nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Hungers und die Lösung der finanziellen Probleme, vor allem der Währung, erwähnt. Man kommt daher nicht darum herum, einer zentralen Macht eine bestimmte Reihe von Befugnissen und Aufgaben einzuräumen. Man sollte sich hierbei nicht von der Sorge beeinflussen lassen, daß eine zentrale Gewalt das Wiederaufkommen eines totalitären Systems begünstigen könnte. Das sind Fragen, die nichts miteinander zu tun haben. Zentralismus ~~k~~ kann demokratisch sein - in Deutschland hat, wie schon gesagt, die Demokratie immer zum Zentralismus geneigt -, umgekehrt kann ein dezentralisierter Staat totalitär werden. Es ist kennzeichnend für die jetzigen deutschen Wi Verhältnisse, daß die demokratischen Parteien Deutschlands, die liberal-demokratische und die sozialdemokratische am stärksten für den Einheitsstaat eintreten, während die CSU der sich, vor allem in Bayern, eine Reihe von Mitgliedern rechtsgerichteter Parteien angeschlossen haben, mehr für ein föderatives System eintritt. Ich bin für Dezentralisation aus einem rein verwaltungsmäßigen Grund. Nach meiner Ansicht sollen zentral nur die Fragen geregelt werden, die nur zentral gelöst werden können. Alles Andere soll örtlich geregelt werden. Es ~~ist~~ wird immer an Ort und Stelle von Menschen, die die Verhältnisse genau kennen, besser entschieden, als aus der Entfernung vom Schreibtisch aus. Mann sollte daher zu dem System zurückkehren, daß von der Zentralgewalt nur die Dinge behandelt werden, die ihr durch die Verfassung oder durch ein besonderes Gesetz zugewiesen werden, daß Alles andere in freier Zuständigkeit den Ländern überlassen wird.

Es gibt sonach für Deutschland als einzige Möglichkeit, die des dezentralisierten Bundesstaates. Man muß sich darüber klar sein, daß für die Entwicklung eines demokratischen Systems in Deutschland weniger die Frage, ob der Zentralgewalt etwas mehr oder weniger an Rechten eingeräumt wird, entscheidend ist, als vielmehr die Frage, ob es gelingt, das Parteiensystem in Deutschland zu einem praktischen Arbeiten zu bringen. Wir haben in Deutschland wieder den Ansatz zu einem Fünfparteiensystem, das sich in der Zeit nach 1918 durch Spaltungen und Sondergruppen in noch zahlreichere Parteien auflöste, eine Rechtspartei, eine liberale Partei, eine christli-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

che Partei, eine sozialistische und eine kommunistische Partei. Da keine der Parteien stark genug ist, selbst eine Regierung zu bilden, kommen nur Koalitions-Regierungen zustande. In Deutschland war es kennzeichnend für die Zeit nach 1918, daß solche Koalitionsregierungen immer von den sogenannten Parteien der Mitte gebildet werden. Hierin liegt eine grundsätzliche Gefahr. Diese Parteien werden nicht durch eine andere Konstellation abgelöst, sondern sie bleiben, wie die Koalitionsregierung in Preußen nach 1918, dauernd im Amt. Das Volk, das mit diesen Parteien nicht zufrieden ist, wählt die Flügelparteien rechts und links. Diese können aber wiederum keine Koalition bilden. Auf diese Weise entstehen politische Situationen, wie wir sie vor 1933 erlebt haben. Parteiregierungen müssen von anderen Parteiregierungen abgelöst werden können und tatsächlich auch abgelöst werden. Darauf beruht das Funktionieren des demokratischen Systems in Amerika und England. Es kann nicht funktionieren bei einem Fünfparteiensystem, bei dem nicht 3 Linksparteien sich mit 2 Rechtsparteien ablösen - dann ginge es zur Not -, sondern zwei oder drei Mittelparteien ohne Ablösung einer unverantwortlichen Opposition je 1 Partei rechts und Links gegenüber stehen. Hier scheint mir die Hauptschwierigkeit für eine Entwicklung zu einem demokratischen System zu liegen. Es müßte angestrebt werden, entweder zum Zweiparteiensystem zu kommen - der Ansatz dazu ist in der Russischen Zone durch Bilder der SED auf der linken Seite gemacht worden, der nun eine vereinigte Rechte gegenüberzutreten hätte - oder zu einem System, bei dem sich Flügelparteikoalitionen ablösen; das ist im Ergebnis das Gleiche, nur daß man hier nicht zu einer Vereinigung, sondern nur zu einer Koalition von Parteien kommt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 10 - 104

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Man sollte sich bei der Erörterung dieses Themas völlig von der Auffassung freimachen, daß man, um zu den Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen, nur den Weg zu gehen brauche, den die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen sind. Nimmt man sich für das europäische Problem die USA. zum Vorbild, so geht man von einer falschen Voraussetzung aus, die zu falschen Schlüssen, überspannten Forderungen und zur Unterschätzung der tatsächlichen Schwierigkeiten führt. Die falsche Voraussetzung liegt in der fehlenden Gleichartigkeit der zu vereinigenden Staaten. Es sind im wesentlichen zwei große Unterschiede, die eine Gleichsetzung unmöglich machen. Der eine ist in der Sprache enthalten. Die im Laufe eines Jahrhunderts zusammengefaßten Staaten Nordamerikas sprachen dieselbe Sprache und waren daher von von vornherein durch das stärkste einigende Band verbunden. Die Staaten Europas gleichen dem Volk nach dem Turmbau zu Babel, es verstand einer des anderen Sprache nicht mehr. Der zweite Unterschied ist vielleicht noch bedeutsamer; ihn deutet Goethe in seinem bekannten Verse an: "Amerika du hast es besser als unser Kontinent, der alte", wenn er den "unendlichen Streit" beklagt, der diesen Kontinent seit Jahrhunderten zerrissen hat. In diesen Jahrhunderten sind die europäischen Völker zu festgefügten Persönlichkeiten geworden, mit einer reichen Geschichte, mit einer stolzen Tradition , mit Erbfeindschaften gegenüber bestimmten Nachbarn, mit Prestigeansprüchen aller Art, kurz mit lauter Eigenschaften, die dem Aufgehen in einem größeren Verband im Wege stehen. Man darf nicht vergessen, daß hier neben den eigentlichen Großmächten kleinere Mächte sind, die in früheren Jahrhunderten eine Großmacht waren, wie Holland und Schweden; man muß daran denken, daß in früheren Jahrhunderten sich das Schicksal der Welt abwechselnd nach Rom, nach Madrid, nach Wien, nach Paris hat richten müssen. Dann wird man verstehen, warum man das Problem Europa nicht analog dem Vorgang Nordamerikas ansehen und behandeln kann.

Es erhebt sich die berechtigte Frage, ob man denn überhaupt dieses Problem in Angriff nehmen kann und soll. Bevor die Frage beantwortet wird, müssen kurz die bisherigen Versuche gestreift werden, Europa eine Ordnung zu geben und es in irgendeiner Form zusammenzufassen. Europa ist nur ein einziges Mal nach dem Zerfall des römischen Reiches eine Einheit gewesen, im Reich Karl des Großen, das Frankreich, Deutschland und Italien zsammenfaßte und das sich von der spanischen Mark bis zu seinen in den Osten vorgeschobenen Marken erstreckte. Nach dem Zerfall seines Reichs sind es in den folgenden Jahrtausend zwei Tendenzen, die um die Herrschaft ringen. Die eine ist mit der Idee des römischen Reiches deutscher Nation, wie der Titel des deutschen Reiches bis 1806 lautete, verbunden. Sie bedeutete, daß dem deutschen Kaiser als Nachfolger des Imperium Romanum, als Schutzherrn der Christenheit, als Beherrscher des Reichs der europä-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25/A-20 / 10 - 106

Mitte und als Repräsentanten der stärkten Macht in Europa ein Führungsanspruch auf diesem Erdteile zusteht. Das deutsche Kaiserreich war nicht auf der Idee eines Imperiums aufgebaut, einer Herrschaft über die anderen Völker, wohl aber auf dem Gedanken der Führung im europäischen Raum. Dieser Gedanke ließ sich mit dem Aufkommen der Nationalstaaten und dem Erstarken des Nationalgedankens immer schwerer verwirklichen und wurde durch die Tendenz einer imperialen Beherrschung Europas, die stets von der Peripherie ausgegangen ist, abgelöst. Diese Tendenz findet ihren Ausdruck in dem Herrschaftsanspruch Spaniens unter den Habsburgern, Frankreichs unter Ludwig XIV und Napoleon I., vielleicht gegenwärtig Rußlands. Der Gedanke der Führung von der Mitte her wird noch einmal aufgenommen in dem vom Prinzen Eugen während des von Deutschland und England gegen Ludwig XIV. geführten spanischen Erbfolgekrieges dem englischen Bundesgenossen gemachten Vorschlages, die Ordnung Europas durch das Bündnis der Festlandsmacht der Mitte der der stärksten Seemacht herzustellen. Der Vorschlag kommt wegen des von England mit Ludwig XIV. abgeschlossenen Waffenstillstandes, den Winston Churchill einmal eine der schwächsten Verratstaten der Weltgeschichte genannt hat, nicht zur Durchführung. Europa wird nun von dem von England ausgehenden Gedanken Gedanken des Gleichgewichts beherrscht. Diese Tendenz, die bis zu diesem Kriege das für die europäosche Ordnung beherrschende Prinzip gewesen ist, setzt das Vorhandensein einer Mehr Anzahl gleichstarker Kontinentalmächte voraus. Sie hat durch den völligen Zusammenbruch Deutschland ihre Grundlage verloren. Zudem bedeutet diese Idee schließlich nur eine gelenkte Anarchie, sie setzt nicht einen Zustand der friedlichen Ordnung voraus, sondern einen Zustand von Raubtieren, die durch gleiche Stärke und Furcht voreinander im Zaum gehalten werden. Sie geht von der Möglichkeit neu aufkommender Streitigkeiten aus und entspricht daher nicht dem Prinzip, nach dem sich die Menschen unserer Zeit sehnen. Eine neue Idee für die Ordnung Europas ist daher erforderlich. Da diese Idee nicht mehr in einer Führung durch die Mitte, auch nicht mehr in einem Gleichgewicht, das nicht mehr vorhanden ist, bestehen kann und in dem Imperium einer Macht über Europa nicht bestehen soll, bleibt nur der Gedanke der Einigung Europas, das Zusammenschlusses zu einer größeren Einheit, übrig. Diese Einigung kann allein auch die Befriedung des seit Jahrhunderten durch ständige Kriege zerrissenen und verwüsteten Erdteils bringen. Gelingt sie nicht, ist eine Balkanisierung Europas unvermeidlich. Hierbei ist die Bewahrung, ja die Festigung der einzelnen Volkscharaktere auch in einer größeren Einheit möglich und denkbar. Der Nationalismus bekommt damit einen anderen Sinn. Er verliert seinen ausschließlichen Charakter, trennt sich vom Chauvinismus und der festgefressenen Vorurteile der Erbfeindschaften. Völkergemeinschaft bedeutet Anerkennung und Verpflichtung einer über das Nationale hinausreichenden höheren Einheit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Forderung nach den Vereinigten Staaten Europas stehen zwei große Schwierigkeiten entgegen. Die eine liegt in dem Argwohn Rußlands, daß dieser Gedanke gegen Rußland gerichtet sei. Das ist nicht ganz unrichtig, solange die Absichten Rußlands Europa gegenüber nicht völlig geklärt sind. Damit verknüpft sich das Problem der Vereinigten Staaten Europas mit dem Problem Rußland. Dieses Problem stellt sich uns in doppelter Fragestellung: Gehört Rußland überhaupt zu Europa? Welche Absichten hat Rußland hinsichtlich Gesamteuropas? Bei der Beantwortung der ersten Frage stoßen wir auf die Schwierigkeit der Definition Europas überhaupt. Europa ist weniger ein geographischer Begriff, als eine historische und geistige Einhiet. Es ist kein Zweifel, daß im 18.Jahrhundert wie zu Zeiten der Heiligen Allianz im 19.Jahrhundert Rußland als zu Europa gehörig empfunden wurde. Aber es steht ebensowenig außer Zweifel, daß die Erschließung Sibiriens und die Verlagung wirtschaftlicher und politischer Schwerpunkte nach dem fernen Osten, Rußland mehr zu einer asiatischen als zu einer europäischen Macht hat werden lassen. Die Einbeziehung des gesamten russischen Reiches in die Vereinigten Staaten von Europa würde praktisch bedeuten, daß Europa nur ein kleines Anhängsel am Riesenreich der Sowjets werden würde, nicht nur geographisch - man werfe nur einen Blick auf die Karte - sondern auch politisch. Die Frage, welche Absichten Rußland in Europa verfolgt, gehört in die Sphäre der auf allen Nationen lastenden Ungewißheit über die letzten Ziele Rußlands. Das Schicksal der Vereinigten Staaten Europas ist daher abhängig von der Klärung der künftigen Politik Rußlands und des Verhältnisses der übrigen Nationen zu Rußland. Eines ist klar, daß die östliche Grenze der Vereinigten Staaten von Europa nicht entlang der jetzt die russische Besatzungszone von den Zonen der Westmächte trennenden Linie verlaufen kann. Eine Ausschließung der östlich dieser Grenze liegenden Gebiete würde von vornherein den Todeskeim für die Vereinigten Staaten von Europa in sich tragen. Auf der anderen Seite muß man den russischen Standpunkt verstehen und anerkennen, nach dem es den Gedanken des Vereinigten Europas grundsätzlich ablehnen und leidenschaftlich bekämpfen muß, wenn Grundlage und Ziel dieser Vereinigung die gemeinsame Front gegen Rußland ist. Man kann hier die Lösung wohl nur darin finden, daß Rußland nicht als ganzes Reich, aber mit seinen westlichsten Republiken, also vor allem mit der Ukraine und Weißruthenien, am Vereinigten Europa beteiligt wird. Eine solche Regelung wäre nichts Neues; Österreich-Ungarn hat vor 1866 immer nur mit Teilen seines Gebietes zum Deutschen Reich und dann zum Deutschen Band gehört.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Einstellung von Frankreich zu Deutschland. Frankreich geht von dem Grundsatz der Sicherheit aus und ist jeder Regelung abgeneigt, die es Deutschland dank seiner größeren Einwohnerzahl möglich machen könnte, Frankreich zu überrunden. Der französische Außenminister Schumann hat kürzlich das Problem, vom französischen Standpunkt aus, dahin formuliert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

um Deutschland herum bauen soll. Er berührt damit eine Frage, die noch zu erörtern sein wird, nämlich das Verhältnis Deutschlands zum Vereinigten Europa. Für Frankreich dürfte die Entscheidung in dem Bündnis mit England liegen, denn hierdurch gewinnt es nicht nur die Sicherheit der Unterstützung durch England im Falle eines ausbrechenden Krieges, sondern die noch größere und wichtigere Sicherheit, daß durch das Vorhandensein eines solchen Bündnisses der Ausbruch eines Krieges verhindert werden wird. Deshalb mußte der Abschluß dieses Bündnisses von allen Europäern herzlich begrüßt werden, da es eines der größten Hindernisse auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa entfernt. Es liegt vielleicht auch nicht außerhalb dem Bereich des Möglichen, Frankreich davon zu überzeugen, daß gerade die Bildung eines Vereinigten Europas, dem sowohl Frankreich wie Deutschland angehören, die stärkste Garantie gegen die Wiederholung von Kriegen in Europa sein wird.

Daß für Deutschland die Frage des Vereinigten Europas von besonderer Bedeutung sein muß, liegt auf der Hand, nicht nur im Hinblick auf seine jetzige Lage, sondern weil das in der Mitte des Erdteils gelegene Land, wie man auch die Grenzen zieht, immer von dieser Bildung betroffen werden würde. Das Verhältnis Deutschlands zu diesem Problem ist unter einem doppelten Gesichtspunkt zu sehen. Für die deutschen Menschen würde ein solches Ziel die Aussicht und Hoffnung bedeuten, in einer größeren Einheit durch Fleiß, Tüchtigkeit und friedlichen Wettstreit wieder in die Höhe zu kommen; es würde die Wiederentstehung eines überhitzten Nationalismus verhindern und die Deutschen an das Zusammenleben mit andern Völkern in einem größeren Verband gewöhnen. Daß das möglich ist, zeigt das Beispiel der Deutschen in der Schweiz. Der andere Gesichtspunkt ist, daß Europa nur gedeihen kann, wenn in der Mitte des Erdteils menschenwürdige Verhältnisse bestehen. Herrscht wirtschaftliche Not in Deutschland, dann können die Nachbarstaaten nicht gedeihen. Länder wie Österreich und Holland, nur nur zwei Beispiele zu nennen, sind mit ihrer Wirtschaft so stark von Deutschland abhängig, daß ihre Wirtschaft darnieder liegen muß, solange die deutsche Wirtschaft auf keinen grünen Zweig kommt. Aber ebenso liegt es auf geistigem Gebiet. Geistige Erkrankungen in Deutschland, wie das Absinken des deutschen Volkes in einen politischen Nihilismus, gleichgültig ob er unter der Fahne des internationalen Bolschewismus oder eines neuen Chauvinismus marschierte, können nicht ohne Einfluß auf die Nachbarländer bleiben. Deutschen haben ihr Land gern als das Herz Europas bezeichnet und daraus den Führungsanspruch hergeleitet. Eines ist daran unbestreitbar richtig, daß dieses Land einfach infolge seiner geographischen Lage dies an mehr Länder angrenzen läßt als irgend ein anderes Land Europas, durch sein Ergehen mehr Länder in Mitleidenschaft zieht, als irgend ein anderes Land. Insofern ist es wirklich das Nervenzentrum, von dem immer Böses und Gutes ausgehen kann und mit

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/B-20/1, 10, 169

andern Ländern mit ergreift. Deshalb ist der kommende Friedensvertrag über Deutschland von solcher Wichtigkeit für Europa, es ist die wichtigste Voraussetzung für eine Befriedung Europas und für die Möglichkeit eines Aufbaus des Vereinigten Europas überhaupt. Es ist klar, daß ein Land, das seine reichsten landwirtschaftlichen Gebiete verliert, mit einer auf ein enges Gebiet zusammengedrängten Überbevölkerung stets unter den Gefahren des Hungers und der Arbeitslosigkeit leiden muß und daher ein ständiger Eiterherd in der Mitte des Erdteils bleiben wird. Ein krankes Nervenzentrum bedeutet dauernde Krankheiten für den ganzen Körper. Die Überlassung der landwirtschaftlichen Provinzen Deutschlands an Polen ist daher der schwerste Schlag, der nicht nur Deutschlands Zukunft, sondern die Zukunft Europas trifft. Das wird dadurch noch verstärkt, daß Polen in dem Gefühl ungerechtfertigten Gewinns seines Besitzes nie froh werden und in der Unruhe ewiger Furcht leben wird. Also auch an dieser Stelle entsteht ein Krankheitsherd. Wenn nun Zeitungen der Westmächte die Revision des augenblicklich bestehenden Zustandes, der ja ein künstlich, durch Anwendung brutaler Gewalt, hergestellter Zustand ist, als nicht möglich bezeichnen, weil, wie die New York Times schreibt, Besitz 9/10 des Rechts sei, oder ,wie der Manchester Guardian schreibt, die Deutschen dies als Preis für ihre Niederlage anzunehmen hätten, so unmoralisch die Besitzergreifung auch sei, dann steht diese Argumentation völlig auf dem Boden des Satzes, daß Macht vor Recht gehe, den zu beseitigen ja gerade eines der Ziele der Westmächte in diesem Kriege gewesen ist. Wie sollen deutsche Menschen an die Aufrichtigkeit moralischer und demokratischer Grundsätze im Völkerleben glauben, wenn ihnen gegenüber stets von den alten Grundsätzen der Gewalt Gebrauch gemacht wird? Foster Dulles hat in seinem Buch "War, Peace and Change" mit überzeugender Kraft den Grundsatz vertreten, daß die rechtzeitige, friedliche Änderung unhaltbarer Zustände das Korrelat zu der Forderung ist, von Gewalt im Verkehr der Völker abzusehen. Das zwischen den beiden Weltkriegen nicht getan, den Revisions-Artikel des Völkerbundsstatutes nicht angewandt zu haben, war eine große Schuld der Westmächte, die zu der verhängnisvollen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat. Jetzt will man sogar die neue Ära des Friedens mit der Schaffung eines solchen unhaltbaren Zustandes einleiten. Man hat an Bismarck starke Kritik geübt, daß er im Frankfurter Frieden die Annektion von Elsaß-Lothringen verlangt hat. Dabei handelte es sich um alte deutsche, von Deutschen bewohnte Gebiete, die erst vor 2oo Jahren von Ludwig XIV dem deutschen Reich weggenommen worden waren. Jetzt soll Polen uralte deutsche Gebiete erhalten, auf denen seit 1ooo Jahren nur Deutsche wohnen. Das ist ein Gewaltfrieden, der mit dem Frankfurter garnicht verglichen werden kann.

Es ist zuerst von der Notwendigkeit gesprochen worden, das Vereinigte Europa zu errichten, sodann von den Schwierigkeiten, die diesem Gedanken vor allem in der Haltung von Rußland und Frankreich

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

entgegenstehen, und endlich von dem Erfordernis, durch eine gerechte Regelung der deutschen Ostgrenze, die Voraussetzung für das Entstehen einer friedlichen Ordnung in Europa zu schaffen. Wenn nun die Frage gestellt wird, welche praktischen Möglichkeiten dann für die Verwirklichung des Plans in Betracht kommen, so sei eine allgemeine Bemerkung vorausgeschickt: Man darf an dieses Problem nicht mit einem naiven Idealismus herangehen, der die Schwierigkeiten unterschätzt und der Auffassung huldigt, daß eine neue Situation schon selbsttätig die Heilmittel zur Lösung des Problems schaffen muß. Aber ebensowenig soll man den Zynismus der reifmannen Realpolitiker, der Kinder der Finsternis, wie Niebahr sie nennt, Raum geben und sich von dem Gewicht der bestehenden Hindernisse so beeindrucken lassen, daß man die aufbauenden Kräfte einer revolutionären Periode nicht erkennt oder zu gering achtet. Unter diesem Gesichtspunkt soll man das Ziel nicht von Anfang an zu hoch stecken und nicht versuchen, es mit Mitteln zu erreichen, die besonders stark mit Hemmnissen belastet sind. Auf der anderen Seite soll man sich auch kein zu niedriges Endziel setzen, um nicht von vornherein den Schwung einer großen Idee einzubüßen, und soll sich derjenigen Mittel bedienen, die der Zeitlage entsprechend am wirksamsten erscheinen. Daraus dürfte sich Folgendes ergeben: Jetzt alsbald einen Staatenbund in Analogie der Vereinigten Staaten von Amerika zu fordern, wäre eine Utopie, die jeden praktischen Fortschritt zu nichte machten könnte. Es wäre aber auch ebenso falsch, eine "kleinstaatliche" Lösung zu fordern, etwa mit einem "Mitteleuropa" zu beginnen. Dies würde zudem Frankreichs Abneigung gegen ein "um Deutschland herum aufgebautes Europa" verstärken. Die Vereinigten Staaten von ganz Europa müssen das Endziel sein, das sich aber nur in einer ganzen Reihe von Etappen erreichen läßt, die sich aber eine lange Zeit erstrecken mögen. Soll man mit Zollunion anfangen? Jedes Niederreißen den Europa, ähnlich wie Deutschland vor 1834, in viele getrennte Wirtschaftsgebiete trennenden Zollmauern ist zu begrüßen. Es ist auch durchaus denkbar, daß in einer Reihe von Fällen, etwa zwischen Belgien und Holland, von diesem Mittel Gebrauch gemacht wird. Wenn man aber berücksichtigt, welche praktischen Schwierigkeiten der Durchführung einer Zollunion im Wege stehen, die notwenige Angleichung der Steuergesetze, der Währungen, der Wirtschaftsverhältnisse etc. und daß dabei jeder Staat etwas von seinen Souveränitätsrechten aufgeben muß, dann sieht man, daß wahrscheinlich auf diesem Gebiete gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse so labil sind und unübersehbar sind, praktische Fortschritte schwer erreicht werden würden. Welcher Weg bleibt dann übrig? Es dürfte eine Lage in Europa bestehen, die mit der Lage in Deutschland im Jahre 1848 Ähnlichkeit hat. Der Wunsch nach einer Einigung Deutschlands war im Volke verbreitet, aber die Regierungen widerstrebten seiner Durchführung. Da appellierte man an das Volk und wählte die Nationalversammlung. Es ist nicht ihre Schuld gewesen, daß sie die Einigung nicht erreicht hat; daß sie in Preußen einen König fand, der nicht a

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

das Format besaß, dem Auf zu folgen, den die Nationalversammlung an ihn richtete. Trotzdem ist die Arbeit der Nationalversammlung die unentbehrliche Vorarbeit für das spätere Einigungswerk gewesen. Auch jetzt ist in allen Völkern der Wunsch nach einer friedlichen Einigung stärker, als es in den Äußerungen der Presse und in der Haltung der Regierungen zum Ausdruck kommt. Deshalb gehe man einen kühnen Schritt und berufe das erste europäische Parlament. Zu welchen Beschlüssen es kommt, ob es sich eine europäische Regierung zu geben vermag, ob es auf bestimmten Gebieten schon zu einem gemeinsamen Handeln kommen kann, das überlasse man ihm. Die Einberufung eines solchen Parlaments ist die erste Etappe, die mit Zwangsläufigkeit weitere Etappen im Gefolge haben wird. Es ist im Augenblick nicht mehr zu erreichen, als daß die Völker Europas in einer gemeinsamen Vertretung das Problem der Ordnung Europas zur Diskussion stellen. Es wird dann nicht wieder aus der Diskussion verschwinden. Es ist der einzige Weg, auf dem die in den Völkern vorhandenen geistigen Kräfte die seelischen Stimmungen, die nach einer Lösung rufen, dienstbar und fruchtbar gemacht werden können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 10 - 112

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

[Amerikanische Besatzungspolitik und die Internierung]

Die Internierungsanlage

Es gibt ein Ziel, in dem sich alle Menschen guten Willens, welcher Nationalität und welcher politischen Richtung sie auch angehören, einig sein müßten, das Ziel, daß die Kinder dieser Generation, die durch so Furchtbares hindurdhgegangen ist, eine lichtere Zukunft sehen und in einer Welt leben möchten, in der Friede und Menschlichkeit und Gerechtigkeit regieren. Zwei Gefahren bedrohen die Erreichung dieses Zieles und stehen als dunkle Wolken am Horizont der Entwicklung der Menschheit. Die eine Gefahr liegt im Bolschewismus. Die Ungewissheit, ob sein System sich wandeln oder das Ziel der gewaltsamen Verbreitung der Weltrevolution über die ganze Erde beibehalten wird, liegt als schwerer Druck auf allen Völkern. Die andere Gefahr liegt darin, daß wieder als Folge des letzten Krieges eine Saat des Hasses ausgesät wird, deren Ernte Rache und Krieg sind.

Die verwundbarste Stelle auf Erden, wo beider Gefahren am bedrohlichsten zur Auswirkung kommen können, ist augenblicklich Deutschland. Fällt Deutschland dem Bolschewismus anheim, dann ist seine Ausdehnung auf andere Länder kaum zu vermeiden. Werden bei der Besetzung Deutschlands schwere Fehler gemacht, die den verhängnisvollen Kreislauf von Haß und Rache erneut in Bewegung setzen, dann bleibt Deutschland ein ewiger Eiterherd. Daß es hierzu nicht kommt, ist daher nicht blos eine Frage, die für Deutschland von entscheidender Bedeutung ist, sondern eine Frage von unmittelbarer, größter Wichtigkeit für die Westmächte, für Amerika ebenso wie für England und Frankreich. Alle Menschen in Amerika wie in Deutschland, die sich dem großen Ziel der Befriedung verschworen haben, sollten die Gefahren erkennen, die dieses Ziel bedrohen, und in gemeinsamer Arbeit nach Wegen suchen, ihnen zu steuern.

Die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands ist in der Anlage dargestellt. Die andere Gefahr liegt in der amerikanischen Besatzungspolitik überhaupt. Hier sind nun in der Vergangenheit in der Behandlung des deutschen Volkes schwerwiegende Fehler gemacht worden, die sich durch die kürzlich eingeleitete, von General Mc Narney verkündete grundsätzliche Änderung der Politik, wenn überhaupt, nur sehr allmählich und nur dann wieder gutgemacht werden können, wenn man die Fehlerquellen erkennt und grundsätzlich abstellt. Als ich es in den drei Wochen der sogenannten Regierung

~~00678~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Doenitz meinen Mitarbeitern als die einzig mögliche Politik für das deutsche Volk bezeichnete, sich nicht aus taktischen Gründen, sondern aus innerster Überzeugung den Westmächten anzuschließen und mit dem festen Weillen, zu einem Sichzusammen-Finden zu gelangen und sich darin auch durch die unvermeidlichen Härten der Besatzungszeit nicht irre machen zu lassen, da habe ich Verständnis und Zustimmung gefunden. In den seitdem vergangenen 1½ Jahren habe ich in den verschiedenen Lagern, in denen ich gewesen bin, vielleicht noch eine verstandesmäßige, lediglich mit der Opposition gegen den Bolschewismus begründete, aber immer weniger eine gefühls- und überzeugungsmäßige Zustimmung zu einer solchen Politik angetroffen. Ich stieß auch immer öfter bei Internierten und in Briefen von Angehörigen, die mir gezeigt wurden, auf die Zweifelsfrage: Wollen uns die Westmächte tatsächlich vernichten? Von dieser Zweifelsfrage ist es nur ein kleiner Schritt zu dem Entschluß, dann lieber gleich sich den Bolschewisten anzuschließen, in deren Gewalt wir dann doch schließlich bleiben würden. Tatsächlich vergrößerte sich auch immer mehr die Zahl derjenigen, die dem positiven Zusammengehen mit dem Bolschewismus das Wort redeten, nicht aus Liebe für den Bolschewismus, sondern aus Empörung über das Unrecht, das nach ihrer Ansicht dauernd von den Westmächten, insbesondere von Amerika, verübt würde. Ich spreche hierbei nicht von der großen Zahl derjenigen, die immer sich alsbald zufriedenstellen lassen werden, wenn sie nur genug zu essen bekommen, sondern ich denke an die wertvollen Menschen mit Haltung und Ehrgefühl, auf deren Gesinnung und Einstellung die anderen doch immer schauen und von denen sie sich bestimmen lassen. Und gerade diese Menschen empfinden das, was sie als Unrecht ansehen zu müssen glauben, viel stärker und lassen sich durch ihre Reaktion auf ein solches Unrecht entscheidend beeinflußen.

Worin wird dieses Unrecht gesehen? Ich will hier nicht einzelne Übergriffe aufzählen, die in den Internierungslagern vorgekommen sind. Es ist wohl solchen Lägern eigen, daß die schrankenlose Gewalt, die hier Menschen über andern Menschen eingeräumt ist, schlechte Mmmm Elemente mit dunklen Trieben dazu führt, sich an den in ihre Macht gegebenen Wehrlosen zu vergehen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Vorgesetzten solche Dinge nicht gewollt haben, ja daß sie ihnen in den meisten Fällen nicht einmal bekannt gewor-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den sind. Aber unter den Internierten werden sie bekannt, schon durch den dauernden Wechsel in den Lägern. Das Furchtbare dabei ist, daß 1oo verbrecherische Wachmannschaften durch ihre Missetaten das Werk verderben können, um das sich Millionen von Menschen auf beiden Seiten mühen.Gegenüber solchen Taten verblassen leider in der Empfindung der Internierten die Beweise von Gutherzigkeit und Verständnis, die ich bei amerikanischen Offizieren und Wachmannschaften vielfach erlebt habe. Fälle sadistischer Grausamkeit und grober Mißhandlung, die im ersten Besatzungsjahr nach vorliegenden beeideten Aussagen nicht nur vereinzelt vorgekommen sind - am schlimmsten scheinen die Zustände im Lager Moosburg in Bayern gewesen zu sein - kommen nach meiner Kenntnis in den eigentlichen Internierungslagern nicht mehr vor. Dagegen scheinen noch Mißhandlungen bei Vernehmungen in Strafprozessen vorzukommen. In dem Mauthausen-Prozeß gegen eine Reihe von SS-Männern, die unter der Anklage der Tötung amerikanischer Kriegsgefangener in der Ardennen-Offensive standen, wurden einige Teilnehmer aus Versehen in das Lager Plattling gebracht, in dem ich damals war. Sie erzählten dort von den Foltermethoden,die zur Erzwingung von Aussagen bei den Vernehmungen angewandt worden waren. Daß diese Erzählungen nicht aus der Luft gegriffen waren, wurde durch spätere Zeitungsmeldungen über den Protest eines amerikanischen Offiziers gegen derartige Methoden bestätigt. Im übrigen ist aber unzweifelhaft etwa seit dem Sommer eine wesentliche Besserung in dieser Hinsicht eingetreten. Immerhin habe ich selbst noch, um nur zwei Fälle zu erwähnen, erlebt, daß bei der Verlegung der Internierten aus dem Lager Plattling nach Nürnberg-Langwasser im August 1946 die Internierten ihr Gepäch vor dem Eintritt in das Lager absetzen mußten. Dort hat es dann vor den Augen der Internierten in Sonne und Regen gestanden, bis der ganze Haufe durch verschimmelte Eßwaren und sonstiges verdorbenes Zeug zu stinken begann. Es wurde täglich nur ein kleiner Teil abgeholt; die Letzten bekamen ihr Gepäck, soweit es noch vorhanden war, nach drei Wochen. Gerade bei Leuten, die ihr Hab und Gut durch Evakuierung oder Bombenschaden bereits verloren haben und deren Letztes Eigentum in dem Bißchen besteht, das sie mit sich schleppen, erregt solche Schikane Gefühle des Hasses. Bei dem Abtransport aus dem Lager Langwasser nach Regensburg wurde der Antrag der deutschen Lagerleitung, für den etwa

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1½ km. langen Weg vom Lager zum Bahnhof wenigstens für Herzkranke und Amputierte Lastkraftwagen zur Fortschaffung des schweren Gepäcks zu stellen, abgelehnt. Nachdem die Leute von morgens um 5 bis Nachmittags 14 Uhr an einem heißen Tage ohne Verpflegung auf der Straße hatten stehen müssen, wurden sie im Eiltempo zum Bahnhof getrieben. Diejenigen, die mit ihrem Gepäck nicht schnell genug mitkommen konnten, wurden mit Kolben geschlagen und gestoßen. Eine Reihe von Hitz- und Herzschlägen und mehrere Todesfälle waren die Folge. Daraufhin wurde am nächsten Tage der gesamte zweite Transport mit Lastkraftwagen zur Bahn gefahren. Aber das Unglück mit der Folge erneuten Hasses war geschehen. Als wir in die Wagen eingeladen worden waren, hörte ich zufällig die Unterhaltung amerikanischer Wachsoldaten; einer fragte, was wir für Leute wären; der andere antwortete: they are all going to be hanged. Dabei bestand gerade dieser Transport in der überwiegenden Mehrzahl aus wirklich harmlosen Internierten, kleinen Parteifunktionären und höheren Beamten, die in der Mehrzahl vor ihrer Entlassung standen. Kann man sich wundern, daß junge unbedachte Männer in ihrem Verhalten fehlgreifen, wenn sie glauben, daß es sich um lauter todeswürdige Verbrecher handelt? Ihnen kann man keinen Vorwurf machen, wohl aber einem System, daß diesen Glauben in ihnen verbreitet hat.

Ich komme hiermit auf einen entscheiden Punkt. Wohl haben die führenden Männer Amerikas in ihren Reden, für die jeder von uns dankbar ist, immer wieder hervorgehoben, daß ihre Politik nicht von den Gefühlen der Rache diktiert sein dürfe und diktiert sei. Aber wir haben, wohl nicht mit Unrecht, das Gefühl gehabt, daß die Praxis anders aussah und daß in der die öffentliche Meinung des amerikanischen Volkes bestimmenden Propaganda der Grundton der Rache überwog. Sie schien uns in dem Verbot der Verbrüderung zum Ausdruck zu kommen, durch das ein ganzes Volk gewissermaßen als Pestkranker, von dem man Ansteckung befürchten müsse, gebrandmarkt wurde. Hier soll nun auf Grund der Weihnachtsbotschaft ein grundsätzlicher Wandel eintreten. Form und Wirkung dieser Wandlung bleibt abzuwarten.

Diese Wandlung müßte sich aber auch auf das gesamte Problem der Internierung beziehen. Die mit der immer längeren Dauer der Internierung immer stärker als schweres Unrecht empfundene Unterschiedslosigkeit der Gefangennahme ist der Punkt, der nicht nur bei

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den Internierten selbst, sondern vor allem auch bei ihren Angehörigen Empörung hervorruft. Daß es in mehr als 1½ Jahren nicht gelungen, ja anscheinend nicht einmal ernstlich versucht worden ist, Menschen, die man als Verbrecher einem Verfahren zuführen will oder die man zur Wahrung der Sicherheit der Besatzungsmacht nicht glaubt freilassen zu können, von solchen zu trennen, die überhaupt zu Unrecht in den Lägern interniert sind oder deren Verhaftungsgrund lediglich in der Zugehörigkeit zur Partei oder in ihrer amtlichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit bestanden hat, das kann man in den Kreisen der Betroffenen nicht verstehen. Ich will einige Beispiele nennen. Ich habe in verschiedenen Lagern Menschen getroffen, die nur auf Grund einer Namensverwechslung in Haft waren. Obwohl dies auch den Interrogatoren bekannt war, gelang es nicht oder erst nach vielen Monaten, ihre Freilassung zu erreichen. Ich habe Amputierte, Blinde, An Krebs oder Tuberkulose leidende Todeskandidaten gesehen, die man nicht freiließ, weil nach den Bestimmungen nur solche Gefangene wegen Krankheit entlassen werden dürfen, die nach der Bescheinigung eines amerikanischen Arztes nicht mehr als noch 8 Wochen zu leben haben. Das wird in den Lagern als unmenschlich angesehen. Ich erwähne hier den Fall eines blinden Professors der Theologie der Universität Breslau, der aus reinstem Idealismus dem National-Sozialismus sich angeschlossen hatte, weil er im Bolschewismus den gefährlichsten Feind des Christentums, im Nat.Soz. den entschlossensten und stärksten Gegner des Bolschewismus erblickte. Man kann solchen Mann vielleicht als politischen Narren ansehen, aber nicht als Verbrecher.Ich nenne auch noch den Fall des weit über 80 Jahre alten Generals, der im Kyffhäuserbund, der Vereinigung ehemaliger Soldaten, tätig gewesen war und, als dieser Bund von der SS übernommen wurde, einem seinem Generalsrang entsprechenden Ehrenrang in der SS erhalten hatte; deswegen ist er noch immer in Haft, obwohl sein Chef, der Präsident des Kyffhäuserbundes, mit einem noch höheren Rang in der SS, in Freiheit ist. Schließlich erwähne ich noch den Fall eines jungen Generalstabsoffiziers, der 1937 beim deutschen Militärattaché in Paris tätig war und der, da er glaubte, daß durch Deutschlands Schuld ein Krieg entstehen könnte, um seinen Abschied bat, weil er an einem solchen Krieg nicht teilnehmen wollte; er erhielt seinen Abschied und beteiligte sich nicht am Kriege, ist aber doch wegen seiner früheren Zugehörigkeit zum Generalstab in Haft. Alle diese Fälle nenne ich nur als Beispiele für unendlich viele ähnlich gelagerter Fälle, in

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 10 - 118

deren Inhaftierung die Internierten eine aufreizende Ungerechtigkeit erblicken. Zahlreich sind auch die Fälle, in denen Menschen den Grund ihrer Verhaftung nicht kennen, da sie seit iher Inhaftnahme überhaupt noch nicht vernommen worden sind.

Diese unterschiedslose Behandlung, die den idealistischen Universitätsprofessor, den Generalstabsoffizier und Beamten, der nichts weiter wie seine Pflicht getan hat, in einen Topf wirft mit einem KZ-Wachmann, erkennt und verwertet nicht die wichtige Tatsache, daß in den Internierungslagern sich neben einzelnen wirklich Schuldigen und einer großen Zahl solcher, denen nur an der Frage der eigenen Existenz gelegen ist, wertvollste und für eine gemeinsame Arbeit für das große, Anfangs genannte Ziel aufgeschlossene Menschen befinden. Ich denke dabei nicht nur an einzelne Beamte, Offiziere, Wirtschaftler, sondern an einen großen Teil der SS, besonders der Waffen-SS. Ich bin in zwei Lagern gewesen, die unter der Leitung der Waffen-SS standen. Haltung, Disziplin, Kameradschaft dieser Männer war tadellos, Ordnung und Sauberkeit in den Lagern vorbildlich. Die Folge war das im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Lagern auffallend gute Verhältnis des amerikanischen Lagerkommandanten zur SS. Was hier zur Pflege des Theater und des Sports getan wurde, war erstaunlich. So wurden z.B. auswärtige Fußballmannschaften (Nürnberg, Jahn-Regensburg u.a.) zu Fußballkämpfen in das Lager geholt, und dem Kommandant machte kein Hehl aus seiner Freude, wenn "seine SS-Mannschaft" siegte. Ich habe gerade unter den jungen SS-Führern Menschen getroffen, bei denen sich die Gefahr des Abgleitens in einen radikalen Nihilismus die Wage hielt mit der Möglichkeit der Verwendung wertvollster Eigenschaften im Dienst des großen Ziels. Was mir bei der Waffen-SS auffiel, war die völlige Ablehnung Himmler's, sie sahen den Generaloberst Hauser als ihren Führer und ihr Vorbild an. Die meisten von ihnen waren als Idealisten zur SS gegangen und fanden sich nun in ihren Idealen belogen und getäuscht. Nun suchten sie nach einem neuen politischen Ziel und einem neuen Glauben. Je nach der Behandlung kann hier ein Gefahrenherd oder hingebende Bereitschaft zur Mitarbeit entstehen. Ich habe ihnen in zahlreichen Gesprächen gesagt, daß sie den Gedanken eines großen deutschen Reiches, um dessen Verwirklichung die Deutschen seit Jahrhunderten gerungen hätten, endgültig preisgeben müßten. Unser Ziel könne nur noch das Aufgehen in einer größeren Einheit sein, un-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ser Ziel und unsere Hoffnung müßten die Vereinigten Staaten von Europa sein. In einer solchen größeren Einheit in friedlichem Wettstreitkampf sich durch Fleiß, Anständigkeit, Leistung wieder in die Höhe zu arbeiten, das sei die künftige Aufgabe der deutschen Menschen. Es war hart für die jungen SS-Leute, die Idee des großen deutschen Reiches begraben zu sollen, und trotzdem gingen sie mit, nur hielten sie mir immer wieder die Zweifelsfrage entgegen, ob nicht die Westmächte, ob nicht besonders Amerika, auf die Vernichtung des deutschen Volkes abzielten, anders sei doch die bisherige Besatzungspolitik überhaupt nicht zu verstehen. Ich habe ihnen stets erwidert, daß diese Absicht nach meiner festen Überzeugung den Westmächten völlig fern läge, aber den Beweis dafür für diese Überzeugung zu führen, war angesichts der Fülle von Unbegreiflichkeiten, die mir vorgehalten wurden, nicht leicht. Ich habe auf die humanitären und sozialen Veranstaltungen hingewiesen, die dankenswerter Weise und in ständig wachsendem Umfang von den Amerikanern für die Jugend und die notleidende Bevölkerung Deutschlands abgehalten würden. Die gute Absicht wurde durchaus anerkannt, aber ich begegnete der allgemeinen Auffassung, daß solche humanitären Maßnahmen allein das Problem des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nicht lösen könnten, daß sie vielmehr von einer Wandlung in der gesamten Einstellung Amerikas zu Deutschland begleitet sein müßten. Wenn einzelne Stimmen darüber hinaus diese Veranstaltungen nur für eine Maske erklärten, hinter der Amerika das beabsichtigte Werk der Vernichtung Deutschlands nur um so ungestörter vollführen werde, so zeigt das nur, wie tief sich das durch das Verhalten in der Vergangenheit geweckte Mißtrauen eingefressen hat.

Unter den mir entgegengehaltenen Einwänden spielte die Unsicherheit des Schicksals des Einzelnen und die scheinbare Willkür, mit der bei der Inhaftierungverfahren wird, eine große Rolle. Daß Männer, die ihren Entlassungsantrag unterschrieben haben und denen die Entlassung in baldige Aussicht gestellt ist, dann noch Monate auf die tatsächliche Entlassung warten müssen, ist an der Tagesordnung. Was das für diese Menschen bedeutet, die seit Jahr und Tag von ihrer Familie getrennt sind, und nur in sehr eingeengter brieflicher Verbindung mit ihr stehen, braucht nur kaum ausgeführt zu werden. Es gab noch bis vor kurzem Lager, in denen den Insassen nur eine Karte im Monat gestattet war. In den letzten Jahren Lagern, in denen ich war,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 10 - 120

durfte monatlich wenigstens ein Brief geschrieben werden. Ebenso willkürlich wie die Hinausschiebung der Entlassung erschien die Verlegung von einem Lager zum andern. Ein System war schwer erkennbar, wenn Menschen nach einem Jahr und nach Absolvierung verschiedener Lager wieder in ihr altes Lager zurückgebracht wurden, ohne inzwischen vernommen worden zu sein. Am ungerechtesten aber wurde empfunden, daß Menschen der gleichen Kategorie in den verschiedenen Zonen völlig verschieden behandelt wurden. Beamte einer bestimmten Rangstufe, die in der amerikanischen Zone in Haft sind, sind in der französischen und britischen Zone zum Teil in Freiheit, in verschiedenen Fällen wieder in einem Amt verwandet. Aber auch innerhalb der amerikanischen Zone kommen solche Verschiedenheiten der Behandlung vor. Von den Truppengeneralstabsoffizieren dürfte etwa die Hälfte entlassen sein, die andere Hälfte sätzt noch in Haft. Die Gründe sind nicht zu ermitteln. Ebenso wird es immer als besondere Willkür empfunden, wenn Vorgesetzte entlassen werden, während Untergebene, gegen die kein Spezialvorwurf erhoben wird, noch in Haft sitzen. Mir sind Fälle bekannt, in denen Staatssekretäre entlassen worden sind, die ihnen unterstellten Beamten aber noch in Haft zurückgehalten werden. Man muß bedenken, daß die lange Dauer der Inhaftierung eine erhebliche Nervosität unter den Internierten hervorgerufen hat, die auf alle solchen Tatbestände, die den Eindruck der Willkür machen, empfindlich reagiert.

Ein besonders trübes Kapitel sind die Frauenlager. Hier wirkt sich der Mangel einer individuellen Behandlung vielleicht noch krasser aus als bei den Männern. Nach Mitteilungen mir befreundeter Geistlicher findet sich dort nebeneinander edelstes Frauentum und Abschaum. Wenn man neben Mädchen, die in eine Besserungsanstalt gehören, Frauen in Haft behält, im gleichen Lager, die aus reinstem Idealismus in der NSV. tätig gewesen sind, dann liegt hier ein Zustand vor, den zu beseitigen ebenso im Interesse der Besatzungsmacht wie des deutschen Volkes liegt. Der Anblick der in einem Sonderlager mitten in einem Männerlager eingeschlossenen Frauen war gerade für den anständigen Teil der Inhaftierten schwer erträglich. Der Umstand, daß in dem gleichen Lager Ehegaare waren, die, durch den Drahtzaun getrennt, sich weder sprechen noch Verbindung miteinander aufnehmen durften, wirkte nur erschwerend.

Einige andere Internierungsprobleme sind in der Anlage dargelegt.

~~00085~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zusammenfassung möchte ich das Wichtigste noch einmal hervorheben:

In den Internierungslagern ist gerade bei den wertvollsten Menschen, deren es eine große Anzahl gibt, die Auffassung weitgehend verbreitet, daß für das deutsche Volk eine Zukunft nur an der Seite Amerikas und in immer enger werdender Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Volk möglich ist. Durch die bei der Behandlung des Internierungsproblems gemachten Fehler entsteht aber in einem bedrohlich wachsenden Umfang eine Stimmung, die von skeptischer Zurückhaltung über Mißtrauen und Haß bis zu dem positiven Entschluß, sich allen Verstandes- und Gefühlsmomenten, die dagegen sprechen, zum Trotz dem Bolschewismus anzuschließen, alle Skalen aufweist. Gerade Menschen mit ausgesprochenem Ehrgefühl reagieren auf psychologische Fehler stärker als Sklavenseelen.

Es zeigt sich auch die Gefahr, daß unter dem Einfluß solcher Fehler die im Anfang der Besatzungszeit sehr lebendige und starke Einsicht in die Verkehrtheiten des Nationalsozialismus zu schwinden beginnt, daß in zunehmendem Maß, wenn auch noch nicht ein Hitler-Mythos, so doch ein nat.soz. Mythos entsteht, bei dem Alles hevorgehoben wird, was unter dem damaligen System besser sei als heute, die Fehler des Nat.Soz. aber, die Anbetung der Gewalt, die Rechtlosigkeit, die Willkür, das System der KZ. mit dem Bemerken abgetan werden, daß das ja jetzt nicht anders sei. In zugespitzter Form brachte mir das kürzlich ein Internierter mit den Worten zum Ausdruck, erst die Amerikaner hätten ihn zu einem richtigen Nazi gemacht. Die jahrelange Unterbringung von Gefangenen in gemeinsamen großen Lagern ist nicht nur für die Entstehung, sondern vor allem für die Verbreitung solcher Parolen ein ungewöhnlich fruchtbarer Boden.

Die zu Weihnachten ausgesprochene Änderung in der amerikanischen Politik gegenüber dem deutschen Volk ist daher stärkstens zu begrüßen. Sie muß sich aber auch in der Behandlung des Interniertenproblems auswirken, das sich nur durch den baldigen Übergang zu einer individuellen Behandlung an Stelle der bisherigen schematischen Regelung lösen läßt. Das Ziel muß die Beseitigung der Internierungslager überhaupt sein, da im System solcher Lager unvermeidlich eine der Hauptquellen der bisher gemachten Fehler liegt. Bestimmte Einrichtungen, die im Prinzip verkehrt sind und sich daher als Notbehelf nur für eine begrenzte Zeit ertragen lassen, haben ein Schwergewicht

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nach der negativen Seite hin, dem auch guter Wille nicht gewachsen ist.

Die Änderung in der amerikanischen Deutschlandpolitik kann aber nur Erfolg haben, wenn in der Frage der Denazifizierung, die im Mittelpunkt der inneren Politik Deutschlands steht, eine vollständige Änderung vorgenommen wird. Die Notwendigkeit, die Denazifizierung auf eine andere Grundlage zu stellen, ist in der Anlage dargestellt.

- - - - - - .

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 10 - 123

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Anlage I

Die Lage des deutschen Volkes wird augenblicklich dadurdh gekennzeichnet, daß sich auf seinem Boden und in Köpfen und Herzen seiner Bewohner der große Kampf zweier Weltanschauungen abspielt, der Kampf zwischen den auf den Grundsätzen der Humanität und Demokratie sich aufbauenden Idealen der Westmächte und dem totalitären Prinzip des Bolschewismus. Wer in Deutschland sein Volk liebt, kann nur innigst wünschen und hoffen, daß dieser Kampf nicht mit den Waffen ausgetragen wird. Denn ein solcher Krieg, der Deutschland wiederum als Kriegsschauplatz sehen würde, müßte die Zerstörung des deutschen Landes und die Vernichtung des deutschen Volkes zur Folge haben. Die furchtbaren Spuren des letzten Krieges reden eine zu deutliche Spradhe. Und es würden, je nach ihrer politischen Einstellung, Deutsche auf beiden Seiten mitkämpfen, in der verzweifelten Hoffnung, hierdurch ihr Vaterland zu retten. Der Bruderkampf der Deutschen als Teil der großen Auseinandersetzung der Weltmächte würde, welche Seite schließlich auch den Sieg behielte, das Ende Deutschlands bedeuten.

Aber auch wenn es nicht zum Kriege kommt, sondern der Gegensatz zwischen Westen und Osten mit den mehr oder minder freundlichen Mitteln der friedlichen Auseinandersetzung, der Wirtschaftskonkurrenz, den Konferenzen mit ihren Kompromißlösungen, den Verhandlungen vor der UN. ausgetragen wird, bleibt es den Deutschen nicht erspart, innerlich ihre Entscheidung zu treffen und den geistägen und politischen Anschluß nach Westen oder nach Osten vorzunehmen. In dieser Entscheidung liegt auch die einzige Möglichkeit des deutschen Volkes, sich nicht nur als ein Objekt, als eine Schachfigur im Spiel der großen Mächte zu fühlen, sondern seinen eigenen Willen oder wenigstens seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Das deutsche Volk hat bisher eine erstaunliche Immunität gegen den Bolschewismus bewiesen. Am deutlichsten zeigen das die Wahlen in der russischen Zone. In sächsischen Großstädtan, in denen seit Jahrzehnten sozialistische Mehrheiten ununterbrochen bestanden haben, treten erstmalig bürgerliche Mehrheiten auf, trotz der unzweifelhaft starken Wahlbeeinflußung, die stattgefunden hat. Wenn in kleineren Städten und auf dem Lande die bürgerlichen Parteien nicht

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zugelassen waren oder sich nicht betätigen durften, ist die kommunistische Mehrheit, die hier sich ergeben hat, entsprechend zu bewerten. Liest man die Ziffern der Wahlergebnisse mit dieser Maßgabe richtig, dann entsteht das Bild einer ausgesprochenen Ablehnung der bolschewistischen Weltanschauung. Der Grund dafür liegt in dem grauenhaften Anschauungsunterricht, den die Herrschaft des Bolschewismus in der russischen Zone dem deutschen Volk erteilt hat. Es gibt wohl wenige Deutsche, die nicht nächste Angehörige oder Bekannte besitzen, die Opfer dieses Terrors geworden sind. Aus meinem eigenen engsten Bekanntenkreise sind Männer erschossen, Frauen vergewaltigt, haben sich ganze Familien wegen Massenschändung ihrer Frauen und Töchter das Leben genommen. Eine Freundin meiner Tochter berichtet ihr von der Todesfahrt die 2000 Frauen und Mädchen der gebildeten Kreise Ostpreußens nach Sibirien haben antreten müssen. Nur ¼ ist dort lebend angekommen. So sind, weil arbeitsunfähig, zurückgeschickt. Die Schreiberin gehört zu den wenigen, die von dieser zweiten Fahrt lebend heimgekehrt sind. Die in Sibirien Verbliebenen sind verschollen. Kommen Erschießungen und Vergewaltigungen jetzt nicht mehr in dem gleichen Umfang wie früher vor, so ist doch der Zustand der Willkür und Rechtlosigkeit, der gleiche geblieben. In bestimmten Gegenden können Frauen nicht allein das Haus verlassen, Männer verschwinden spurlos, ohne daß man weiß, ob sie getötet, in ein KZ. gesteckt oder nach Rußland verschleppt sind. Sämtliche Besitzer eines ein bestimmtes Mindestmaß überschreitenden Besitzes sind mit ihren Familien von Haus und Hof verjagt worden, ohne irgend etwas mitnehmen zu dürfen, und zwar nicht etwa nur Nazis, sondern Menschen, deren einzige Schuld darin bestand, etwas zu besitzen. So ist meine Heimat verloren gegangen, die seit 400 Jahren im Besitz meiner Familie war. Der letzte Besitzer, der Sohn meines ältesten Bruders ist in einem russischen KZ. verhungert. Mein 85jähriger Adoptivvater, der als aufrechter Gegner der Nazis 12 Jahre lang große Schwierigkeiten gehabt hat, wurde ebenfalls aus Besitz und Haus vertrieben; er ist wenige Tage darauf gestorben. Zu diesem Gefühl völliger Unsicherheit kommt die Trostlosigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Lebensmittelrationen stehen größtenteils auf dem Papier. Die Menschen leben von Brot und Suppen, bei denen beiden Eichel- und Kastanienmehl den Hauptbestandteil bilden. Heizmaterial ist nicht vorhanden. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung setzt täglich für Stunden aus. Da die Menschen über Kerzen, Petroleum oder

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

sonstige Beleuchtungsmittel nicht verfügen, liegen Abends ganze Städte stundenlang in völliger Dunkelheit, und in dieser Dunkelheit hausen verzweifelte, hungernde, frierende Menschen. Selbst auf großen Eisenbahnstrecken sind die zweiten Gleise abmontiert. Auf den verbliebenen Gleisen fahren wenige Züge; sie haben keine Scheiben und sind lebensgefährlich überfüllt; auf Dächern, Puffern, Trittbrettern hängen Trauben von Reisenden. Die auf den enteigneten Gütern angesetzten Neusiedler sind großenteils für selbständige Arbeit nicht geeignet, sie können das ihnen auferlegte Ablieferungssoll nicht erreichen, viele verlassen aus Furcht vor Strafe das ihnen gegebene Land. Große Strecken schlecht oder überhaupt nicht bestellten Landes sind die Folge. Will man einem totale Hungersnot vermeiden, wird nur der Ausweg der Kolchose überbleiben. Daß Fabrikarbeiter in Fabriken, die ganz oder teilweise von den Russen abmontiert werden - und das geschieht in großem Umfang - dem bolschewistischen System nicht günstig gestimmt werden, bedarf keiner Ausführung.

Alle diese Leute hält nur die eine Hoffnung aufrecht, daß dieser Zustand nur ein vorübergehender ist, daß es den Westmächten gelingen wird, sei es durch Zurückdrängung der Russen hinter eine weiter östlich verlaufende Linie, sei es durch ein neues System der Besatzung, bei dem die Zonengrenzen fallen und die Westmächte auch in der bisher russischen Zone Einfluß gewinnen, den augenblicklichen hoffnungslosen Zustand zu verändern. Wenn diese Hoffnung sich nicht verwirklichen läßt, dann besteht eine große Gefahr. Der Widerstandskraft, welche die deutschen Menschen in der russischen Zone bisher dem Bolschewismus innerlich entgegengesetzt haben, sind durch Not und Hunger Grenzen gesetzt. Menschen, die unter so trostlosen Verhältnissen leben, wie augenblicklich die Bewohner der russischen Zone, sind zu Verzweiflungsentschlüssen fähig. Der Widerstand läßt sich nur eine Zeitlang aufrecht erhalten. Schlägt die Hoffnung fehl, daß sie durch die Westmächte aus ihrem Elend befreit werden, dann folgen allmählich Alle dem Beispiel, das ihnen bereits diejenigen gegeben haben, die zum Bolschewismus übergegangen sind, d.h. sie versuchen ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie selbst Bolschewisten werden. Die Bolschewisierung eines Landes braucht nicht immer dadurch erreicht zu werden, daß man den Bewohnern zeigt, wie gut es sich unter diesem System le-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ben läßt; sie kann auch durch einm Übermaß von Not und Elend herbeigeführt werden, das den Menschen keine andere Wahl mehr läßt, als den verzweifelten Sprung in's Dunkle. Der Mensch kann eben, wenn er nicht tief religiös ist, nur ein bestimmtes Maß von Not, Hunger und Kälte ertragen. Dann ist es mit seiner Kraft zu Ende. In den Wirren des 30jährigen Krieges schlossen sich die Bauern, als sie keine Hilfe gegen die fortgesetzten Überfälle von Räuberbanden erhielten, diesen Banden an, sie wurden selbst Räuber. Wenn die Deutschen in der russischen Zone nicht von auswärts Hilfe gegen den Bolschewismus bekommen, werden sie selber Bolschewisten werden. In welchem Tempo sich diese Entwicklung vollzieht, ist schwer zu sagen. Ich glaube nicht, daß man noch lange warten darf.

Auch in den von den Westmächten besetzten Gebieten hat bisher der Kommunismus keine erheblichen Erfolge erringen können. Ich glaube aber, daß man sich schwer täuschen würde, wenn man die bisherigen Wahlergebnisse als einen Ausdruck der Zufriedenheit mit den Besatzungsmethoden der Westmächte werten wollte. Sie stellen lediglich die Entschlossenheit des überwiegenden Teils der Deutschen Bevölkerung dar, den Bolschewismus nicht als Wirtschafts- und Regierungssystem eingeführt zu sehen. Ich glaube, daß neben den durch die Flüchtlinge aus der russischen Zone allenthalben in Deutschland verbreiteten Nachrichten über die Geschehnisse in diesen Gebieten zwei Gründe entscheidend für die Stellungnahme des deutschen Volkes sind. Der eine liegt in der ausgeprägten Liebe des Deutschen zum Eigentum und zur Wahrung seiner Individualität, einer Liebe, die gerade nach den Vermassungstendenzen, die einer Reihe von Maßnahmen und Organisationen des Nationalsozialismus zu Grunde lagen, jetzt besonders belebt und gestärkt worden ist. Der andere liegt in der grundsätzlichen, aus bitterster Erfahrung geborenen Ablehnung jeden Systems, das die Tendenz zum totalitären System in sich trägt. Der Deutsche will nicht die Diktatur eines Einzelnen vertauschen mit der Diktatur einer Partei - ganz abgesehen davon, daß die Diktatur einer Partei meist ebenfalls in der eines Einzelnen zu münden pflegt.- Wenn man trotz dieser grundsätzl-ichen Einstellung der Mehrheit des deutschen Volkes die Möglichkeit der Bolschewisierung als eine ernsthafte Gefahr in's Auge fassen muß, so sind hierfür folgende Gründe maßgebend:

00091

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich sehe hierbei von der Gefahr der Ansteckung ganz ab, die von einer bolschewisierten Russenzone ausgehen kann. Sie ist groß genug. Ich sehe die Gefahr in dem Vakuum, das in so vielen Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und vor allem ihres Glaubens an den Nationalsozialismus entstanden ist. Das ist weniger der Fall bei den Unbelehrbaren, die nichts vergessen und nichts hinzulernen - deren Zahl ist nicht allzugroß -, auch nicht bei den Materialisten, die nur aus Opportunitätsgründen sich dem Nationalsozialismus angeschlossen hatten und jetzt gbenso rasch und gern sich einer anderen Partei anschließen - deren Zahl ist Legion, aber ihre Bedeutung ist gering -, sondern das Entscheidende liegt bei denen, die aus lauteren Motiven, aus Vaterlandsliebe, aus Idealismus, weil sie an der Bewegung nur das Gute im Auge hatten, das Schlechte nicht sahen oder nicht sehen wollten, sich der Bewegung angeschlossen haben, denn in allen Völkern kommt es immer entscheidend auf diese ehrlichen, gläubigen, anständigen Menschen an. Und diesen Menschen ist in Deutschland Alles zusammengebrochen, woran sie geglaubt, was sie verehrt, wofür sie gekämpft haben, wofür sie gestorben sind, und ist zu einer ungeheuren Last von Verbrechen und Schuld, von Leid und Elend geworden. Soviel verratener Glaube, soviel getäuschter Idealismus, soviele Versprechungen, die nicht gehalten, soviele Ziele, die ins Gegenteil verkehrt worden sind. Ist es ein Wunder, daß in solchen Menschen, vor allem in der Jugend ein Nihilismus entsteht, der mit den über Bord geworfenen Idealen den Glauben überhaupt verliert? Die Gefahr ist riesengroß, daß solche Menschen an keine Parolen, keine Versprechungen, keine Ideale mehr glauben wollen und daß sie für jede Bewegung zu haben sind, die entweder ihrer nihilistischen Einstellung am meisten entgegenkommt - und das ist entweder der Kommunismus oder eine Wiederauflebung des Nationalsozialismus unter anderen Namen und in anderer Form - oder die rein materielle Interessen am meisten zu befriedigen geeignet erscheint - und das wird bei geschickter Aufmachung wiederum der Kommunismus sein. - Diesem Nihilismus ist nur entgegenzutreten, wenn man den von ihm bedrohten Menschen ein Ziel und eine Hoffnung wiedergeben und ihnen ein System der Herrschaft zeigen kann, das sie durch seine augenfälligen Vorzüge packt und in dem sie einige von den Idealen wiederfinden können, denen sie selbst einmal, wenn auch auf falschem Wege, nachgegangen sind.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Deshalb ist es für die deutsche Zukunft von so entscheidender Bedeutung, daß von den Westmächten in ihrer Besatzungspolitik keine Fehler gemacht werden, die xxx diesen einzig möglichen Gesundungsprozeß des deutschen Volkes aufhalten oder hindern können. Es gibt noch immer Deutsche, die zwar solche Fehler sehen, aber schweigen, entweder aus einer gewissen Schadenfreude heraus: "die können es auch nicht besser", oder aus Angst; damit ist beiden Seiten nicht gedient. Nur mit einer offenen und ehrlichen Kritik, wie sie in letzter Zeit von einigen deutschen Zeitungen und von vereinzelten deutschen Politikern ausgesprochen wird, leistet man den Westmächten einen ebenso guten Dienst wie dem deutschen Volk. Denn die Fehler wirken sich nicht nur unmittelbar zu Ungunsten Deutschlands aus, sondern das Schlimme ist die indirekte psychologische Wirkung, die eine Kluft aufreißen kann zwischen der Besatzungsmacht und dem deutschen Volk. Das Ziel einer solchen positiven Kritik muß aber sein, eine solche Kluft nicht entstehen zu lassen, sondern das Gegenseitige Sicherverstehen - und schließlich auch Sichachten-Lernen zu fördern.

Ich kann hier nicht auf die wirtschaftliche Seite der Besatzungspolitik eingehen. Der verhängnisvolle Kreislauf, in dem sich die deutsche Wirtschaft bewegt, ist bekannt. Es fehlt an Kohle, weil die Bergleute nicht genug zu essen bekommen; die Ernährung ist unzulänglich, weil es sowohl an Ausfuhrwaren zur Bezahlung der nötigen Einfuhr wie an Betriebsmitteln (Dünger, landwirtschaftliche Maschinen) zu Förderung der landwirtschaftlichen Produktion fehlt; die Industrie kann die erforderlichen Ausfuhrwaren und Betriebsmittel nicht herstellen, weil es an Kohle fehlt. Man kann aus diesem Kreislauf nur auf dem Gebiet der Ernährung herauskommen. Hier verknüpft sich aber das wirtschaftliche Problem mit dem politischen Problem der Trennung Deutschlands in vier Zonen und der Wirtschaftsmethode im deutschen Osten, die aus einem landwirtschaftlichen Überschußgebiet eine Zone gemacht hat, die nichts abgeben kann und selbst hungert. Es ist daher auf dem Ernährungsgebiet noch kein Anzeichen eines neuen Anstiegs zu sehen; vielleicht ist sogar die unterste Sohle des Depressionstals noch nicht erreicht. Muß man aber weiter mit Ernährungsschwierigkeiten vor allem in den Großstädten rechnen, dann entsteht auch von dieser Seite her die Gefahr, daß auch in den Westzonen die kommunistische Welle ansteigt. Die Gefahr ist nicht so akut, wie in der russischen Zone, aber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

vorhanden ist sie auch hier. Einer Bevölkerung, die friert und hungert, ist mit den Segnungen der Demokratie nicht beizukommen. Sie radikalisiert; je stärker die Not steigt, um so mehr fällt sie erneut den Lockungen der Parolen totalitärer Systeme zum Opfer, um so mehr wird sie geneigt, das Böse der Vergangenheit zu vergessen und sich nur noch dessen zu erinnern, daß es ihr damals besser ging. Wenn man diese Gefahr der politischen Radikalisierung sieht, daßnn muß, je weniger auf dem Wirtschaftsgebiet im Augenblick geschehen kann, um so sorgsamer verhütet werden, daß diese Gefahr durch Fehler, die auf anderen Gebieten gemacht werden, noch vergrößert wird.

00004

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Anlage II.

Das Problem der Internierung wird durch einen Umstand verschärft, den ich nicht verschweigen darf. Im C.I. werden in großer Zahl Angehörige des jüdischen Volkes verwandt. Diese treten dann den Internierten als Vertreter des amerikanischen Volkes gegenüber. Es ist selbstverständlich, daß die Angehörigen des jüdischen Volkes dem deutschen Volk gegenüber Rachegefühle empfinden. Von ihnen Objektivität und Unterscheidungsvermögen zu verlangen, ist eine Forderung, die wohl nur ganz wenige, besonders hervorragende und innerlich gereifte Persönlichkeiten zu erfüllen in der Lage sind. Wo diese Forderung aber nicht erfüllt wird, entsteht durch das Auftreten jüdischer Vernehmungsoffiziere, vor allem wenn es sich um noch sehr jugendliche Personen handelt, eine Spannung, die dem Sichnäherkommen des amerikanischen und des deutschen Volkes hinderlich ist. Mir ist von verschiedenen Internierten, die ich als ruhige und verständige Männer kannte, gesagt worden, daß sie bis zu ihrer Verhaftung keine Antisemiten gewesen seien. Sie seien es aber während ihrer Haftzeit geworden. Ich bedauere diese Entwicklung besonders aus dem Grunde, weil ja auch zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk ein Verhältnis hergestellt werden muß, das ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

Ich muß schließlich noch auf einen Übelstand hinweisen, der seit langem in den Lagern als solcher besonders stark empfunden wird. Es wird immer wieder von Internierten die Klage erhoben, daß sie nicht die an sich für sie zur Verfügung stehenden Mengen an Nahrungsmittel, Marketenderwaren, Kleidungsstücken usw. erhalten, sondern daß ein Teil davon verschoben wird. Ich kann in keiner Weise zu dieser Behauptung Stellung nehmen, da ich Wahrnehmungen oder gar Feststellungen nach dieser Richtung nicht habe machen können. Anlaß zu diesem Verdacht geben die von den Lagern aus von Amerikanern in großem Umfang mit Lastkraftwagen vorgenommenen Aufkäufe in der Umgebung der Lager und die Tatsache, daß die Zuteilung an die Internierten, vor allem beim Tabak, in den Lagern eine völlig verschiedene war. Es mag sein, daß diese Verschiedenheit gelegentlich auf die Initiative eines wohlmeinenden Kommandanten zurückzuführen ist, der für seine Internierten besonders gut sorgte. In verschiedenen Lagern bestand der Verdacht, daß die deutsche Lagerleitung an Unregelmäßigkeiten beteiligt ~~xxx~~ sei. Man schloß das einmal daraus, daß die Mit-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

glieder der "Lagerbürokratie" mit allen solchen Dingen erheblich besser versorgt seien als die übrigen Internierten. Man schloß es ferner aus der Art der Bestellung des Lagerleiters. Die Internierten wurden nämlich zwar zur Wahl aufgefordert, es wurde dann aber unter Umständen derjenige zum Lagerleiter ernannt, der weitaus die wenigsten Stimmen erhalten hatte. Man sollte nach meiner Ansicht diesen Gerüchten, die sich sowohl gegen die amerikanische wie gegen die deutsche Lagerleitung richteten, dadurch die Spitze abbrechen, daß man einen nach demokratischen Grundsätzen von den Internierten gewählten Vertrauensrat vollen Einblick in die Versorgungsfragen gewährt. Dann braucht der Lagerleiter nicht gewählt zu werden, sondern kann von den amerikanischen Lagerkommandanten ernannt werden. Denn daß der Lagerkommandant nur mit einem deutschen Lagerleiter zu tun haben will, den er kennt und der ihm genehm ist, ist selbstverständlich. Es kann im Übrigen leider nicht geleugnet werden, daß sich unter den Deutschen immer Elemente finden, die breit sind, zu Unregelmäßigkeiten die Hand zu bieten, wenn sie nur selbst an den Vorteilen beteiligt werden. Es wäre dankenwert, wenn die Amerikaner solche charakterlosen Elemente nicht verwendeten, sondern abstießen.

Um Noch im Anfang des vergangenen Jahres kam es vor, daß bei einer Razzia in einem Lager nach verbotenen Gegenständen, wobei die Internierten vorher die Barracken verlassen mußten, Wertgegenstände, vor allem Uhren, in großer Zahl verschwanden. Solche Übergriffe haben aufgehört, ebenso besteht jetzt völlige Sicherheit hinsichtlich der hinterlegten Gelder und Wertgegenstände, während in der ersten Hälfte der Besatzungszeit von den hinterlegten Geldern hohe Beträge verschwunden sind, ohne daß ihr Verbleib festgestellt werden konnte.

Dankenswerterweise haben in verschiedenen Lagern die amerikanischen Lagerleitungen deutschen Künstlern (Malern, Bildhauern usw.) durch Beschaffung von Räumen und Material die Möglichkeit geschaffen, ihrer Kunst nachzugehen. Es würden von Amerikanern Aufträge an diese Künstler gegeben und ihnen dafür die Beträge bezahlt, die sie zur Neubeschaffung von Material (Leinwand, Farben usw.) brauchten. Soweit den Künstlern Zeit blieb, konnten sie Arbeiten herstellen, die in einer Reihe von Lagern außerhalb des Lagers verkauft wurden und deren Erlöse der Lager-Unterstützungskasse zuflossen. Die-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

se Kasse, die im übrigen nur aus freiwilligen Spenden der Internierten gespeist wurde, diente dazu, völlig mittellosen Internierten bei ihrer Entlassung einen kleinen Betrag mitzugeben, oder besonders hilfsbedürftigen Angehörigen eine Unterstützung zuteil werden lassen. Ich war Vorsitzender des Unterstützungs-Ausschußes, der jetzt zu Weihnachten an notleidende Angehörige ein Weihnachtsgeschenk von 6o,- Mark und für jedes Kind 1o,- Mark machte. Der Einblick in die Notlage der Familien der Internierten war erschütternd, ebenso die Dankbriefe für diese kleine Unterstützung. Man sah, wieviel Freude man selbst mit einem solch geringen Betrag bereiten und wieviel Not man dadurch lindern konnte. Deshalb war es natürlich von Bedeutung, daß der Kasse möglichst viel Erlöse zuflossen. Es entstand daher leicht böses Blut, wenn bekannt wurde, daß einzelne Amerikaner, z.B. einem Maler sehr zahlreiche Aufträge gegeben hatten und daß ein solches Bild im Kunstladen der nächsten Stadt für das 1o- oder 2ofache des gezahlten Entgeldes verkauft wurde. Auch in diesen Fällen würde ich, damit übertreibenden Gerüchten vorgebeugt würde, eine klare Regelung und Rechnungslegung für zweckmäßig halten.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Anlage III:

Das Denazifizierungsgesetz leidet unter einer Reihe ganz grundsätzlicher Mängel, die dem Rechtsempfinden wie der Moral zuwiderlaufen. Es verstößt gegen den elementarem Rechtsgrundsatz, nach dem eine Handlung, die zur Zeit ihrer Begehung nicht strafbar war, nicht nachträglich bestraft werden darf. Die strafbare Handlung besteht nur in der Zugehörigkeit zu einer damals völlig legalen Partei und in der Betätigung in einem von allen ausländischen Regierungen als zu Recht bestehend anerkannten Staatssystem. Da selbst die Verfasser des Denazifizierungs-Gesetzes diese Handlungen kaum als "strafbar" zu bezeichnen wagten, bezeichneten sie die im Gesetz vorgesehenen Strafen als "Sühnemaßnahmen". Bedenkt man aber, daß diese Sühnemaßnahmen 1o Jahre Strafarbeit, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, die Bestimmung, daß die "Betroffenen" von ihrem Eigentum nur das zur Führung eines notdürftigen Lebens notwendige behalten dürfen, umfassen so erkennt man ohne weiteres, daß diese sogenannten Sühnemaßnahmen Strafen von einer Schärfe sind, wie sie kaum ein anderes Strafgesetz kennt. Es sind Strafen, die praktisch die Vernichtung der bürgerlichen Existenz bedeuten.

Dazu kommt, daß diese Strafen sich nicht nur gegen den "Betroffenen" richten, sondern gerade durch die Entziehung künftiger Arbeitsmöglichkeit die ganze Familie treffen, sich also als schwerste Sippenhaftung auswirken. Da von dem Gesetz mindestens ein Drittel des deutschen Volkes betroffen wird, kann man sich vorstellen, welche Fülle von Haß und Angst in Millionen deutscher Familien getragen wird.

Nun wird von verschiedenen Seiten darüber geklagt, daß das Gesetz noch nicht scharf genug durchgeführt und noch nicht alle Schuldigen Personengruppen träfe; es müsse also noch ausgedehnt werden. Dieser Forderung liegt ein berechtigter Gedanke zu Grunde. Von der WAV. in Bayern ist ausgeführt worden, daß die Mitglieder der Reichstagsfraktionen, die 1933 für das Ermächtigungsgesetz für Hitler im Reichstag gestimmt haben, auch unter das Gesetz fallen müßten. Das ist nicht unberechtigt, denn durch dieses Gesetz, das den entscheidenden Faktor für die weitere Entwicklung bildete, haben sie Hitler erst die legale Grundlage für verfassungsändernde Gesetze gegeben. Der Einwand, daß sie sich unter einem Zwang befunden hätten, ist sehr zweifelhafter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Natur. Sicherlich lag aber kein Zwang für die Loyalitätserklärungen vor, welche die alten politischen Parteien 1933 bei ihrer freiwilligen Selbstauflösung abgaben. Die Bayerische Volkspartei gab "für jeden bisherigen Angehörigen ihrer Partei den Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschland mitzuwirken". Die Zentrumspartei gibt "ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unser nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen." Selbst der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs empfiehlt den Inhabern ihrer Mandate "ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen." Positiver kann man sich nicht ausdrücken Ist es ein Wunder, wenn die Massen der Anhänger dieser Parteien diese Aufforderung zur loyalen Mitarbeit im nat.soz. Staate als die letzte Empfehlung ihrer bisherigen Parteiführer ansahen, der nat.soz. Partei beizutreten? Wenn nun Menschen, die dieser Empfehlung gefolgt sind, unter ein Denazifizierungsverfahren fallen, dann empfinden sie mit Recht ein schreiendes Unrecht darin, wenn diese damaligen Parteiführer nicht dem gleichen Verfahren unterworfen werden.

Aus linksgerichteten Kreisen kommt eine andere Forderung. Dort empfindet man es als unbefriedigend, daß kleine Beamte, z.B. Post- und Eisenbahnschaffner, unter das Verfahren fallen sollen, daß aber große Industrielle, die vor dem Kriege und im Kriege gut verdient, die also von der Nazi-Herrschaft profitiert haben, unberührt bleiben sollen. Auch dieser Forderung liegt ein richtiger Gedankengang zu Grunde. Der Gedanke, daß man alle diejenigen zu Sühnemaßnahmen heranziehen müßte, die aus der Naziherrschaft Nutzen gezogen haben. Man kann das aber nicht auf den industriellen Betriebsinhaber beschränken. Gilt das nicht auf für Rechtsanwälte und Ärzte, für Handwerker und Bauern, ja schließlich auch für die Arbeiter selbst? Haben sie nicht alle ein gutes, ja ein besseres Auskommen als vor 1933 gehabt? Haben sie das nicht alle gern in Kauf genommen, und ist es nicht darauf zurückzuführen, daß bis 1945 Hitler im ganzen Volk solche Unterstützung gefun

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den hat? Wollte man aber dieses - durchaus gerechte - Prinzip durchführen, dann könnte man nur die Deutschen, die ins Exil gegangen sind, die aktiven Mitglieder einer Widerstandsbewegung und die politischen KZ-Häftlinge von dem Verfahren ausnehmen. Alle anderen müßten darunter fallen. Es ist ohne weiteres kalr, daß sich das nicht durchführen läßt. Sieht man aber von dieser Ausdehnung des Gesetzes ab, dann treten alsbald wieder Ungerechtigkeiten auf. Durch das Beamtensäuberungsgesetz hatte jeder Beamte die Möglichkeit, aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Ist nun der Beamte schuldiger, der aus der staatsrechtlichen Struktur, welche die Partei zur Grundlage des Staates gemacht hatte, die Konsequenz zog und der Partei beitrag, weil er sich sagte, daß er selbst anständigerweise von diesem Staate kein Gehalt annehmen und nicht den Treueid auf Hitler leisten dürfe, ist er schuldiger als der andere Beamte, der diese Konsequenz nicht zieht, aber ruhig im Staatsdienst bleibt? Aber der eine fällt unter das D.G., der andere wird Ministerpräsident in einem deutschen Lande. Gerechtigkeit kann man in dieser Lösung nicht erblicken.

Weil nun die meisten fühlen, daß sie eigentlich auch unter das Gesetz fallen müßten, halten sich "gerecht und edel denkende Männer", die das Gesetz als Mitglieder der Spruchkammern fordert, aus Anstandsgefühl der Mitwirkung an dieser Rechtsprechung fern. Die große Gefahr ~~ax~~ besteht, daß als Mitglieder der Spruchkammern im wesentlichen Personen fungieren, die an bestimmten Betroffenen persönlich einen Racheakt vollziehen oder in der Befürchtung, vielleicht selbst einmal von dem Verfahren erfaßt zu werden, ihre Antinazi-Einstellung eindeutig unter Beweis stellen wollen. Wer wäre denn als Mitglied der Spruchkammern wirklich objektiv, die Kommunisten, die selbst Vertreter eines autoritären Systems sind und die nach der Erklärung des früheren Ministers Schmitt in der Durchführung des Gesetzes die willkommene Gelegenheit sehen, eine soziale Umschichtung - die Proletarisierung der besitzenden und gebildeten Schichten - vorzunehmen, oder Menschen die selbst Nutznießer des Systems gewesen sind? Auch von KZ-Häftlingen und Exil-Deutschen kann man infolge des Schweren, das sie selbst erlebt haben, die für eine richterliche Tätigkeit erforderliche Objektivität nicht erwarten. Wer bleibt dann übrig? Schließlich nur die Vertreter der Kirchen. Aber die Kirchen lehnen ja das ganze Gesetz als der christlichen Moral widersprechend ab. So ist es zu erklären,

~~00100~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

daß die Spruchkammern händeringend nach Mitgliedern suchen, daß in den der deutschen Verwaltung übergebenen Lagern die Internierten in steigernder Erregung auf ihre Entlassung warten. Aber sie erfolgt nicht, weil das Verfahren vor der Spruchkammer nicht zustande kommt. Und wo die Spruchkammern in Tätigkeit treten, da ist eine furchtbare Entzweiung im Volk die alsbaldige Folge. In Bayern wird ein Student, der vor 1939 kurze Zeit einmal der HJ angehört hat, zu 1 Jahr Strafarbeit verurteilt. Der Vater, ein angesehener Mann, der nie der Partei angehört hat, kündet allen Mitgliedern der Spruchkammer, die mit diesem ungerechten Spruch seiner Familie eine schwere Schmach angetan habe, Feindschaft auf Generationen an. Unter dem Eindruck dieser Erklärung lösen sich in dieser Gegend gleiche eine ganze Reihe von Spruchkammern auf, in der Sorge, ihnen könnte bei einem Spruch das Gleiche begegnen. Daß der Korruption bei solcher Art des Verfahrens Tür und Tor geöffnet ist, versteht sich von selbst. Und die Spruchkammern können es mit ihrer Tätigkeit keinem recht machen. Jeder Spruch wird von der einen Hälfte als zu hart, von der anderen als zu milde angesehen. Von den Rechtsmitteln wird, sei es von Staatsanwalt, sei es von den Betroffenen in einem Umfang Gebrauch gemacht, daß noch nach Jahren diese Verfahren im Gange sein würden.

Der Fehler liegt in der Grundkonzeption. Wenn man das Nazitum aus dem deutschen Volk ausrotten will, dann kann man es nur im Wege der Erziehung (der Jungen und der Alten), des Beispiels und des schärfsten Einschreitens an Stellen, wo sich noch Nazimethoden zeigen, erreichen. Der schlechteste Weg ist der, mit Nazimethoden gegen ganze Gruppen von Menschen vorzugehen. Dadurch bricht man dem deutschen Volk das moralische Rückgrat. Es wird ein widerwärtiges Denunziantentum großgezogen, und man führt sowohl die, die vor Gericht stehen, als auch die die zu Gericht sitzen, in die Versuchung, ihre Vergangenheit zu verleugnen und zu Heuchlern und Lügnern zu werden. Gerade dieser Geist der Unwahrheit ist aber eine der schlechtesten Seiten des vergangenen Systems gewesen. Man kann es zugespitzt so ausdrücken: Durch die Denazifizierung der einen Hälfte des deutschen Volke nazifiziert man das ganze Volk. Die Ablehnung der Denazifizierung hat mit der berechtigten Forderung, daß alle, die sich an Verbrechen beteiligt haben, bestraft werden sollen, nihhts zu tun, ebensowenig mit der Forderung, daß Menschen, die im Hitler-Staat an leitenden Stellen gestanden haben, auf diese Posten nicht zurückkehren. Dazu bedarf es aber keiner Denazifi-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zierung, das ergibt sich von selbst. Warum aber ein Straßenbahnschaffner, der, wie die meisten Beamten, 1933 in die Partei eingetreten ist, nicht weiter Schaffner bleiben kann, zumal wenn es an ausgebildeten Schaffnern fehlt, ist nicht einzusehen. Grotesk wird es, was auch vorgekommen ist, wenn man einen Regierungsrat zur Strafe zum Straßenbahnschaffner degradiert. Entweder kann diese Stelle überhaupt nicht von einem ehemaligen Nazi bekleidet werden oder aber wenigstens von dem, der es kann, und nicht von einem Degradierten, der es nicht versteht.

Von welcher Seite man auch die Denazifizierung betrachtet man kommt zu dem Ergebnis, daß sie rechtlich, moralisch und praktisch ein Unding ist. Es kann in Deutschland nicht zur Beruhigung kommen, es ist kein Wiederaufbau möglich, es bleibt die Gefahr der Demokralisierung und Radikalisierung des ganzen Volkes akut, solange nicht das Verfahren grundlegend geändert wird.

00105

Institut für Zeitgeschichte - Archiv